



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Jedes
Alter
zählt
Die Demografiestrategie
der Bundesregierung



Jugend gestaltet Zukunft

Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen

Handlungsempfehlungen für die Demografiestrategie der Bundesregierung

Geleit

Liebe Leserinnen und Leser,

am 30. Oktober 2014 hat sich die AG Jugend gestaltet Zukunft als zehnte und jüngste Arbeitsgruppe zur Demografiestrategie der Bundesregierung konstituiert. Ihren Schwerpunkt setzt die AG auf ein „Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen“, denn die Konsequenzen des demografischen Wandels zeigen sich in ländlichen Regionen besonders deutlich. Für junge Menschen spielen unter anderem die Strukturen für Grundversorgung und Daseinsvorsorge, die Zugänge zu (Aus-)Bildung und Arbeit, die Möglichkeiten für Mobilität und Beteiligung, die Chancen auf Teilhabe und Solidarität und Gelegenheiten zur Freizeitgestaltung eine wichtige Rolle.



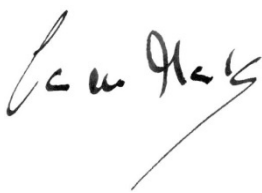
Ziel der AG Jugend gestaltet Zukunft ist es, Jugendliche und ihre Belange aktiv in die demografiapolitischen Überlegungen der Bundesregierung einzubinden und der Jugend in ihrer Vielfalt eine Stimme zu geben. Die Arbeitsgruppe hat daher von Beginn an nicht nur demografiopolitische Herausforderungen und Handlungsbedarfe beschrieben, sondern konkrete Beteiligungsprojekte mit Jugendlichen umgesetzt und deren Ergebnisse in die eigenen Überlegungen und Empfehlungen einbezogen. Die beiden Jugendbeteiligungsprojekte „Ich mache Politik|Demografie“ des Deutschen Bundesjugendrings und die „Jugend-Demografie-Dialoge“ der Leuphana-Universität Lüneburg, mit denen bundesweit und in vier Modelllandkreisen Jugendbeteiligung realisiert wurde, haben dazu wesentlich beigetragen. Dieses Vorgehen war beispielgebend für die Beteiligung von Jugendlichen bei der Gestaltung des demografischen Wandels insbesondere in ländlichen Regionen. In den vier Modelllandkreisen haben die „Jugend-Demografie-Dialoge“ teilweise bereits Folgeprozesse angestoßen: Nachhaltige Jugendbeteiligungsstrukturen werden geschaffen, bestehende gestärkt. Einige der Vorschläge der Jugendlichen sind bereits umgesetzt worden. Um auch andere interessierte Landkreise oder Kommunen dabei zu unterstützen, Jugendbeteiligung zu realisieren, ist eine Informationsbrochure erarbeitet worden, die eine Übersicht über Methoden, Werkzeuge und Umsetzungshilfen für



die eigenständige Durchführung und nachhaltige Etablierung von Jugendbeteiligungsprozessen bietet.

Die AG Jugend gestaltet Zukunft beschreibt im vorliegenden Dokument, welchen Handlungsbedarfen sich eine jugendgerechte Demografiepolitik in ländlichen Regionen gegenüberstellt. Die AG hat damit eine Grundlage geschaffen, um geeignete Maßnahmen für den Verbleib, die Rückkehr oder den Zuzug junger Menschen zu entwickeln und umzusetzen. Die Arbeit der AG Jugend gestaltet Zukunft hat dabei eindrucksvoll deutlich gemacht, dass junge Menschen mitentscheiden und mitgestalten wollen, wenn es um die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft geht. Die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen und sicherzustellen, ist unerlässlich.

Wir danken den Mitgliedern der AG Jugend gestaltet Zukunft, die in unseren intensiven und konstruktiven Diskussionen ihre Expertise eingebracht und damit zu den vorliegenden Arbeitsergebnissen beigetragen haben. Verbunden mit der Beteiligung junger Menschen ist es der AG gelungen, eine wichtige Perspektive in die Demografiestrategie der Bundesregierung einzubringen, die es weiter zu stärken gilt.



Caren Marks

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Familien,
Senioren, Frauen und Jugend



Jörg Freese

Ko-Vorsitzender der AG Jugend gestaltet Zukunft,
Beigeordneter beim Deutschen Landkreistag

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung: Jugend – Demografie – Land	4
2.	Handlungsfelder für eine jugendgerechte Demografiepolitik.....	8
2.1.	Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern.....	9
2.2.	Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken	14
2.3.	Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen	21
2.4.	Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern.	28
2.5.	Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen	34
2.6.	Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen	42
2.7.	Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen	47
2.8.	Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen.....	54
2.9.	Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen	61
3.	Zusammenfassung: Mehr Lebensqualität für Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen.....	64
	Anhang.....	70

1. Einleitung: Jugend – Demografie – Land

Eine zukunftsfähige Demografiepolitik gelingt nur gemeinsam mit allen Generationen. Was jedoch häufig fehlt, ist die aktive Einbindung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen¹ – ihre Interessen und Bedürfnisse müssen stärker berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für die ländlichen Räume, wo die Herausforderungen und Folgen des demografischen Wandels bereits deutlich zu spüren sind.

Die demografischen Entwicklungen verändern die Lebenswelten von allen Menschen. Für junge Menschen sind sie jedoch von besonderer Bedeutung, da sie die Bedingungen für ihr Aufwachsen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten wesentlich beeinflussen. Die Bevölkerung im Alter von 12 bis 27 Jahren wird laut aktuellen statistischen Berechnungen in Deutschland auch bei stärkerer Zuwanderung bis 2030 auf 12,2 Millionen bzw. 15 Prozent zurückgehen (2013: 14 Millionen bzw. 17 Prozent).² Menschen über 60 Jahre werden über ein Drittel der Gesellschaft ausmachen (2030: 28 Millionen bzw. 35 Prozent) und entsprechend Prioritäten setzen.

Entscheidend ist die Art und Weise unseres Zusammenlebens, das sich politisch in einer parlamentarischen Demokratie organisiert. Bereits jetzt stellen Menschen unter 30 nur ein Sechstel der Wahlbevölkerung in Deutschland, mehr als doppelt so viele sind über 60.³ Mit der prognostizierten weiteren Verschiebung dieses Verhältnisses zu Ungunsten der jüngeren Bevölkerungsgruppe geht auch eine Verschiebung von politischer Macht und Aufmerksamkeit einher. Entscheidungen werden zukünftig tendenziell eher von älteren Menschen oder mit ihnen als größter Wählerinnen- und Wählergruppe im Blick getroffen. Demgegenüber artikuliert sich das in vielen Studien belegte, anhaltend starke generelle politische Interesse junger Menschen weniger durch Mitarbeit in politischen Parteien. Dies auch durchaus, weil ihr geringerer Einfluss in einem auf Stimmzahl basierten System ihnen weniger Möglichkeiten gibt, die Meinungsbildung in Parteien zu prägen und damit Gesellschaft maßgeblich mitzugestalten. Es ergibt sich also die gesellschaftliche und demokratische Herausforderung, eine zahlenmäßig geringere jüngere Bevölkerungsgruppe stärker an der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen.

Jugendliche und junge Erwachsene in urbanen und in ländlichen Räumen haben ähnliche Bedürfnisse, stehen aber oft vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die besondere Situation junger Menschen in ländlichen Regionen, da sich dort die Strukturen für Grundversorgung und Daseinsvorsorge, die Zugänge zu (Aus-)Bildung und Arbeit, die Möglichkeiten für Mobilität und Beteiligung, die Chancen auf Teilhabe und Solidarität und die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bereits in einem umfassenden, demografisch begründeten Wandel befinden. Erforderlich sind insbesondere eine umfassende Beteiligung und Teilhabe junger Menschen und damit verbunden Antworten auf komplexe demografiepolitische Fragen.

¹ Laut § 7 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) sind Kinder bis unter 14 Jahre, Jugendliche bis unter 18 Jahre und junge Volljährige bis unter 27 Jahre alt. Entsprechend beziehen sich diese Handlungsempfehlungen auf Jugendliche und junge Volljährige/Erwachsene, wobei unter Rücksichtnahme auf den tendenziell früheren Beginn der Lebensphase Jugend und im Sinne einer Eigenständigen Jugendpolitik auch bereits die Interessen und Bedürfnisse der ab 12-Jährigen berücksichtigt werden.

² Quelle: Bevölkerungspyramide des Statistischen Bundesamtes (<https://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide> Stand 11/04/2016)

³ https://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13036_Ergebnisse_repr_Wahlstatistik.html – Stand 11/04/2016

Ländlicher Raum⁴ ist jedoch nicht gleich ländlicher Raum. Es gibt prosperierende aber auch benachteiligte und strukturschwache ländliche Regionen. Eine schlechte Infrastruktur sowie ein reduzierteres Bildungsangebot und zum Teil unsichere Arbeitsperspektiven führen insbesondere bei höher qualifizierten jungen Menschen dazu, dass sie insbesondere strukturschwache Regionen verlassen und später häufig auch nicht dorthin zurückkehren. Hier sind demografiepolitische Strategien zu entwickeln, die gemeinsam mit jungen Menschen in den Regionen erarbeitet und umgesetzt werden müssen. Eine differenzierte Betrachtung ländlicher Regionen erlaubt es, die spezifischen Herausforderungen und Potenziale klar und realistisch zu identifizieren und regional wirksame Strategien zu entwickeln. Dabei können Regionen auch voneinander lernen und profitieren.

Jugendbezogene Maßnahmen im Hinblick auf den demografischen Wandel in ländlichen Regionen werden bislang häufig vorrangig mit dem Ziel entwickelt, junge Menschen auszubilden und als Arbeitskräfte zu halten. Aber sie sind nicht nur die Zukunft der Regionen, sie haben auch berechnete Interessen und Bedürfnisse im Hier und Jetzt – jenseits eines verkürzten Blicks auf Beschäftigungsfähigkeit. Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen verbindlich berücksichtigt und junge Menschen konsequent an Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

„Die Jugend von heute“ ist oft Objekt von Politik, von Wirtschaft, von Wissenschaft und auch von Medien – diese Akteure betätigen sich dabei als Produzenten von häufig verzerrten Jugendbildern. Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ setzt sich für eine realistische Darstellung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein. Denn Jugendliche dürfen weder auf Probleme noch auf ihr Potenzial als Zukunftsträger und „Humankapital“ reduziert werden. Jugendliche wollen, können und sollen mit ihren vielfältigen Interessen und Bedürfnissen als selbständige Subjekte wahrgenommen werden und die Gesellschaft mitgestalten. Gerade vor dem Hintergrund der notwendigen Gestaltung des demografischen Wandels ist es von Bedeutung, dass die Jugendphase als eigenständiger und gleichberechtigter Lebensabschnitt neben Kindheit, Erwachsenenphase und Alter anerkannt wird.

Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ will der Jugend in ihrer Vielfalt in der Demografiestrategie der Bundesregierung eine Stimme geben. Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Gestaltungspartnern und Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien. Zu den Gestaltungspartnern gehören Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Akteuren aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft, aus Ländern, Modelllandkreisen, Deutschem Landkreistag und Mitglieder des Deutschen Bundestages. Zudem sind Vorschläge von Jugendlichen aus Beteiligungsprojekten eingeflossen. Die Gestaltungspartner des Bundes haben mehrheitlich in den einzelnen Handlungsfeldern Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Die Arbeitsgruppe hat sich bei ihrer Arbeit insbesondere von folgenden Fragestellungen leiten lassen:

- Wie gestaltet sich die Lebensphase Jugend auf dem Land heute und welche Zukunftsentwürfe gibt es?

⁴ Die verschiedenen Definitionen des ländlichen Raums spiegeln das jeweilige Verständnis von Raum und Raumwandel sowie die Einschätzung seiner Potenziale wider. Der ländliche bzw. rurale Raum wird häufig zunächst als Kategorie des Nicht-Städtischen aufgefasst. Zur Abgrenzung werden Verdichtungs-, Zentralitäts- und Erreichbarkeitsmerkmale hinzugezogen. Die OECD-Definition ländlicher Gebiete legt einen Grenzwert von 150 Einwohnern pro km² fest. In urbanen Regionen leben über 85 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit über 150 Einwohnern pro km², in semiruralen Regionen sind es zwischen 50 und 85 Prozent der Bevölkerung und in ruralen Regionen unter 50 Prozent. Mit dieser Unterscheidung wird ein Hinweis auf das Kontinuum zwischen rein ländlich und rein städtisch strukturierten Siedlungen gegeben.

- Wie kann die Politik auf allen Ebenen die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen noch besser berücksichtigen?
- Wie müssen Beteiligungsstrukturen und Teilhabemöglichkeiten aussehen, damit sich Jugendliche und junge Erwachsene verbindlich und wirksam beteiligen können und davon auch tatsächlich Gebrauch machen?
- Was eröffnet Chancen für den Verbleib, die Rückkehr oder den Zuzug von jungen Menschen in ländliche Regionen?
- Wie kann die Entwicklung von Regionen über kommunale Verwaltungs-, aber auch Ländergrenzen hinweg verbessert und unterstützt werden, und was können junge Menschen dazu beitragen?

Viele demografiepolitische Strategien beziehen sich auf die jeweiligen Rahmenbedingungen in der Kommune. Sie bedürfen aber der Unterstützung aller politischen Ebenen. Bund und Länder müssen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und absichern. Darüber hinaus können sie Konzepte und Instrumente anbieten, die unterstützen und als Maßstab und Orientierung dienen. So wie es nicht die Jugendlichen oder den ländlichen Raum gibt, so gibt es auch nicht die Lösung für demografische Herausforderungen. Handlungsempfehlungen müssen daher den heterogenen Ausgangslagen vor Ort Rechnung tragen, zugleich aber auch übertragbare Ansätze aufzeigen.

Neben der Expertise der AG-Mitglieder und aktuellen Forschungsergebnissen⁵ flossen die Ergebnisse von verschiedenen Projekten mit maßgeblicher Beteiligung von Jugendlichen in die Arbeit der AG ein:

Das Jugendbeteiligungsprojekt „Jugend-Demografie-Dialog“⁶ wurde zwischen 2015 und 2017 von der Leuphana Universität Lüneburg in vier Referenzlandkreisen durchgeführt (Friesland, Kyffhäuserkreis, Lichtenfels, Vorpommern-Rügen). Dabei ging es im Kern darum, dass junge Menschen ihre ländliche Heimatregion wirksam mitgestalten. Dazu wurden verschiedene Veranstaltungsformate entwickelt, die etwa in Schulen und Jugendzentren mit Gruppen zwischen zehn und 100 Personen durchgeführt wurden. Diese „Demografiewerkstätten“ informierten über den demografischen Wandel, und die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiteten Handlungsansätze und Lösungsvorschläge für ihre Region. Wichtig war, dass mit diesen Ideen vor Ort weitergearbeitet wurde. In jedem Fall fand ein Dialog zwischen Jugendlichen und politisch Verantwortlichen statt. Die Vorschläge der Jugendlichen wurden ernsthaft diskutiert, geprüft, an die zuständigen Stellen im Landkreis weitergeleitet und teilweise bereits umgesetzt. Darüber hinaus diskutierten die Jugendlichen ihre Vorschläge mit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“.

⁵ Unter anderem:

- Walper, Sabine / Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015. München: DJI
- Deutscher Bundestag (Drucksache 17/12200): 14. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland
- Shell Jugendstudie 2015: <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html> – Stand 26/04/2016
- SINUS-Jugendstudie "Wie ticken Jugendliche 2016?": <http://www.wie-ticken-jugendliche.de/home.html> – Stand 26/04/2016
- Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligen-survey 2014. Berlin: BMFSFJ

⁶ <http://www.leuphana.de/institute/ifsp/forschung-projekte/jugend-demografie-dialog.html> – Stand 26/04/2016

Das Jugendbeteiligungsprojekt „Ichmache>Politik|Demografie“⁷ des Deutschen Bundesjugendrings beteiligte zwischen 2014 und 2017 bundesweit Jugendliche und junge Erwachsene an der Arbeit der AG „Jugend gestaltet Zukunft“. Einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso wie Gruppen brachten ihre Ideen und Forderungen zur Demografiepolitik über das Online-Beteiligungswerkzeug ePartool ein. Sie erarbeiteten ihre Beiträge vor Ort mit unterschiedlichen Methoden in Gruppenstunden, bei Jugendfreizeiten, in BarCamps oder Workshops – online und offline. Im ePartool wurden auch die Ergebnisse aus dem „Jugend-Demografie-Dialog“ aufgenommen. Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer beider Projekte stimmten zusätzlich darüber ab, welche Beiträge ihnen am wichtigsten waren.

Eine weitere Grundlage für die Erarbeitung der vorliegenden Handlungsempfehlungen bot das Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“⁸, das vom Deutschen Jugendinstitut im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer) zwischen 2013 und 2016 durchgeführt wurde. Es hatte zum Ziel, das Aufwachsen Jugendlicher unter den Bedingungen des demografischen Wandels und dessen Gestaltung exemplarisch in acht ausgewählten ländlich geprägten Landkreisen differenziert darzustellen. Neben der Analyse vorhandener statistischer Daten und der Befragung jugendpolitischer Expertinnen und Experten vor Ort wurden insbesondere die Jugendlichen selbst zu ihren Einstellungen, Bedürfnissen, Interessen und Zukunftsperspektiven befragt. Dazu wurden in allen Untersuchungsregionen Gruppendiskussionen geführt.

Die Ergebnisse aus dem „Jugend-Demografie-Dialog“, aus „Ichmache>Politik|Demografie“ und aus „Jugend im Blick“ wurden zentral gebündelt. So wurde ein gemeinsamer Wirkungskanal geschaffen und die Positionen und Forderungen der jungen Menschen flossen direkt in die vorliegenden Handlungsempfehlungen ein.

Neben den vorliegenden Handlungsempfehlungen hat die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ bereits 2015 eine Handreichung mit jugendpolitischen Grundsätzen erarbeitet, um demografiepolitische Diskurse und Ergebnisse dahingehend zu reflektieren, ob Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen betroffen sind beziehungsweise berücksichtigt wurden. Bildlich gesprochen will die AG damit alle Gestaltungspartner der Demografiestrategie dazu anregen, die „Jugend-Brille“ aufzusetzen, um die Perspektiven von Jugendlichen einzunehmen.

Die „Jugend-Brille“ ist kein Ersatz für Jugendbeteiligung, soll aber sicherstellen, dass die Bedürfnisse, Interessen, Probleme und Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer mitgedacht und auch berücksichtigt werden, wenn junge Menschen nicht unmittelbar beteiligt werden (können). Die AG hat diese Handreichung auch allen anderen Arbeitsgruppen der Demografiestrategie zur Verfügung gestellt.

⁷ <http://ichmache-politik.de/demografie> – Stand 26/04/2016

⁸ http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jugendimblick/Abschlussbericht_Final.pdf – Stand 11/04/2016

„Demografiepolitik ohne die Jugendlichen geht nicht“ –

Aus der Handreichung der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ zur Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Demografiestrategie

- Grundsätzlich steckt in jedem Detailthema der Demografiestrategie immer auch eine Jugend-Komponente. Jugendliche von heute sind die Älteren von morgen. Jugendliche wollen den Austausch mit Älteren – Ältere wollen den Austausch mit Jugendlichen. Das Miteinander überwiegt das Gegen-einander sehr deutlich.
- Jugendliche sind Teil der Gesellschaft von heute und Träger der Gesellschaft von morgen. Jugendliche sind bestmöglich in die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft einzubeziehen, damit sie die Gesellschaft in politischer Hinsicht weiterentwickeln und den sozialen Zusammenhalt fördern.
- Jugendliche sind eigenständige Individuen und es gibt eine eigenständige Lebensphase Jugend. Jugendliche sind mehr als „Humankapital“, in das heute investiert werden muss, damit auch morgen noch zum Beispiel Fachkräfte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Sie sind auch, aber nicht nur, Teil von Familie.
- Jugendliche wollen beteiligt werden, wollen sich aktiv für Dinge des Gemeinwohls einsetzen, wollen Verantwortung übernehmen, wollen Veränderungen erzielen. Die Entscheidungsträger in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft reagieren nicht immer und im ausreichenden Maße positiv auf dieses Partizipationsbedürfnis.
- Jugendliche haben oftmals das Gefühl, dass sie im Rahmen der Generationengerechtigkeit eine nachgeordnete Rolle spielen, sie sind sensibel in Bezug auf die Lastenverteilung.

Der demografische Wandel birgt viele Herausforderungen und er kann, wenn er unter Beteiligung aller gestaltet wird, neue Chancen für die Zukunft bringen. Deshalb muss die künftige – alternde – Gesellschaft auch von der jungen Generation gleichberechtigt mitgestaltet werden. Hierzu braucht es demokratische Entscheidungen und den gemeinsamen Willen und das Handeln von Staat und Zivilgesellschaft auf allen Ebenen und in allen jugendrelevanten Feldern.

2. Handlungsfelder für eine jugendgerechte Demografiepolitik

Gefragt nach ihren eigenen Interessen haben Jugendliche konkrete Vorstellungen, welche Themen mit Blick auf den demografischen Wandel besonders berücksichtigt werden sollen. Im Kern sind das: Mobilität und Internet, Freizeitgestaltung und Freiräume, Engagement, Beteiligung und Mitwirkung, Schule, Übergang und Beruf sowie Vielfalt und gesellschaftliches Zusammenleben.⁹ Die AG hat diese Themen aufgegriffen und die vorliegenden Handlungsempfehlungen in neun demografiepolitische Handlungsfelder für den ländlichen Raum mit hoher Relevanz für Jugendliche und junge Erwachsene untergliedert:

- Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern,
- Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken,
- Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen,
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern,
- Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen,
- Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen,

⁹ Vgl. Ergebnisse aus „Ich mache>Politik | Demografie“ (Deutscher Bundesjugendring) und „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklung“ (Deutsches Jugendinstitut)

- Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen,
- Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen,
- Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen.

Grundsätzlich beziehen sich nicht alle Forderungen der Jugendlichen spezifisch auf den ländlichen Raum, da es viele Handlungsfelder gibt, die Jugendliche im Hinblick auf den demografischen Wandel gleichermaßen beschäftigen, unabhängig von ihrem konkreten Lebensort. Bei der Bearbeitung der Handlungsfelder wurden zunächst die jeweilige Situation und die Positionen und Forderungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gebündelt erfasst. Ausgehend davon sprechen die Gestaltungspartner des Bundes mehrheitlich Empfehlungen für die einzelnen Handlungsfelder aus. Entsprechend sind die einzelnen Kapitel aufgebaut, wobei an verschiedenen Stellen auch Bezüge zwischen den Handlungsfeldern dargestellt werden.

2.1. Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern

Jugendliche in Deutschland haben ein solides Wertesystem. Freundschaft, Partnerschaft und Familie stehen dabei ganz oben. Jugendliche sind Teil von Familien, sie haben aber auch Vorstellungen davon, ob und wie sie (später) in Partnerschaften und mit eigener Familie leben wollen. Darüber hinaus suchen Jugendliche durchaus den Austausch mit Älteren, wollen an deren Erfahrungen teilhaben, denken ihre Bedürfnisse mit.

Familien sind überall dort, wo Menschen verschiedener Generationen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, füreinander einstehen und gegenseitige Fürsorge leisten. Das schließt verheiratete und unverheiratete Paare mit Kindern ebenso ein wie Alleinerziehende, Stief- und Patchworkfamilien, Regenbogenfamilien sowie Familien, in denen man sich um pflege- und hilfsbedürftige Angehörige kümmert.

Den meisten jungen Menschen ist ihre Herkunftsfamilie nach wie vor sehr wichtig, und sie fühlen sich auf ihrem Weg in die individuelle Unabhängigkeit gut begleitet und aufgehoben. Hier haben sie Bindungsfähigkeit erworben, hier können sie aber auch ihre Identität entwickeln und Individualität entfalten.

Mit Blick auf Partnerschaften haben sich die Einstellungen junger Menschen in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert. Die Mehrheit der heutigen Jugend will Gleichberechtigung, Aufgabenteilung und gegenseitige wirtschaftliche Unabhängigkeit.

Jugendliche und junge Erwachsene wünschen sich die Vereinbarkeit von Arbeit, Familie und Freizeit. Karriereorientierung steht dahinter immer mehr zurück. Für die meisten ist es wichtig, dass sie ihre Arbeitszeit kurzfristig an ihre Bedürfnisse anpassen können. Sie vertreten die Auffassung, dass Familie und Kinder gegenüber der Arbeit nicht zu kurz kommen dürfen und wünschen sich flexible Arbeitszeitmodelle.

Die Bedürfnisse von Beschäftigten und Familien haben sich geändert, insbesondere mit Blick auf das Selbstverständnis junger Männer und Frauen, das auf eine faire Aufteilung der Aufgaben in Familien- und Erwerbsleben abzielt. Eine familienfreundliche Arbeitskultur und veränderte Ar-

beitsbedingungen (z. B. flexiblere und mobile Arbeitsorganisation) sind wichtig für Arbeitgeber, um junge Menschen und junge Familien an sich zu binden. Jugendliche und junge Erwachsene wollen beides: einen sicheren, erfüllenden Beruf und Zeit für Familie.

Für ein lebenswertes Umfeld für junge Familien erwarten Jugendliche jedoch nicht nur Beiträge von Arbeitgebern – es geht ihnen auch um kommunale Leistungen wie familienfreundlichen Wohnraum, Spielplätze und andere Freizeitangebote.

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Generationen im ländlichen Raum kommt insbesondere Landwirtinnen und Landwirten und ihren Familien eine besondere Rolle zu, schon allein aufgrund ihrer Flächen- und Ortsgebundenheit. Eine Abwanderung in andere Regionen ist insbesondere für junge Menschen, die ihre Perspektive in den sogenannten „grünen Berufen“ suchen in vielen Fällen keine Option. Sie leben mit ihren Familien auf dem Land und sind ein Denken in Generationen gewohnt. Das führt dazu, dass sie sich in besonderem Maße für die Attraktivität ländlicher Räume stark machen und sich traditionell in vielfältigen Formen (u.a. auch ehrenamtlich) engagieren. Dazu gehört nicht nur die Mitgliedschaft und die Beteiligung in Fachverbänden, sondern auch die in der Landjugend, in Sport- und Musikvereinen, in der Freiwilligen Feuerwehr sowie in Religionsgemeinschaften.

Jugendliche sehen sich in der Regel als Teil einer Generation, die auch über den innerfamiliären Zusammenhalt eng mit Kindern und Älteren verbunden ist. Gefragt nach demografiepolitischen Handlungsbedarfen im ländlichen Raum, benennen sie zum Beispiel Fahrdienste als geteiltes Interesse von Jung und Alt, sie wünschen sich alters- und bedarfsgerechte sowie zum Teil generationenübergreifende Formen von Wohnen und Freizeitgestaltung. Solidarität mit ihrer Generation nehmen junge Menschen jedoch auch in Anspruch: So fordern sie eine Rentenpolitik, die nicht zu Lasten ihrer Zukunftsperspektiven geht.

Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern – Positionen und Forderungen von jungen Menschen

Familie

- „Um junge Leute in ländlichen Räumen halten zu können, muss Politik Möglichkeiten für junge Familien schaffen und das Umfeld für sie attraktiv gestalten.“
- Günstiger Wohnraum für Familien: Ein starker Anreiz, damit junge Familien aufs Land ziehen, wären finanzielle Anreize und Förderungen beim Immobilienerwerb (z. B. „Baugrundstücke verschenken“). Gerade für Großfamilien wäre es außerdem hilfreich, wenn für Vermieter (finanzielle) Anreize geschaffen werden, damit sie kinderreichen Familien eine Wohnung vermieten. Außerdem soll eine „gesetzliche Mietgrenze“ eingeführt werden.
- Eine familienfreundliche Gesellschaft/ ein kinderfreundliches Klima: Die Jugendlichen wünschen sich ein gesellschaftliches Gemeinschaftsgefühl und ein hilfsberechtigtes soziales Umfeld, das unkompliziert und unbürokratisch im Alltag unterstützt („Nachbarschaftshilfe“, „Dorfhelferin“). Die Voraussetzungen dafür sehen sie gerade in ländlichen Regionen auch gegeben. Außerdem fordern sie eine gute materielle Ausstattung der Umgebung (Spielplätze, Schwimmbad).
- „Es braucht eine bessere Unterstützung für junge Familien.“
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

- bessere Kinderbetreuung: Einen entscheidenden Punkt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen die Jugendlichen bei passgenauen Angeboten zur Kinderbetreuung.
 - Öffentlich: Es sollten mehr Betreuungsplätze angeboten werden (für Kinder von 0-6, aber auch Schulkinder am Nachmittag und in den Ferien), die sich noch flexibler an den zeitlichen Bedürfnissen der Familien orientieren (Arbeitszeiten oder auch Vorlesungs- oder Unterrichtszeiten). Betreuungszeiten sollen ausgeweitet werden („24-Stunden-Kitas“)
 - Betrieblich: Arbeitgeber sollten bei Bedarf auch eigene Betreuungsangebote initiieren um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Familie zu unterstützen.
- Besserer beruflicher Wiedereinstieg von Frauen nach der Geburt: Arbeitgeber sollten Frauen stärker beim Wiedereinstieg unterstützen als bisher. „In anderen Ländern (z. B. in Frankreich) ist es nicht solch ein Problem, als Frau wieder in den Beruf einzusteigen, nachdem man ein Kind bekommen hat.“
- Mehr Zeit für Familien: Ausreichend zeitliche Freiräume sind ein sehr wichtiger Punkt bei der Förderung von Familien. Dafür ist entscheidend, dass die Arbeitszeiten an die familiären Bedürfnisse angepasst werden können („kinderfreundliche Arbeitszeiten“):
 - Flexiblere Arbeitszeiten: Arbeitszeiten sollten stärker angepasst werden können (von Männern und Frauen), z. B. in Kombination mit „Lebensarbeitszeitkonten“.
 - Home-Office: gerade bei längeren Anfahrtswegen gute Möglichkeit, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.
 - Zielorientiertes Arbeiten: Wenn Zeitpunkt und Inhalt von Arbeitszielen festgelegt sind, wird es dem/der Arbeitnehmer/in mehr oder weniger freigestellt (je nach Branche), wie die hierfür nötige Arbeitszeit eingeteilt wird.
 - mehr Krankheits- und/oder Urlaubstage für Eltern
- Gerechtere Aufteilung von Erwerbs- und Familienzeit zwischen den Elternteilen: Gehaltsnachteile bei Frauen sollten beseitigt werden, um Eltern mehr Entscheidungsfreiheit zu gewähren (klassisch: wer mehr verdient, bleibt im Job). Und bei Vätern sollten Arbeitgeber akzeptieren, wenn diese in Elternzeit gehen oder ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen reduzieren möchten. Innovative Arbeitgeber könnten hier durch Zertifikate o. ä. hervorgehoben werden. Die Jugendlichen sehen darin Vorteile für die familiäre Rolle von Vätern („stärkere Vater-Kind-Beziehung“) und die berufliche Entwicklung von Müttern.
- Karriere und Kinder ermöglichen: Kinder sollen nicht als Nachteil gesehen werden. Familiäre Bedarfe, z. B. bei Krankheit der Kinder, sollen eher akzeptiert werden. Denkbar wären auch anonyme Bewerbungen, um Frauen oder Eltern mit Kindern nicht zu benachteiligen. Mehr Unterstützung für Arbeitgeber während der Elternzeit.
- „Wir brauchen eine familienfreundliche Lebensgestaltung (Kinderbetreuung, Spielplätze usw.)“
- Familienberatung für junge Menschen: Jungen Menschen soll durch umfassende Aufklärung eine gute Entscheidungsgrundlage für die mögliche Umsetzung eines Kinderwunsches ermöglicht werden. Durch verbesserte Unterstützungsmöglichkeiten sollen sie ggf. motiviert werden, bereits in jüngeren Jahren eine Familie zu gründen, entgegen dem derzeitigen Trend. Solche Aufklärungs- und Beratungsangebote (wie z. B. „Real Care Baby“, „Wir werden Eltern-Projekt“) sollten umfassender zum Einsatz kommen als bisher.
- Kinderlose Paare unterstützen: Kinderlose Paare sollten bei reproduktionsmedizinischen Behandlungen stärker finanziell unterstützt werden. Aber auch Adoptionen oder Pflegeelternschaften sollten erleichtert und weniger bürokratisch gestaltet werden.
- Finanzielle Unterstützung für Familien: Aus Sicht der Jugendlichen hält die hohe finanzielle Belastung viele junge Menschen davon ab, eine Familie zu gründen. Sie fordern daher eine stärkere finanzielle Unterstützung von Familien.
 - Direkte Unterstützung: Mehr Kindergeld, Fürsorge- statt Ehegattensplitting („Anreiz für Familie wichtiger als Anreiz zur Heirat“), materielle und finanzielle „Starterpakete“ für Familien

mit Neugeborenen, höheres Gehalt für Eltern. Bei direkten finanziellen Hilfen wird aber auch angemerkt, dass sie falsche Anreize darstellen können, wenn „(zu) junge Menschen eine Familie gründen“ oder Leute „nur wegen des Geldes viele Kinder bekommen“.

- Indirekte Unterstützung: weniger Gebühren für Betreuungseinrichtungen (z. B. auch bei Universitäten), Unterstützung bei Lebensmittelkosten, Rabatte bei Freizeitaktivitäten (z. B. „Urlaubstarife für Familien“)

Zusammenhalt der Generationen

- Mehr Freizeitangebote für Kinder:
 - mehr Spielplätze, welche gemeinsam mit den Kindern gestaltet werden
 - Kindercafés – ähnlich einem Jugendzentrum, aber nur für Kinder –, die Freizeitangebote für Kinder und ihre Familien anbieten und von ihnen mit organisiert werden
- „Wir brauchen generationsübergreifende Angebote.“: Die Generationen können bei gemeinsamen Aktivitäten viel voneinander lernen, z. B. in gemeinsamen Kochkursen oder Kursen für technische Geräte. Die Generationen könnten auch gemeinsame Projekte entwickeln und durchführen („Ältere ins Jugendleben hineinbringen“)
- Die Jugendlichen wünschen sich, dass die Offenheit zwischen den Generationen gefördert wird, denn die Generationen können viel voneinander lernen und sich gegenseitig helfen.
- Orte der Begegnung: Dazu sollten geeignete öffentliche Räume geschaffen werden, in denen sich Jung und Alt begegnen und ggf. auch voneinander lernen (z. B. „Gemeinschaftsräume oder „ein generationsübergreifendes Bildungszentrum“). „Mehrgenerationenhäuser könnten interessant sein.“
- Alt hilft Jung: Die Kompetenzen älterer sollten stärker genutzt werden für Jugendliche. Sie sehen die Lebenserfahrung und auch das Berufswissen der älteren Generation als große Ressourcen, die genutzt werden könnten, z. B. bei „Jobberatungen“, „Betreuungs- und Nachhilfaufgaben“ und durch „Lebensberichte im Geschichtsunterricht“.
- Jung hilft Alt: Viele Jugendliche wollen sich engagieren und dabei auch älteren Menschen helfen (z. B. „Gassigehen“, „Gartenarbeit“, „Internet erklären“). Um passende Tätigkeiten zu vermitteln, sollten Plattformen (on- und offline) für Ehrenamtliche bereitgestellt werden, auf denen Angebote und Gesuche zueinander finden. Mögliche Anreize für Jugendliche könnten ein zusätzliches „Taschengeld“ oder „Stempelhefte“ sein (bei genügend Stempeln werden Gutscheine oder Eintrittskarten verteilt).
- Intergenerationelles Wohnen: Durch generationsübergreifende Wohnformen könnten ältere Menschen stärker am sozialen Leben beteiligt und einfacher wechselseitige Unterstützungsleistungen zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern ausgetauscht werden (z. B. Einkäufe mitbringen im Austausch für „Kinder hüten“).

Ältere Menschen

- Mehr Freizeitangebote für Ältere:
 - mehr Treffpunkte für Ältere, vergleichbar mit Orten, an denen sich Jugendliche wohlfühlen (von ihnen „Jugendzentrum für ältere Menschen“ genannt)
 - „Rentnerspielplätze“, „Gemeinschaftsgärten für Seniorinnen und Senioren“
- Kaffeerunden, kulturelle Angebote, Sport, Wanderausflüge etc. „Ältere Menschen im Alltag besser unterstützen! Zum Beispiel durch Extra-Busse oder Busbegleitung für Ältere, regelmäßige Fahrtauglichkeitsprüfungen oder auf sie zugeschnittene Ärztehäuser“
- „Leerstehende Häuser oder Wohnungen werden altersgerecht umgebaut, sodass mehrere kleine Wohneinheiten entstehen, in denen sich ältere Menschen begegnen können und die für externe Dienstleister (Pflege, Betreuung, Dinge des alltäglichen Bedarfes) zentral zu erreichen sind.“
- „Bessere Dienstleistungen und Unterstützung für Ältere und Kranke! Zum Beispiel mehr Pflegekräfte,

Aufbau von Hilfsnetzwerken, Apothekenlieferdienste, Transportmöglichkeiten für Kranke, neue oder attraktivere Reha-Kliniken mit einer besseren Vielfalt therapeutischer Angebote.“

- „Altenpflege attraktiver machen: Lohnerhöhungen, verpflichtende Praktika, leichteres Einwanderungsverfahren und Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten, die in der Altenpflege arbeiten wollen sowie Vorurteile gegenüber dem Beruf abbauen!“
- „Ran ans Thema Pflege! Mobile sowie zielgruppengerechte Pflegedienste noch stärker ausbauen und Pflegemittel günstiger machen. Konzepte, wie staatlich geförderte Familienpflegezeit, d. h. einen Lohnersatz für Pflegende, realisieren, und bürgerschaftliches Engagement mitdenken, inklusive Kurse zur Unterstützung für Pflegende.“
- Förderung von altersgerechtem Wohnraum: Aus Sicht der Jugendlichen sollen Wohngemeinschaften speziell für Senioren („Senioren-siedlungen“, „betreute Wohnlandschaften“, „Senioren-WGs“), aber auch generationsübergreifende Wohngemeinschaften, in denen sich die Generationen gegenseitig unterstützen, geschaffen werden. Für diese innovativen Wohnformen soll es Modell- und Förderprogramme geben, und leerstehende Gebäude sollen umgebaut und nutzbar gemacht werden.
- „Förderung privater bzw. betrieblicher Altersvorsorge!“
- „Verfrühstückt nicht unsere Rente und macht eine Rentenreform, die uns Jugendlichen mal die Rente sichert.“

Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern – Handlungsempfehlungen

Für die allermeisten Jugendlichen in Deutschland spielt ihre Familie neben Freund- und Partnerschaften eine wichtige Rolle. Auch der Austausch mit anderen Generationen ist ihnen wichtig. Und mit Blick auf die Zukunft wünscht sich die große Mehrheit der Jugendlichen gleichberechtigte Partnerschaften. Mädchen wollen erwerbstätig sein und Jungen im Haushalt und bei der Kindererziehung mitwirken, sodass die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit einen wichtigen Stellenwert einnimmt.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. Der **Bund** sollte den „Jugend-Check“, mit dem Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation überprüft werden sollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart auf Bundesebene einführen. Bei der Entwicklung und Umsetzung dieses wirksamen Prüf- und Sensibilisierungsinstruments für jugendgerechte Politik sollte die niedrigschwellige Beteiligung von Jugend in ihrer Vielfalt sichergestellt werden.
2. Der **Bund** sollte, um die Nutzung der Mehrgenerationenhäuser (MGH) für Jugendliche als Teil der jungen Generation noch attraktiver zu machen, den Betreibern von Mehrgenerationenhäusern – je nach Bedarfslage vor Ort – nahelegen, diese Zielgruppe verstärkt über die Möglichkeiten, die die MGH ihnen bieten, zu informieren und in Abstimmung mit der Kommune ggf. weitere zielgruppengerechte Angebote für sie zu unterbreiten.
3. **Bund, Länder und Kommunen** sollten zur Förderung generationenspezifischer und -übergreifender Angebote Förderprogramme, z. B. zur Städtebau- und Wohnraumförderung so ausgestalten, dass die sozialverträgliche Sanierung leerstehender Gebäude besser ermöglicht wird, um sie so für multifunktionale Nutzungen zu öffnen.

4. Um Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen,
 - sollte der **Bund**
 - die bestehenden Regelungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (inklusive der monetären Leistungen für Familien) auch unter Gleichstellungsaspekten regelmäßig evaluieren, ggf. anpassen und ergänzen,
 - sollten **Länder und Kommunen**
 - die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Kindertageseinrichtungen und Schulen weiter ausbauen und insbesondere Ganztagsangebote weiter entwickeln,
 - ortsübergreifende Angebote zur (Ganztags-)Kinderbetreuung entwickeln, um insbesondere dem Mangel in ländlichen Räumen zu begegnen,
 - Angebote für Kinder und Jugendliche in Rand- und Ferienzeiten gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe sowie Vereinen und Verbänden weiter ausbauen,
 - berücksichtigen, dass Familien Zeit benötigen, um Familie leben zu können, indem z. B. Öffnungszeiten den Bedarfen von Familien angepasst werden,
 - sollten die **Sozialpartner**
 - die Arbeitszeitverteilung im Lebensverlauf in den Blick nehmen, ein neues Verständnis von Lebensarbeitszeit entwickeln und über lebenslaufangemessene Arbeitszeitkonten verhandeln,
 - sollten die **Arbeitgeber**
 - für eine zukunftsgerichtete Personalgewinnung und -bindung eine familienfreundliche Personalpolitik betreiben, flexible Arbeits(zeit)modelle ausbauen und dabei die Chancen der Digitalisierung für z. B. Telearbeit nutzen,
 - wo möglich, die betriebliche Kinderbetreuung auf- und ausbauen.

5. **Städte und Gemeinden** sollten die Anforderungen an die Nutzung(smöglichkeiten) bestehenden Wohnraums gerade für ländliche Räume noch flexibler gestalten bzw. vereinfachen, um z. B. generationenspezifische und -übergreifende Wohnformen zu ermöglichen.

2.2. Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken

Der Staat hat auf allen Verwaltungsebenen die Aufgabe, Infrastrukturen vorzuhalten. Damit kann er zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im Bundesgebiet (Art. 72 Abs. 2 GG) beitragen. Wer den demografischen Wandel im ländlichen Raum gestalten will, muss zunächst die Daseinsvorsorge gewährleisten. Bund und Länder haben dabei eine zentrale Rolle durch Gesetzgebung und Finanzierung. Sie setzen damit den Rahmen. Bereitgestellt wird Infrastruktur jedoch wesentlich in den Kommunen, darunter beispielsweise in den Bereichen Verkehr/Beförderung, Energie, Wasser/Abwasser, Wohnen, Gesundheitsversorgung, Katastrophenschutz und Sicherheit, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie durch Angebote der Jugendhilfe. Zentral für Kommunen ist, wie viele finanzielle Mittel sie haben, um die Daseinsvorsorge gewährleisten zu

können. Sofern durch den demografischen Wandel Einnahmen wegbrechen und daraus ggf. auch eine höhere Verschuldung resultiert, werden die finanziellen Spielräume vor Ort enger. Dies kann sich auf die Lebensbedingungen für junge Menschen niederschlagen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten einschränken.

Wichtig für Jugendliche und junge Erwachsene auf dem Land ist der Zugang zu verschiedenen Angeboten der Daseinsvorsorge, sodass sie gegenüber Gleichaltrigen im urbanen Raum nicht benachteiligt sind. Die AG „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“ im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung nennt Bereiche, die auch jungen Menschen sehr wichtig sind. Es geht um Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kommunikation, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs aber auch um Sicherheit.

Ein weiterer Aspekt der Daseinsvorsorge ist, ob Bund, Länder und Gemeinden öffentlichen Service und Bürgerdienste flächendeckend bieten können. Das entsprechende Leistungsangebot wird zunehmend den modernen Erfordernissen angepasst. Sofern eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung steht und die Leistung auch personenunabhängig erbracht werden kann, kann die Verwaltung orts- und zeitunabhängig, einfach, schnell und sicher erreicht werden. Gerade für junge Menschen sind solche Online-Angebote wichtig. Dennoch sollte auch eine persönliche Beratung gewährleistet sein, denn bei jungen Menschen kann gerade bei ersten Kontakten mit Verwaltung und Behörden besonderer Beratungsbedarf bestehen.

Angesichts des demografischen Wandels sieht sich auch die Kinder- und Jugendhilfe mit ihrem Anspruch, bedarfsgerechte außerschulische Angebote für alle jungen Menschen und ihre Familien zu unterbreiten, mit neuen Anforderungen konfrontiert. Das betrifft alle Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere jedoch die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Die dazugehörigen Bildungs-, Kultur-, Sport- und anderen Freizeitangebote sind wesentlich für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es sind Bereiche der Infrastruktur, mit denen Wohlbefinden, Bildung und Gesundheit gefördert werden und Freizeit selbstbestimmt gestaltet wird. Zentral ist hier die Frage der Erreichbarkeit entsprechender Angebote. Gerade in dünn besiedelten Regionen können diese nicht überall flächendeckend vorgehalten werden, sondern konzentrieren sich auf (klein)städtische Zentren. Geklärt werden muss von daher die Frage, welche Orte die Möglichkeit bieten, möglichst viele junge Menschen zu erreichen, um ihnen Optionen der selbstbestimmten Gestaltung von Lebenswelten anzubieten und Partizipation erlebbar werden zu lassen.

Freizeit dient der Erholung. Und sie ist neben der Schule der Raum, in dem sich wesentliche Teile der sozialen Integration vollziehen (Familie, Partnerschaften, Freundschaften), innerhalb derer man Neigungen und Interessen ausbilden und vertiefen kann und in dem nicht zuletzt gesellschaftliche Teilhabe und Engagement geschehen. Der gekonnte Umgang mit Freizeit und mit dem, was man daraus für sich selbst gewinnen kann, ist für Jugendliche eine eigene Entwicklungsaufgabe. Jugendliche agieren dabei in räumlichen Bezügen und bewegen sich zwischen öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Räumen. Dabei geht es Jugendlichen nicht nur um die „physikalische Besetzung“ eines Raumes oder Ortes, sondern immer auch um deren Aneignung und Ausgestaltung, das heißt um Identifizierung mit solchen Orten aber auch um deren eigenständige Mitgestaltung und um Partizipation an Entscheidungen, die mit der Gestaltung dieser Orte zusammenhängen.

In ländlichen Regionen sind die Freizeitangebote für Jugendliche und junge Erwachsene meist deutlich geringer als in städtischen Regionen.¹⁰ Viele Angebote wie Schwimmbäder, Kinos oder Geschäfte werden immer weiter reduziert oder sind in der näheren Umgebung gar nicht vorhanden. Aber auch Vereine und Verbände sind vor Ort oft personell ausgedünnt. Hinzu kann auch hier eine schlechte Erreichbarkeit kommen.

Die Jugendarbeit ist ein wichtiger Ort non-formaler und informeller Bildung, und Jugendverbände und -vereine sowie Jugendtreffs und -zentren (offene Jugendarbeit) sind Teil eines funktionierenden Gemeinwesens.

Vereine (z. B. Sport, Jugendfeuerwehr, Landjugend, kirchliche Jugendarbeit) spielen für Jugendliche und junge Erwachsene – gerade in ländlichen Räumen – eine sehr wichtige Rolle. Ebenso wie die Jugendverbände ermöglichen Vereine selbstständige und selbstbestimmte Freizeitgestaltung, sie sind wichtige Lern-, Erfahrungs- und Experimentierräume, die Engagement fördern und jungen Menschen Selbstwirksamkeit ermöglichen. Außerdem tragen sie zu Gesundheit und Wohlbefinden bei. Für Vereine und Verbände wird es jedoch immer schwieriger, ehrenamtliche Funktionsträger (etwa Gruppen- und Übungsleiter, Trainer, Schieds- bzw. Kampfrichter) zu gewinnen oder zu halten – bei nach wie vor großem Interesse der Kinder und Jugendlichen am Mitmachen.

Allgemein ist die Nutzung von (Vereins-)Angeboten, der Besuch von Freunden oder das Aufsuchen von Treffpunkten mit hohem Aufwand und weiten Fahrten verbunden. Die gewünschten und notwendigen Ablösungsprozesse vom Elternhaus sind für Jugendliche oft mit dem Dilemma verbunden, bei der Freizeitgestaltung von Eltern abhängig zu sein (z. B. bei Fahrten zu Einrichtungen).

Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Gesundheit

- Anreize für den Beruf „Landarzt/Landärztin“ schaffen: Dabei kann es sich aus Sicht der Jugendlichen um neue Arbeitszeitmodelle für Ärztinnen und Ärzte, höhere Löhne und ein „Begrüßungsgeld“ handeln. Ärzte und Ärztinnen und ihre Familien sollen aber auch von den Gemeinden konkret beim Umzug in den ländlichen Raum unterstützt werden: Die Gemeinden können sie bei der Suche nach geeigneten Praxis- und Wohnräumen, aber auch bei der Suche nach einer Arbeitsstelle für die/den mitziehende/n Partnerin bzw. Partner sowie der Suche nach einer geeigneten Kinderbetreuung und einer Schule für die Kinder unterstützen.
- Mobile medizinische Dienste: Die klassischen Hausbesuche sollen durch rollende Arztpraxen (mit einer medizinischen Grundausstattung versehene Kleinbusse) wiederbelebt werden. Diese mobilen Arztpraxen fahren in regelmäßigen Intervallen durch den ländlichen Raum und versorgen Patientinnen und Patienten vor Ort. Eine weitere Umsetzungsform sind mobile Apotheken.

¹⁰ Insbesondere Regionen im Osten Deutschlands müssen sich schon länger mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinandersetzen, dennoch gibt es dort eine höhere Angebotsdichte an Freizeitheimen, Jugendzentren und -räumen als im Westen. Betrachtet man die Anzahl der jungen Menschen zwischen 10 und 25 Jahren, denen ein solches Angebot zur Verfügung steht, ist der Osten, hier vor allem die Landkreise, besonders gut ausgestattet. Allerdings wird auch deutlich, dass diese Einrichtungen oftmals mit einer schwierigen Personalausstattung zu kämpfen haben (z. B. kein oder kaum hauptamtlich tätiges Personal). Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Einrichtungen und tätige Personen, verschiedene Jahrgänge

- Besseres Patientenmanagement: Praxen- und Terminauswahl online, bei Bedarf Sammelbusse für nicht-mobile Menschen
- Grundversorgung muss auch in dünn besiedelten Regionen erhalten bleiben: Krankenhäuser in Reichweite und Abdeckung aller fachärztlichen Bedarfe
- Einfache medizinische Versorgung ohne Ärztinnen und Ärzte: Zur Entlastung von Landärztinnen und Landärzten sollen einfache Tätigkeiten von geschulten Arzthelferinnen und Arzthelfern durchgeführt werden (Modell „Gemeindeschwester“). Eine weitere Empfehlung konzentriert sich auf die verstärkte Anwerbung und Ausbildung von Ehrenamtlichen zu Sanitäterinnen und Sanitätern, welche dann vor Ort die einfache medizinische Versorgung übernehmen.
- Telemedizin ausbauen - Zwei Beispiele der Umsetzung:
 - Die Gefahr ungenauer Diagnosen aus der Ferne könnte nach Meinung der Jugendlichen durch den Einsatz von Sanitäterinnen und Sanitätern abgemildert werden, die direkt vor Ort sind und während der Diagnose und Behandlung Unterstützung von Ärztinnen und Ärzten aus der Ferne erhalten.
 - Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern, sollten die Möglichkeiten der elektronischen medizinischen Überwachung von Vitalfunktionen durch „Wearables“ ausgeweitet werden (z. B. Armbanduhren). Gerade für ältere Menschen können diese Armbanduhren den Alltag erleichtern.
- Erhöhung der Anzahl von Fachkräften:
 - finanzielle Unterstützung für Medizinstudierende: Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach Abschluss ihrer Aus- und Weiterbildung in ländlichen Regionen ambulant tätig zu sein, in denen die medizinische Versorgung nicht ausreicht, erhalten eine finanzielle Unterstützung („Stipendium für zukünftige Landärztinnen und Landärzte“).
 - Mehr Medizinstudienplätze schaffen: Insbesondere im ländlichen Raum sollen die Studiemöglichkeiten und Praktikumsstellen für Medizinstudierende erhöht werden.
 - Mehr Ausbildungsplätze im Gesundheitsbereich und bessere Bezahlung
- „Es sollte mobile Serviceleistungen geben (z. B. der Banken, der Ärzte).“
- „Das Thema Gesundheit ist wichtig. Es braucht gute Landärztinnen und Landärzte, mobile medizinische Dienste und die Möglichkeit z. B. der Telemedizin.“

Katastrophenschutz/Sicherheit

- Einsatzfähigkeit von Berufsfeuerwehren: Die Anzahl der Feuerwehrleute und -fahrzeuge sollte erhöht werden. Es sollte mehr Geld investiert werden, sodass jede Wehr mindestens einen Rettungswagen zur Verfügung hat.
- „An der Sicherheit wird auf dem ländlichen Raum gespart, Polizeidienststellen zentralisiert und geschlossen. Die Folge ist, dass die Polizisten ein riesiges Gebiet mit zu wenig Personal abdecken müssen. Darunter leidet die Sicherheit und damit auch das Wohlbefinden in diesem Raum.“
- Mehr Werbung für das freiwillige Engagement bei der Feuerwehr, der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, dem Deutschen Roten Kreuz, dem Technischen Hilfswerk usw.
- Fach „Katastrophenschutz/Erziehung“ an Schulen, beispielsweise als AG: Dadurch kann bei Schülerinnen und Schülern bereits in frühen Jahren das Interesse am Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, im Technischen Hilfswerk etc. geweckt werden.

Vereine

- Sportstätten besser auslasten: Um die Sportstätten und Sportangebote für die Bevölkerung zu erhalten, sollten die Betreiber Kooperationen eingehen, z. B. mit Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Trägern der Erwachsenenbildung, Krankenkassen oder der Agentur für Arbeit, um neue

Nutzerinnen und Nutzer zu gewinnen. Die Kooperationspartner könnten gezielt innerhalb ihrer Institution für die Angebote werben oder diese womöglich in ihr eigenes Angebot einbinden und mitfinanzieren. Sportvereine könnten die Sportstätten/-flächen auch Nichtmitgliedern gegen eine Gebühr zur Verfügung stellen, sodass diese dort selbst Sportangebote organisieren können.

- Mehr Kooperationen zwischen Vereinen und Schulen, um Mitglieder zu gewinnen: Es sollen Vereinssportangebote in den Schulbetrieb integriert werden, sodass für die Schülerinnen und Schüler z. B. die Pflicht zur Teilnahme an einem Angebot besteht. Die Vereine können auch AG-Angebote und Projekte an Schulen durchführen.
- Mehr Ehrenamtliche gewinnen: Vereine sollen noch stärker eine Kultur der Anerkennung für Ehrenamtliche schaffen (Preisverleihungen, Vergünstigungen im Rahmen der JuLeiCa, Bereitstellung von Räumen, Hilfe beim Beantragen von Fördermitteln usw.).
- „Größere Vielfalt an Angeboten für Kinder und Jugendliche, Erwachsene (Ausgleich zum Beruf) und Senioren im Sportbereich, sowie eine Modernisierung bestehender Sportstätten. Dadurch wird ein gesunder Lebensstil gefördert und Vereine werden gestärkt.“
- „Wir brauchen Kostenübernahmen für Qualifizierungsmaßnahmen (wie z. B. Übungsleiterschulungen).“
- „Wir brauchen eine bessere Vereinsförderung.“

Wohnen

- „Wohnungen sind schier unbezahlbar.“ Finanzielle Anreize für das Wohnen auf dem Land sorgen dafür, dass mehr Menschen im ländlichen Raum leben würden. Dadurch können höhere Kosten, z. B. für Fahrt- und Transportwege, kompensiert werden.
- Mehr bezahlbaren Wohnraum in Tourismusgebieten für Einheimische schaffen: z.B. leerstehende Gebäude umnutzen oder Ferienwohnungen umwandeln.
- Schulnahe Wohnmöglichkeiten (auch ohne Eltern): Um lange Schulwege im ländlichen Raum zu vermeiden, soll Schülerinnen und Schülern Wohnraum nahe der Schule geboten werden.
- Tauschbörse für Häuser/Wohnungen: Um zu vermeiden, dass ältere Menschen allein in einem für sie zu großen Haus leben und mit dem Unterhalt überfordert sind und um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Familien mit Kindern große Häuser suchen, soll es Tauschbörsen für den bedarfsge rechten Immobilitätsaustausch im ländlichen Raum geben („Tausche groß gegen klein“).

Energie und Wasser/Abwasser

- Dezentralisierung der Stromversorgung: Privathaushalte sollen mehr unterstützt werden, sich eine unabhängige Stromversorgung zuzulegen, beispielsweise durch Windkraft und Solarenergie.
- Dezentralisierung der Wasserversorgung/Abwasserentsorgung: Die Dezentralisierung der Wasserversorgung soll in Form von eigenen Wasserspeichern für einzelne Häuser oder die Nachbarschaft realisiert werden. Auch die Abwasserentsorgung soll mittels „Minikläranlage im eigenen Haus mit regelmäßigem Wasserwechsel“ für Gebiete mit geringer Siedlungsdichte dezentralisiert werden.
- Erneuerbare Energien sollen ausgebaut werden („mehr Land für umweltfreundliche Energiegewinnung“).

Freiräume/Freizeit

- Mehr Freizeitangebote für Jugendliche:
 - wohnortnahe Angebote der Kinder- und Jugendarbeit
 - mehr Schwimmbäder, Einkaufszentren, Bars, Diskotheken etc.
 - mehr Orte bzw. Treffpunkte für Jugendliche, z. B. Umbau von leerstehenden Gebäuden in

selbstverwaltete Jugendzentren/-treffs/ -clubs

- staatliche Unterstützung von Events, die von Jugendlichen für Jugendliche organisiert werden
- Ferienpassaktionen auch für ältere Schülerinnen und Schüler (z. B. Jugendreisen)
- verstärkte Integration von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in den (Ganztags-)Schulalltag
- Mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Freizeitangebote in der Region (z. B. „Hobbytage in Schulen“)
- „erreichbare wohnortnahe Freizeiteinrichtungen unter der Woche + die Möglichkeit, größere Einrichtungen am Wochenende zu erreichen, damit man auch andere Jugendliche kennenlernen kann“
- „Durch mit Prüfungen und Hausarbeiten vollgestopfte Ferien wird unser Ehrenamt erschwert. Ein Ferienschutz muss her!“
- „Wir brauchen Rückzugsorte.“
- „Die Öffnungszeiten von Freizeiteinrichtungen müssen auf die Tagesabläufe der Jugendlichen abgestimmt sein.“
- „Wir brauchen die Möglichkeiten, unsere Hobbies vor Ort auszuüben.“

Kultur

- Veranstaltungsmanager auf Landkreisebene: Eine Eventmanagerin/ ein Eventmanager könnte einen Veranstaltungsplan erstellen und die Gesamtplanung im Landkreis koordinieren und für die Werbung zuständig sein (u. a. Pflege einer zentralen Homepage mit allen Veranstaltungen in der Region).
- Mehr Kulturveranstaltungen: Die Jugendlichen fordern mehr Musikveranstaltungen/Festivals, Theaterveranstaltungen und Feste. „Wir brauchen eine breite Vielfalt an jugendkulturellen Angeboten, die ansprechend und gut zu erreichen sind.“ Die Veranstaltungen sollen generationsübergreifend gestaltet sein, sodass „für alle etwas dabei“ ist.
- Selbstverwaltetes Jugendbudget für die Durchführung von selbst geplanten, kulturellen Veranstaltungen („von Jugendlichen für Jugendliche“)
- Kultur-AGs an Schulen: Durch die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe soll früh das Interesse an kulturellen Angeboten bei jungen Menschen geweckt werden.
- Museen könnten modernisiert werden („mehr Mitmachaktivitäten“)
- „Wir brauchen kulturübergreifende Angebote.“

Einkaufsmöglichkeiten

- Innovative Lieferdienste/ mobile Dienste: Die Jugendlichen schlagen verschiedene Formen von Lieferdiensten vor. Bei allen soll die eventuell im Vorfeld notwendige Bestellung auf vielfältige Weise möglich sein (online, telefonisch, über zentral gelegene Sammelkästen für Bestellscheine, ...) und es sollen vorrangig regionale Produkte verkauft werden. Zwei Beispiele:
 - „Tante Emma auf Rädern“: Regionale Kleinerzeuger/Händler schließen sich zusammen und bieten einen Lieferdienst an, bei dem sich die Kundinnen und Kunden vor Ort die Waren am Lieferfahrzeug aussuchen können.
 - Einsatz von Transportdrohnen: Durch Drohnen kann der Mobilitätsbedarf gesenkt werden, indem vorab bestellte Waren (Lebensmittel, Drogerieartikel, Medikamente, ...) transportiert werden und Menschen dadurch keine weiten Wege zum Einkaufen zurücklegen müssen.
- Ehrenamtlich geführte Dorfläden: Hierfür können leerstehende Gebäude in ländlichen Räumen genutzt und mit Fördermitteln umgebaut werden. In den Dorfläden können neben dem Verkauf von Lebensmitteln z. B. auch Bank- und Postdienstleistungen angeboten werden (multifunktionale Nutzung des Geschäfts).
- Jugendgerechte Einkaufsmöglichkeiten: Für die Jugendlichen ist wichtig, dass sie von bekannten

Bekleidungsfirmen und Fast-Food-Ketten im ländlichen Raum nicht „vergessen werden“ und auch dort Filialen eröffnet werden.

Strukturen/Finanzierung

- „Leerstehende Gebäude in ländlichen Räumen multifunktional und kreativ nutzen! Z.B. Dorfläden, Einbindung von regionalen Erzeugern, Dienstleistungen, wie Post und Bank, Bürgerbüros, Cafés, Sprechstunden von Ärztinnen bzw. Ärzten oder Beratungsstellen, Initiativen. Mobiles Gewerbe verknüpfend mitdenken.“ „In ungenutzten Gebäuden soziale Begegnungen ermöglichen, z. B. Jugendzentrum oder -treff, Kindergarten, Flüchtlingsunterkunft oder auch ein Museum. Vielleicht hierfür auch mal den Denkmalschutz flexibilisieren!“
- „Verschönerungen der Städte und Gemeinden! Unter anderem durch die Reparatur von Straßen. Achtung: Versteckte Wohnkosten beim Straßenausbau - diese nicht von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlen lassen!“
- Leistungsprinzip bei Beamtinnen und Beamten einführen
- „Stadtplanerische Veränderungen müssen mitgedacht werden.“
- „Es braucht mehr Fachkräfte in der Jugendarbeit.“
- „Es braucht bessere Austauschmöglichkeiten / eine bessere Kommunikation der Institutionen und Angebote untereinander.“

Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken – Handlungsempfehlungen

Angesichts des demografischen Wandels gilt es verstärkt, die Grund- und Nahversorgung in öffentlicher Verantwortung sicherzustellen. Wie können Bedingungen guten Lebens vor Ort – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen sozialstrukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf regionaler und kommunaler Ebene – erhalten werden, um gleichwertige Lebensbedingungen zu sichern?

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Bund, Länder und Kommunen** sollten Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit als Teil von Daseinsvorsorge verstehen und ihre Angebote langfristig sichern und strukturell unterstützen. Dazu sollten die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen im Sozialgesetzbuch VIII und im Kinder- und Jugendplan des Bundes gesichert werden. In ländlichen Regionen sollten Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erhalten oder wieder aufgebaut bzw. ihre Kooperation mit örtlichen Vereinen und Verbänden unterstützt werden, um Bleibe- und Rückkehrperspektiven zu eröffnen.
2. Der **Bund** sollte die Möglichkeiten für ein ressortübergreifendes Förderprogramm/Modellvorhaben prüfen, mit dem unter Beteiligung von Jugendlichen der Auf- und Ausbau jugendgerechter Beteiligungsstrukturen sowie deren bessere Vernetzung insbesondere in ländlichen Regionen gefördert wird und aus dem auch Jugendliche selbst nach Möglichkeit entsprechende Mikroförderungen erhalten können.

3. Die **Kommunen** sollten jungen Menschen die Nutzung öffentlicher Räume und Flächen flexibler ermöglichen und Möglichkeiten für Selbstorganisation eröffnen.
4. Die **Kommunen** sollten sich trotz bzw. gerade aufgrund schwieriger Finanzlagen gegenüber innovativen Ideen und alternativen Angebotsformen noch stärker öffnen, um Versorgungsengpässen und der Ausdünnung von Infrastruktur entgegenzuwirken. Dies sollte bundes- und landespolitisch flankiert werden.
5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten die gesundheitliche Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen verstärkt durch geeignete Maßnahmen (z. B. die Umsetzung wirksamer innovativer Konzepte für die Bedarfsdeckung etwa mit medizinischen Versorgungszentren, Telemedizin, Gemeindeschwestern, ambulanten Sprechstunden und mobilen Praxen, die Aufstellung landkreisübergreifender Versorgungskonzepte sowie die gesonderte Unterstützung für Landärztinnen und Landärzte) unterstützen und langfristig sicherstellen.

2.3. Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen

Mobilität ist für junge Menschen im ländlichen Raum ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, ob ihre Heimatregion für sie attraktiv ist, ob sie bleiben bzw. zurückkehren. Jugendliche auf dem Land haben grundsätzlich die gleichen Mobilitätsbedürfnisse wie ihre Altersgenossen in urbanen Räumen: Sie möchten möglichst bequem und ohne großen Aufwand ihre Schule bzw. Ausbildungsstätte erreichen und ihren Freizeitaktivitäten nachgehen können. Im Vergleich zu Jugendlichen in Städten stehen sie allerdings vor ungleich größeren Herausforderungen. Ist der Weg zur Schule durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch weitestgehend gesichert, so ist der Busverkehr außerhalb der Schulzeiten, am Wochenende, in den Ferien oder abseits der Routen zur Schule oft nur rudimentär vorhanden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Orte, an denen sie ihre Freizeit verbringen wollen (Sportstätten, Wohnorte von Freundinnen und Freunden, Diskotheken, Kultureinrichtungen etc.), räumlich häufig weit auseinander liegen. Die Erreichbarkeit wird bei zunehmender Entfernung immer schwieriger. Aber auch wenn Jugendliche ihre Mobilität einigermaßen sicherstellen können, sind sie in ihrer zeitlichen Unabhängigkeit doch eingeschränkt und bleiben auf die begrenzten Möglichkeiten des ÖPNV bzw. der privaten Mitnahme angewiesen.

In (dünn besiedelten) ländlichen Regionen dominiert der Pkw den Mobilitätsalltag. Jugendliche, die noch keine Fahrerlaubnis haben, sind für längere Strecken, die nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können, vor allem auf private Fahrdienste durch Eltern, Verwandte oder Freundinnen und Freunde angewiesen. Die meisten Jugendlichen im ländlichen Raum beklagen den schlechten ÖPNV in ihrer Region und die damit einhergehende mangelnde Mobilität.

Traditionelle ÖPNV-Linienverkehre sind nur begrenzt in der Lage, die Nachfrage in ländlichen Räumen und insbesondere außerhalb der Hauptverkehrszeiten angemessen zu befriedigen. Aus Sicht der Verkehrsunternehmen ist die Auslastung der Fahrzeuge zu gering und damit die Kostendeckung zu niedrig. Aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer, wie z. B. der Jugendlichen, sind die Bedienungsfrequenzen und Reisezeiten des ÖPNV unattraktiv. Folgen waren in der Vergangenheit

häufig ein weiterer Rückgang der Nachfrage und – in Folge dessen – eine weitere Reduzierung des Angebots.

Bei der (Neu-)Justierung von jugendgerechten Mobilitätskonzepten sind innovative Ansätze mit einem vielfältigen Mix an Schienen-, Bus- und Individualverkehr sowie anderen Mobilitätslösungen heranzuziehen. Zentral ist, dass Jugendliche hier wirksam eingebunden werden. In den vergangenen Jahren wurden verschiedene flexible und auch zielgruppenspezifische Bedienungsformen im ÖPNV ausprobiert und eingeführt. Diese stellen einen Lösungsansatz dar, weil sie sich konsequent an der Nachfrage orientieren. Beispielsweise kann durch den Einsatz von Anrufsammeltaxis, Rufbussen oder „Disco-Bussen“ ein flächendeckendes und nutzerfreundliches ÖPNV-Angebot mit höherer Kosteneffizienz aufrechterhalten werden. Während die klassischen Linienbusse nach einem festen Fahrplan und auf einer bestimmten Strecke verkehren, werden die Fahrzeuge bei flexiblen Bedienungsformen bedarfsabhängig eingesetzt. Dies erfordert in der Regel eine Voranmeldung des Fahrtwunschs per Telefon oder Internet. Wird keine Fahrt angemeldet, fährt auch kein Fahrzeug. Mit Unterstützung der modernen Kommunikationstechnologien werden in Zukunft auch private Mitnahmesysteme in das öffentliche Mobilitätsangebot integriert werden können. Modellversuche dazu laufen bereits (z. B. „Mobilfalt“ in Nordhessen oder „Garantiert mobil“ im Odenwaldkreis).

Die Gestaltung und Sicherung der Mobilität gekoppelt an standortplanerische Aspekte der Daseinsvorsorge (wie z. B. dem Standort von Schulen) und Freizeitinfrastruktur (z. B. Sporthalle oder Jugendzentrum) kann den Mobilitätsaufwand insgesamt reduzieren. Dieser Aufgabe ist das Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gewidmet, das standort- und verkehrsplanerische Fragen in einem strategischen Ansatz zusammenführt und damit sowohl zur Sicherung der Einrichtungen als auch zur Sicherung von deren Erreichbarkeit beitragen will. Jugendliche und deren Erwartungen werden bei diesem Vorhaben vor Ort in den 18 Modellregionen einbezogen. Denn in dem Maße, wie für Jugendliche der Mobilitätsaufwand verringert werden kann, werden auch die Familien insgesamt bei ihren alltäglichen Mobilitäts Herausforderungen entlastet.¹¹

Neben einem leistungsfähigen ÖPNV kann auch der Radverkehr im ländlichen Raum dazu beitragen, für Jugendliche die Mobilität zu sichern bzw. zu verbessern. Der Anfang 2013 in Kraft getretene Nationale Radverkehrsplan (NRVP) 2020 legt hierauf ein besonderes Augenmerk. In den ländlichen Regionen werden durchschnittlich nur acht Prozent der Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt (in den Städten sind es elf Prozent) – trotz teilweise hoher touristischer Nutzung des Fahrrads und seiner Bedeutung als traditionelles Verkehrsmittel im Alltag. Häufiges Argument gegen eine Fahrrad-Nutzung als Verkehrsmittel zur Schule oder zur Arbeit auf dem Land ist der (zu) weite Weg; allerdings geht es nicht selten auch um Fragen des Lifestyles. Auch spielt die vielfach unzureichende Kombinierbarkeit von Fahrrad und ÖPNV eine wichtige Rolle. Der NRVP misst daher der Radverkehrsförderung im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung bei.

¹¹ Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: „Familienmobilität im Alltag“, Juli 2015 (<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Publikationen/LA/familienmobilitaet-im-alltag-herausforderungen-und-handlungsempfehlungen.html>)

Nicht nur für ein zukunftsweisendes Mobilitätsmanagement ist eine verlässliche und schnelle digitale Infrastruktur grundlegend. Die Digitalisierung gestaltet unsere Gesellschaft und Wirtschaft, die Art wie wir leben und arbeiten, auf enorme Weise um. Mehr und mehr Angelegenheiten des Alltags wie Einkäufe, Fahrbuchungen, Fahrkartenkauf, Bankaufträge und Gesundheitsdienstleistungen werden online abgewickelt. Der digitale Wandel macht dabei keinen Unterschied zwischen urbanen Zentren und ländlich geprägten Regionen. Die ländlichen Räume können davon profitieren, denn je besser sich das Arbeiten und Wirtschaften digital verwirklichen lässt, desto weniger wichtig ist ein stadtnaher Wohn- oder Firmensitz. Ländliche Regionen, die über keinen hochleistungsfähigen Breitbandanschluss verfügen und verkehrstechnisch schlecht erreichbar sind, sind daher erheblichen Nachteilen ausgesetzt.

Jugendliche und junge Erwachsene leben selbstverständlich mit Smartphone und Internet, kommunizieren über soziale Netzwerke. Die Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen begleitet ihr Aufwachsen, bietet Chancen, birgt aber auch Gefahren. Kompetente digitale Teilhabe ist für sie eine der zentralen Voraussetzungen für soziale Teilhabe: Wo Jugendliche nicht gleichermaßen Internetzugang und Kompetenzen in der Nutzung haben, können sich bestehende soziale Ungleichheiten im digitalen Raum reproduzieren. Jeder junge Mensch sollte unabhängig von seinem Wohn- und Aufenthaltsort einen gleichberechtigten Zugang zur digitalen Welt haben.

Leistungsstarke Breitbandnetze sind dafür eine wichtige Bedingung. Diese ist aber noch nicht überall und in hinreichender Qualität erfüllt. Der notwendige Breitbandausbau ist in erster Linie eine Aufgabe der Telekommunikationsunternehmen. Wo kein marktgetriebener Netzausbau erfolgt, ist der Staat mit seinen Fördermaßnahmen gefragt. Gerade in den zumeist ländlich gelegenen sogenannten „weißen NGA-Flecken“ wird dies der Fall sein.

Jugendliche gelangen auch zunehmend über mobile Endgeräte ins Internet, der Zugang über den heimischen Desktop-PC oder ein Notebook tritt demgegenüber zurück. Voraussetzung dafür ist jedoch ein leistungsfähiges mobiles Endgerät, ein gutes Netz und guter Empfang. Neben der Verfügbarkeit spielt natürlich auch die Finanzierbarkeit eine große Rolle – hier setzen junge Menschen klare Prioritäten vor anderen Anschaffungen und Unterhaltskosten: 2015 besaßen bereits 92 Prozent aller 12- bis 19-Jährigen in Deutschland ein Smartphone.¹²

Die Voraussetzungen für die mobile Internetnutzung in Deutschland sind zwar grundsätzlich gut, jedoch in vielen ländlichen Regionen ist die Versorgung mit flächendeckendem schnellem Internet nicht immer gewährleistet. Die Versteigerung frei werdender Rundfunkfrequenzen hat nicht nur für zusätzliches Geld für den Breitbandausbau gesorgt, sondern auch für ein zusätzliches Frequenzspektrum für den Mobilfunk. Die Nutzung dieser Frequenzen ist mit Versorgungsaufgaben verbunden, die sicherstellen sollen, dass auch im ländlichen Raum die flächendeckende Nutzbarkeit des mobilen Internet erreicht werden kann.

¹² Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg: JIM 2015 – Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland

Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Öffentlicher Personennahverkehr

- „Die Notwendigkeit von einem Elternteil überall hingefahren werden zu müssen, darf keine Alternative sein!“
- Verbindungen: Jugendliche fordern „bessere (Bus-)Verbindungen gerade in ländlichen Bereichen.“ Es fehle an einem starken und guten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Das Verkehrsnetz müsse „gestärkt und ausgebaut werden, um gute Anbindungen zu realisieren und es benötigt eine gute Anbindung an größere Städte“, beispielweise durch: Zug- und (Fern-)Busnetze ausweiten und ergänzend Ruftaxen („Dorfkutschen“) anbieten; bessere Verbindungen in umliegende Ballungszentren. Jugendliche fordern auch: „Ein Ausbau des Smart-Transports ist überfällig! Die zunehmende Dezentralisierung nicht urbaner Lebensräume führt zu zunehmenden Problemen! Restauration ist keine Lösung, intelligentere Anbindungen beim Städteplanen schon!“
- Schülerbeförderung: Jugendliche sagen: „Lange Schulwege verringern Freiräume!“ Die Fahrzeiten von Schulbussen sollen besser an Unterrichtszeiten angepasst werden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden, und es sollen ausreichend große Busse eingesetzt werden.
- Testphasen: Um den Kreislauf aus schlechtem Angebot und geringer Nachfrage zu durchbrechen, werden zeitlich begrenzte Testphasen mit erheblich ausgeweitetem ÖPNV-Angebot vorgeschlagen. Diese sollen anschließend ausgewertet werden.
- Fahrzeiten: Engere Taktung und bessere Abdeckung der Randzeiten (abends, nachts, am Wochenende), z. B. durch Veranstaltungs- / Nachtbusse („Nachteule“, Disco-Busse).
- Preise: Junge Menschen fordern: „Wir brauchen günstigere Tarife für Jugendliche!“ Sie fordern auch: Der ÖPNV soll grundsätzlich günstiger werden und passgenaue Tickets anbieten (Kurzstrecke, Zonen). Insbesondere für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende (v. a. vollzeitschulische) und Studierende sollten stark vergünstigte Tickets ermöglicht werden, da sie häufig kein oder kaum Einkommen haben. Auch die Forderung, flächendeckend ÖPNV gratis anzubieten, wurde eingebracht. Auch sollten die Schülertickets auf einen Geltungsbereich erweitert werden, der nicht nur die Strecke zwischen Wohnort und Schule abdeckt, sondern z. B. auch das nächste Mittelzentrum, sowie wichtige Freizeit- und Kulturorte.
- Attraktivität: „Das Image der öffentlichen Verkehrsmittel muss gestärkt werden“, zum Beispiel durch: Feedback-Systeme (Touchscreen, Papier, App), um auf Mängel und Probleme hinweisen zu können („freundliche Busfahrer“).
- Kombination von Verkehrsmitteln: Fahrradmitnahme in Bussen und Leihstationen für (E-)Fahrräder an Haltestellen/ -stationen
- „Ich finde es schade, dass für Sozialtickets und Schülerfreizeitickets rechtliche Grundlagen und/oder Aufgabenträger in einigen Bundesländern fehlen. Ich wünsche mir ein bundesweites Angebot für sozial Benachteiligte.“
- Barrierefreiheit im ÖPNV

Mitfahrgelegenheiten

- Durch Mitfahrgelegenheiten sollen zusätzliche Mobilitätsangebote geschaffen werden. Dafür brauchte es einen organisatorischen Rahmen (Verantwortlichkeit klären, „staatlich geprüfter Mitnehmer“ – z. B. durch Prüfung von Führerschein, Führungszeugnis, Verkehrsregister, Bezahlmodelle) und einfache Nutzungsmöglichkeiten (Online-/ App-Lösungen, Aufkleber an Autos).
- Nebeneffekt: gestärkter Zusammenhalt der ländlichen Bevölkerung

Selber fahren

- Führerschein unter 18 Jahren: Jugendliche wollen durch den früheren Erwerb von Führerscheinen für Pkw und Kleinkrafträder mobiler werden und eher in der Lage sein, auch größere Entfernungen selbstständig zurückzulegen (z. B. für Arbeit, Schule, Freizeitaktivitäten).
- Vergünstigungen bei Versicherungskosten, Treibstoff etc.

Alternative Mobilitätsformen

- Verleih und gemeinsame Nutzung von Verkehrsmitteln: Nach städtischen Vorbild sollen Leih-/ und Sharingdienste für (E-)Fahrräder und Autos geschaffen werden. Das wäre gleichermaßen kostengünstig und umweltfreundlich.
- Mobile Dienstleistungen: Um individuelle Fahrtzeiten zu sparen, sollten bestimmte Dienstleistungen von mobilen Anbietern geleistet werden (z. B. Lebensmittel, Bankservice, Medizinische Hilfe). Eine Variante könnte hier der verstärkte Einsatz von Drohnen zum Transport von Gütern sein.
- Ehrenamtliche Mobilitätsangebote: Jugendliche schlagen vor, eine bessere Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr zu gewährleisten. Durch solche und ähnliche Angebote sollen Bevölkerungsgruppen ohne eigenen Pkw (Jugendliche, Arbeitslose, Ältere) unterstützt werden (z. B. in Form von Bürgerbussen, „Jugend- oder Kindertaxis“). Sie könnten dadurch z.B. auch besser an Vereins- und sonstigen Freizeitangeboten in ihrer Region teilnehmen.
- E-Mobilität fördern: Die Infrastruktur für E-Mobilität (Auto und Fahrrad) sollte verbessert werden durch die Installation von Auflade- und/ oder Verleihstationen. Neben dem Mobilitätsaspekt sehen die Jugendlichen eine allgemeine Attraktivitätssteigerung der Region durch solche Innovationen.
- Ein Mobilitätsprogramm für Vereine, damit diese Fahrservices anbieten können
- Straßen und Radwege verkehrssicher ausbauen und instand halten. Insbesondere für Minderjährige ist das Vorhandensein eines ausgebauten Radwegenetzes abseits vielbefahrener Straßen eine wesentliche Rahmenbedingung zur Förderung ihrer nichtmotorisierten Individualmobilität, da Eltern sonst ausgedehnte Radfahrten ihrer Kinder z. B. in Nachbarorte aus Sicherheitserwägungen vielfach untersagen.

Internet / Breitband / Mobilfunknetz

- „Es bestehen ungleiche Möglichkeiten und Chancen in der Stadt und auf dem Land.“
- „Um allen jungen Menschen den Zugang zum Internet zu ermöglichen, braucht es einen Ausbau von Breitbandinternetzugängen – vor allem im ländlichen Raum.“ (Ausbau des Glasfaserkabelnetzes!)
- Aus Sicht der Jugendlichen ist das schnelle Internet ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume. Er ist mitentscheidend für die Lebensqualität von Privatpersonen, die Ansiedlung neuer Unternehmen, das Bestehen von Unternehmen am Markt sowie für die Verbreitung flexibler Arbeitsmodelle (z.B. Home-Offices).
- „Oft ist die Datenqualität ein Problem. Gerade auf dem Land zu leben, heißt oft auch ohne stabiles und schnelles Internet auskommen zu müssen. Deshalb fordern wir: keine Drosselung von (mobilen) Daten!“
- „Die digitale Infrastruktur muss ausgebaut werden. Mindestens 3G sollte – wie bereits in anderen Ländern – flächendeckend Standard sein und somit Funklöcher im mobilen Datenbereich beseitigen.“
- „Es braucht ein bundesweites freies W-LAN für alle.“ Gerade bei schlechter Netzabdeckung bieten öffentliche W-Lan Hotspots sehr gute Möglichkeiten für schnellen Internetzugang. Öffentliche Plätze werden dadurch für junge Menschen attraktiver. Die aktuellen Regelungen bei der „Störerhaftung“ sehen Jugendliche hier als starkes Hemmnis (Wunsch nach „Pilotprojekten“). In jedem Dorf sollte es mindestens einen öffentlich zugänglichen VDSL-Hotspot geben, die auch als Treffpunkt Jugendli-

cher, auch mit anderen Generationen dienen könnten.

- „Wir nutzen das Internet ständig, es ist schon lange keine zweite Realität mehr. Es ergänzt und bereichert unser tägliches Leben.“
- „Smartphones und mobile Daten erlauben mir Orientierung in unbekanntem Terrain und machen mich damit unabhängiger von meinen Eltern.“
- „Ständige Erreichbarkeit ist sehr anstrengend. Im beruflichen Bereich kann eine Trennung von Freizeit und Beruf, die der Arbeitgeber vorgibt, hilfreich sein.“
- „Wir sind online, das Internet ist ein wichtiger Teil unseres Lebens. Wir verabreden und vernetzen uns online, wir bilden uns unsere Meinung online, wir genießen Kultur online, wir finden online neue Freunde.“
- „Die ständige Erreichbarkeit durch das Immer-und-Überall-Onlinesein ist anstrengend und oft ein Problem.“
- „Online-Sein kostet Geld! Niemand darf jedoch ausgegrenzt werden, wenn er nicht online und bei Facebook oder WhatsApp ist. Nicht alle können sich von ihrem Taschengeld ein Smartphone oder Datenvolumen für das Handy leisten. Damit werden viele vom Nutzen des Internets und damit auch bspw. von Sozialkontakten abgehalten.“
- „Oft sind teure Medien und Technik Voraussetzung für Bildung – diese können sich jedoch nicht alle leisten.“
- „Die Qualität von frei zugänglichen Daten kann schwer überprüft werden. Die Daten-Quellen sind nicht immer klar gekennzeichnet und oft dubios.“
- „Anonymität im Netz ist eine Medaille mit zwei Seiten. Einerseits fordern wir sie ein, da wir damit das Recht auf Privatsphäre geschützt sehen (z. B. um nicht von Datenkraken, Konzernen und Staaten ausspioniert zu werden), andererseits können damit Straftaten leichter vertuscht werden.“
- „Viren, Hacking, Kriminalität, Cybermobbing und Anonymität sind Probleme, die in und mit dem Netz existieren und uns bewusst sind. Wie groß die Gefahren dabei wirklich sind, können wir schlecht einschätzen.“
- „Es braucht gesetzliche Richtlinien (z. B. ein Grundgesetz) für das Internet.“
- „Wir brauchen Sicherheit im Internet. Die Rechtslage muss dabei den Bedürfnissen angepasst werden, denn das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Datenschutz dürfen nicht den Verzicht auf die Internetnutzung bedeuten.“
- „Nutzungsbedingungen von sozialen Netzwerken müssen verhandelbar sein – kein Friss-oder-Stirb, bzw. keinen sozialen Netzwerkod mehr!“
- „Flatrate muss Flatrate sein!“
- „Es sollten Alternativen zu Online-Tools (z. B. Anmeldungen, Datenrückmeldungen) existieren. Nicht jeder gibt seine Daten (z. B. Kontodaten) gern im Internet preis.“
- „Es braucht den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware.“
- „Die geplante Obsoleszenz von Soft- und Hardwareprodukten verhindert eine nachhaltige Nutzung und braucht gesetzliche Regelungen. Sie zwingt uns zu ständigen Neuanschaffungen von Geräten.“

Medienkompetenz/Medienbildung/ Digitale Souveränität

- Gerade aufgrund der zunehmenden Vereinzelung von Jugendlichen in den Dörfern ländlicher Räume und der eingeschränkten Mobilität ist das Internet für die Kommunikation in der Peergroup und die Pflege sozialer Kontakte umso wichtiger.
- Auch in den in ländlichen Regionen eingesetzten Schulbussen sollte generell offenes WLAN vorhanden sein, um die oft langen Fahrzeiten besser nutzen zu können.
- Auflegung eines Förderprogramms: Kommunen im ländlichen Raum erhalten eine regionsspezifische Förderung des Breitbandausbaus.
- Gründung von privatrechtlichen Bürgergesellschaften: Die Kommunen erhalten für die Finanzierung

des Breitbandausbaus ein Darlehen aus Bürgerhand.

- Ehrenamtliche Unterstützung des Breitbandausbaus: Bürgerinnen und Bürger helfen bei der Verlegung der benötigten Leerrohre mit.
- Datenschutzmaßnahmen bekannter machen: Informationsveranstaltungen über den richtigen Umgang mit persönlichen Daten im Internet veranstalten
- Vermittlung von Medienwissen an Ältere: Junge Menschen können ehrenamtlich jener Generation, die ohne Internet aufgewachsen ist, den Umgang mit diesem Medium erklären („Jung hilft alt“).
- Es fehlt an geschultem Personal an unseren Schulen, um neue Medien im Schulsystem zu verankern.
- „Die Einführung des Schulfachs ‚Neue Medien‘ ist besonders wichtig. Hier wäre es gut, nicht nur vor Gefahren zu warnen, sondern vielmehr den kritischen Umgang sowie Soft- und Hardwarekompetenzen zu vermitteln.“
- „Um sensibel mit dem Thema Datenschutz umzugehen, sind Crashkurse für den Umgang mit eigenen Daten und zum Thema Massenspeicherung wichtig. Diese können in Schulen, Hochschulen, im Verein und am Arbeitsplatz angeboten werden.“
- „Auch junge Menschen müssen den Umgang mit Medien und dem Internet lernen. Deshalb benötigen wir eine medienpädagogische Begleitung in Schulen und Vereinen, um eine entsprechende Aufklärung über Nutzung, Gefahren, Datenschutz usw. zu erlernen.“
- „Die ehrenamtlichen jungen Erwachsenen vor Ort müssen entsprechend qualifiziert werden! (Medienumgang, Medienkompetenz, Verinselung, Cyber Mobbing, ...)“
- „Nur Medienkompetenz ist wirksamer Jugendmedienschutz! Wir wollen eine Medienpolitik und -pädagogik, die junge Menschen befähigt, sich frei, eigenwirksam und ohne Gefährdung in allen Medien zu bewegen, anstatt sie durch Verbote und Kontrolle einzuengen.“
- „Es ist schwer nicht bei Facebook und Google zu sein, diesen Firmen seine Daten nicht zu hinterlassen. Deshalb sollte es Workshops geben, die nahe bringen, wie man auch ohne dabei mitzumachen auf dem Laufenden bleibt.“
- „Jugendclubs müssen zum Thema Internet/W-LAN mehr Informationen erhalten, z. B. zum Thema Haftung und Urheberrecht bei freiem W-LAN.“
- „Die Ausstattung mit Computern ist in Schulen oft veraltet und schlecht – hier braucht es eine bessere Ausstattung.“
- „Es braucht einen Ausbau von e-Learning Plattformen.“ (Schule/Hochschule)
- „Unser Schulsystem lebt hinter dem E-Mond! Wie können wir einen intelligenten Umgang mit Medien und Geräten verlangen, wenn er nicht erlernt wird?“

Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen – Handlungsempfehlungen

Mobilität ist für junge Menschen ein entscheidender Faktor für ein selbstbestimmtes Leben und eine positive Bewertung ihres aktuellen Lebensraums. Sie kann auch Bleibe- und Rückkehrperspektiven beeinflussen. Länder und Kommunen sollten daher die Mobilität für junge Menschen im ländlichen Raum über den Schülerverkehr hinaus sichern und unter Einbeziehung von alternativen und selbstorganisierten Mobilitätsformen fördern. Der Bund sollte Länder und Kommunen im Rahmen seiner Zuständigkeit bei entsprechenden Vorhaben unterstützen.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Länder und Aufgabenträger** (Landkreise und kreisfreie Städte) sollten insbesondere im ländlichen Raum die Sicherung eines bedarfsgerechten Mobilitätsangebots (nicht nur) für Jugendliche zu einem wichtigen Ziel ihrer Mobilitäts- und Standortpolitik machen. Dies trägt auch dazu bei, die Region für Jugendliche attraktiv zu halten. Der Bund sollte dieses Anliegen im Rahmen seiner Mobilitäts- und Jugendpolitik unterstützen.
2. Die **Aufgabenträger** (Landkreise und kreisfreie Städte) sollten in den ÖPNV-Nahverkehrsplänen – über den Schülerverkehr hinaus – in Abendstunden, an Wochenenden und in den Schulferien jugendrelevante Verbindungen in einem Mindestumfang berücksichtigen und entsprechende Mobilitätsangebote (wie z. B. Disko-Taxi) prüfen. Die Jugendlichen sollten an der Erarbeitung und Fortschreibung der Nahverkehrspläne und Mobilitätsangebote beteiligt werden.
3. **Länder und Aufgabenträger (Landkreise und kreisfreie Städte) sowie Verkehrsbetriebe** sollten die Verbesserung einer landkreisübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich Mobilität und Möglichkeiten zur Einführung bzw. Ausweitung eines landkreis- bzw. verbundübergreifenden Mobilitätsmanagement und innovativer Mobilitätsformate prüfen. Ferner sollten sie die Einführung einer Mobilitätskarte für Jugendliche zu für Jugendliche vertretbaren wirtschaftlichen Konditionen prüfen und dabei Jugendliche beteiligen. Die Mobilitätskarte sollte Jugendlichen auch bundesweit die Nutzung des ÖPNV erleichtern (z. B. auf Basis eines bundesweiten Tarifmodells und Mobilitätsmanagements). Zur Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts könnte der Bund bei Bedarf eine koordinierende Aufgabe übernehmen und Ergebnisse aus Best-Practice-Beispielen zur Verfügung stellen.
4. Der **Bund** sollte auch weiterhin unter Berücksichtigung europarechtlicher Entwicklungen und der im Vollzug – auch bei Modellvorhaben – gesammelten Erfahrungen das Personenbeförderungsgesetz sachgerecht weiterentwickeln. Die Länder sollten entsprechend ihre ÖPNV-Landesgesetze sowie ihre Genehmigungspraxis weiterentwickeln.
5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten die Individualmobilität im Rahmen ihrer Zuständigkeiten durch geeignete Maßnahmen (z. B. Ausbau des Fahrradwegenetzes) fördern.
6. Der **Bund** sollte den flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet und Mobilfunk in den ländlichen Regionen weiter vorantreiben, dazu alle Synergiepotenziale ausschöpfen und vorhandene Infrastrukturen nutzen. Die flächendeckende Versorgung mit einer leistungsfähigen Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur zu vertretbaren wirtschaftlichen Konditionen wird heute selbstverständlich vorausgesetzt und ist ein wichtiger Standortfaktor auch für die regionale Entwicklung. Der Bund sollte darüber hinaus prüfen, wie der geplante Ausbaustandard für das Jahr 2018 mit mindestens 50 Mbit/s über diesen Zeitraum hinaus dynamisch an die technologischen Entwicklungen angepasst werden kann.

2.4. Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern

Das Reden über Jugend, über ihre Einstellungen und Verhaltensweisen, ihre Stile und Probleme dient dem Zweck des „verallgemeinernden Redens“ über eine ganze Generation. Es drückt ein ge-

sellschaftliches Bedürfnis nach Herstellung von vermeintlicher Klarheit und Eindeutigkeit aus und ist seit jeher mit gewissen, auch ambivalenten, Bildern verknüpft. Dem Bild „der Jugend von heute“ liegen Pauschalisierungen u. a. in der Politik, der Wissenschaft und in den Medien zugrunde, entsprechende Etikettierungen haben eine lange Tradition. In den produzierten Bildern sind Jugendliche nicht selten diejenigen, die Probleme haben oder die Probleme machen. An die Seite solcher Klischees ist in jüngster Zeit das Bild einer pragmatischen, konformistischen, fast schon überangepassten Jugend gerückt.¹³

Pauschalisierende Jugendbilder vernachlässigen jedoch die tatsächliche Vielfalt von jugendlichen Wirklichkeiten. Jugendliche sind nicht nur unterschiedlich, sie wollen es auch sein und grenzen sich voneinander ab. Unterschiedlichste Jugendkulturen machen diese Vielfalt eindrucksvoll deutlich. Die „Jugendgesellschaft“ ist mindestens so komplex und heterogen wie die der Älteren. Zudem findet ein nicht unerheblicher Teil des jugendlichen Lebens zunehmend im virtuellen Raum statt. Das Internet ist ein bedeutender Gestaltungsraum für Jugendliche und birgt nicht nur Risiken, sondern auch große Chancen – insbesondere im Hinblick auf Teilhabe, Mitwirkung, Begegnung und Austausch.

Ältere haben Vorstellungen von Jugend und selbst Erfahrungen damit, jung zu sein. Sie bewerten die Jugend im Vergleich mit ihren eigenen individuellen Erfahrungswerten. Daneben haben sie in ihrem persönlichen Umfeld häufig unmittelbaren Umgang mit Jugendlichen – mit Verwandten, eigenen Kindern oder Kindeskindern. Aus diesem privaten Erfahrungsraum entwickeln sie Annahmen darüber, wie „die Jugend von heute“ ist bzw. sein sollte. Die entsprechenden Bewertungen und Schlussfolgerungen können positiv wie auch negativ ausfallen. Sie können, verbunden mit einer oft selektiven Wahrnehmung jugendlichen Auftretens und Verhaltens, lediglich ein Abbild einer Teil-Realität erzeugen, das der komplexen Wirklichkeit junger Menschen nicht entspricht. Eine solchermaßen unvollständige oder verzerrte Wahrnehmung führt fast zwangsläufig zu nicht erfüllbaren Erwartungen an die junge Generation oder gar zu ihrer Stigmatisierung. Laut aktueller Shell-Jugendstudie fühlt sich knapp ein Drittel der Jugendlichen wegen ihres Alters diskriminiert.

Sind junge Menschen bereits jetzt medial und politisch unterrepräsentiert, könnte der demografische Wandel das noch verstärken. Insbesondere in vielen ländlichen Regionen ist eine überdurchschnittliche Schrumpfung des jugendlichen Anteils an der Gesellschaft zu erwarten. Hinzu kommt die Abwanderung gerade von Jugendlichen mit guter Schulbildung und tendenziell hoher Engagementbereitschaft aus strukturschwachen Regionen – mit der Konsequenz, dass die Sichtbarkeit jugendlicher Vielfalt abnimmt. Berücksichtigt werden muss außerdem, dass Jugendliche tendenziell hohen, an Leistungen orientierten Erwartungen ausgesetzt sind, ihnen aber immer weniger Freiräume zur Selbstgestaltung zur Verfügung stehen – auch um in der Öffentlichkeit sicht- und hörbar zu sein.

Jugendliche sind selten selbst in Produktionsprozesse von Bildern „über“ sich eingebunden. Im Sinne einer wirkungsvollen Jugendbeteiligung, die Jugendliche wertschätzt und ernst nimmt,

¹³ Vgl. Shell Jugendstudie 2015 und die SINUS-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche 2016?“ (<http://www.wie-ticken-jugendliche.de/home.html>), bzw. die Berichterstattung darüber, z. B. „Alle wollen Mainstream sein“ (<http://www.sueddeutsche.de/leben/sinus-studie-alle-wollen-mainstream-sein-1.2967488> – Stand 26/04/2016)

müssen Jugendliche in Diskurse über Jugend einbezogen werden. Ohne Jugendliche befragt und als Sachverständige hinzugezogen zu haben, ist eine realistische Darstellung und Wahrnehmung von Jugendlichen nicht möglich.

Bilderproduzenten wie Medien und Politik kommt eine besondere Verantwortung zu. Medien können wichtige Unterstützer sein, wenn es um eine realitätsangemessene Darstellung der Lebenswelten, der Herausforderungen und Leistungen junger Menschen geht. Aber auch die Politik ist aufgefordert, sich der Vielfalt jugendlicher Lebenslagen bewusst zu werden und selbst mit realistischen Bildern von Jugendlichen zu arbeiten – auch weil sie die Lebenslagen Jugendlicher mit ihren Entscheidungen maßgeblich beeinflusst.

Die Problematisierung von Einzel- bzw. Randthemen kann zur Verstärkung von Phänomenen und zu verallgemeinernden Annahmen führen. Medien können einen vermeintlich problematischen Trend aufzeigen (z. B. „Komasaufen“) und ihn somit erst öffentlich wahrnehmbar machen, damit aber unter Umständen auch zu seiner Verstärkung beitragen.¹⁴ Medien präsentieren zum Teil einzelne, aus dem Zusammenhang gerissene Daten und konstruieren damit besorgniserregende Entwicklungen. Für Prävention zuständige Institutionen (u.a. Politik) nehmen diese als Handlungsfelder wahr und setzen Themen auf ihre Agenda, die wiederum von wissenschaftlichen Einrichtungen begleitet werden.

Wissenschaftliche Studien und Jugendberichte werden von Politik herangezogen, um die Lebenslagen Jugendlicher zu berücksichtigen. Somit gibt Politik Anlass für Jugendforschung und mit Forschungsergebnissen wird Politik gemacht. Häufig hat Forschung den Auftrag, Risikofaktoren des Aufwachsens zu benennen. Eine ausschließliche Erforschung von problematischen Phänomenen kann allerdings das Risiko von Stigmatisierungs- und Stereotypisierungsprozessen verstärken.

Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ hat zwei Expertisen beauftragt.¹⁵ Diese geben, flankiert durch einen Jugendworkshop¹⁶ sowie eine Onlinebeteiligungsrunde¹⁷, Aufschluss darüber, wie Jugendliche in Politik und Medien wahrgenommen werden.

Die Expertisen bestätigten die Ausgangsthese, dass Jugendliche und junge Erwachsene in Politik und Medien tendenziell pauschalisierend dargestellt werden und insgesamt thematisch unterrepräsentiert sind. Die von Politik und Medien produzierten Jugendbilder waren allerdings nicht vorwiegend negativ oder positiv, sondern präsentieren eher ambivalente Vorstellungen über Jugend. Das heißt, Jugendbilder stellen die Wirklichkeit Jugendlicher verzerrt dar, wenn sie pauschale Aussagen beinhalten oder nur Teilaspekte des Aufwachsens junger Menschen repräsentieren.

Jugendliche haben sich in den Beteiligungsprojekten der AG „Jugend gestaltet Zukunft“ vielfach darüber Gedanken gemacht, wie die Lebensbedingungen für alle in ihrer Region verbessert werden können. In den vorliegenden Handlungsempfehlungen zeigt sich ein Bild junger Menschen,

¹⁴ Bernd Werse: Die Mär von der immer besoffeneren Jugend. Alkohol-Konsumtrends unter Heranwachsenden und die öffentliche Wahrnehmung. In: Axel Gronemeyer, Dagmar Hoffmann (Hrsg.): Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend? Diagnosen, Diskurse und Herausforderungen. Beltz Juventa, 2014.

¹⁵ „Jugendbilder in der Politik“: Institut für sozialraumorientierte Praxisforschung und Entwicklung unter der Leitung von Prof. Ulrich Deinert); „Jugendbilder in den Medien“: Prof. Volker Gehrau (Institut für Kommunikationswissenschaft, Universität Münster) mit Unterstützung einer Studierendengruppe

¹⁶ Der Jugendworkshop wurde von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ durchgeführt und fand vom 16.-18. Oktober 2015 in Berlin unter dem Titel „Schaut doch mal hin! Wir sind anders, als ihr denkt“ statt. Dokumentation:

https://www.jugendgerecht.de/downloads/Dokumentation_2._Jugendworkshop_10-2015.pdf – Stand 22/04/2016

¹⁷ Eine Onlinebeteiligungsrunde von „IChmache>Politik|Demografie“ ging der Frage nach, ob die Darstellung von Jugendlichen jungen Realitäten gerecht wird.

die sich in unterschiedlichsten Lebenswelten mit pluralen Anliegen und Interessen einbringen, die sich engagieren und den Zusammenhalt der Generationen forcieren. Gleichzeitig zeigen viele Ältere Verständnis, wenn junge Menschen in strukturschwachen Regionen keine Zukunftschancen sehen, und räumen der Verbesserung der Rahmenbedingungen und Schaffung von Bleibeperspektiven hohe Priorität ein.

Festzuhalten bleibt, dass es „die“ Jugend nicht gibt. Jugend ist vielmehr ebenso heterogen wie die Gesellschaft, deren Teil sie ist.

Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Wie sehen Jugendliche sich selbst?

- „Die heutige Jugend ist nicht unmotiviert, unpolitisch, gleichgültig, ich-zentriert und verantwortungslos, sondern aktiv und engagiert.“
- „Oft werden den engagierten Jugendlichen Steine (z. B. struktureller Art) in den Weg gelegt.“
- „Manchmal habe ich das Gefühl, dass Menschen, deren Studium schon länger zurückliegt, nicht wahrnehmen wollen, wie sehr sich das Studienleben verändert hat. Der Druck von außen, aber auch Erwartungen haben sich verändert.“
- „Es wird zu viel von uns erwartet! Wir sollen Familie, Freunde, Schule, Studium, Beruf und Engagement unter einen Hut bringen – unser Leben wird dabei zu viel von außen bestimmt.“
- „Meine Lebenswelt: Freunde, Spaß, unternehmungslustig sein, neugierig sein, das Leben genießen, Internet, Handy, wenig Schlaf, (das Leben)genießen, Lebensfreude!“
- „Nur weil wir mehr Freizeit fordern, heißt das nicht, dass wir faul sind!“

Was fordern junge Menschen?

- „Wir brauchen Anerkennung und Akzeptanz.“
- „Jungen Menschen sollte mehr zugetraut und sie sollten ernst genommen und gefordert werden. Wir sind bereit uns auch an der Umsetzung unserer Ideen zu beteiligen!“
- „Junge Menschen drücken sich oft anders aus, als Erwachsene das gewohnt sind.“ Gerade deshalb ist das „Zuhören lernen“ sehr wichtig. Aufgrund eines weniger ausgefeilten Ausdrucks von Jugendlichen darf nämlich nicht sofort auf weniger wichtige Meinungen und Anliegen geschlossen werden.
- „Weniger Leistungsdruck für die Jugend schafft Freiraum, um sich stärker einbringen zu können.“
- „Freizeit ist Lebenszeit – wir wollen auch einfach mal Zeit zur freien Gestaltung haben.“
- „Warum werden wir so oft (z. B. durch zu strenge Verbote im Jugendschutzgesetz) bevormundet? Nehmt uns ernst und bringt uns Selbstständigkeit bei.“
- „Jungen Menschen sollte mehr zugetraut und sie sollten mehr gefordert werden.“
- „Wir brauchen Meinungsfreiheit. Unsere demokratische Gesellschaft lebt davon, dass wir freien Zugang zu Informationen haben und ohne Angst vor Verfolgung“ unsere Meinung kundtun können.“
- „Feiern macht Spaß und sollte nicht noch strenger kontrolliert werden, als nötig.“

Was sollten Erwachsene tun?

- Interessen Jugendlicher erfahren
- Mitwirkungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen

- Individualität und Vielfalt von Jugendlichen erkennen und beachten
- Kategorisierung, Vorurteile, Stereotypisierung vermeiden
- den direkten Dialog mit Jugendlichen anstreben und ermöglichen, stattvermittelnde Erwachsene (Eltern, Lehrer etc.) zu fragen
- Jugendliche in ihren Fähigkeiten unterstützen
- Vorbilder sein

Was müsste die Gesellschaft verändern?

- Jung und Alt tauschen sich über Meinungen, Wünsche und Ideen aus
- Generationen rücken näher zusammen und unterstützen einander
- Vorschläge und Meinungen Jugendlicher ernst nehmen und in Diskurse integrieren
- Nicht junge Menschen müssen sich an die Gegebenheiten der Gesellschaft anpassen, sondern die Gesellschaft ermöglicht allen Menschen umfassende Teilhabe
- Veränderungen akzeptieren, stetige Weiterentwicklung unterstützen
- Engagement Jugendlicher wertschätzen
- Geduldig sein und wohlwollend urteilen
- „Die Gesellschaft muss lernen, dass außerschulische Bildung und außerberufliche Aktivitäten von jungen Menschen wichtig sind und einen bedeutenden Teil des Zusammenlebens darstellen.“

Was müssten Medien tun?

- „Junge Menschen sollten mit Ihrem Engagement und ihren Ideen in den Medien mehr auftauchen. Zeigt die vielen Jugendlichen, die Vorbilder/ Ideengeber für andere sein könnten!“
- „Wir sind anders als unser Image! Die Medien zeichnen kein realistisches Bild von uns, was eher zu Vorurteilen führt. Es sollte auch aus der Perspektive von jungen Menschen gesprochen werden.“
- Jugendliche über ihre Möglichkeiten informieren
- Berichterstattung über Jugendliche vielseitig und differenziert gestalten
- Vorurteile und Stereotypen zur reinen Aufmerksamkeitserzeugung vermeiden
- Jugendliche nicht zu Werbezwecken nutzen
- Jugendliche in die mediale Berichterstattung einbeziehen, Jugendbeteiligung und den ständigen Dialog mit jungen Menschen ermöglichen
- Junge Menschen und ihre Meinungen sichtbar machen
- Nicht über Jugendliche spekulieren, sondern Fakten nutzen
- Über Erfolge, Projekte und das Engagement von Jugendlichen berichten
- Mehr Medien von Jugendlichen für Jugendliche und Erwachsene; jüngere Redakteurinnen und Redakteure bzw. Journalistinnen und Journalisten fördern, um andere Blickwinkel zu zeigen

Was sollte Politik bewirken?

- „Politik soll für ein realistisches Bild von jungen Menschen in der Gesellschaft eintreten. Es braucht ein differenziertes Bild der Lebensphase Jugend und keine Gesellschaft, die Jugendliche nur als vermeintliches Problem wahrnimmt. Wir sind nicht anders als ihr, „die“ Jugend gibt es nicht.“
- „Mehr junge Menschen in die Politik! Die Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und jungen Menschen sollte auf allen Ebenen der Gesellschaft sichergestellt werden.“
- „Junge Menschen sollten in der Kommunalpolitik mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten haben.“
- „Warum werden wir nicht gefragt, wenn es um uns geht? Die Mitbestimmung sollte gefördert werden.“

- Freiräume ermöglichen
- Breite Jugendforschung und Jugendberichterstattung fördern
- Attraktive und interaktive politische Inhalte in verpflichtende Bildungsinhalte einbinden
- Jugendlichen mehr Mitspracherechte geben, auch bei Themen, die sie „nicht betreffen“
- Flächendeckend Jugendparlamente schaffen
- Möglichkeiten für Engagement bieten
- Selbst realistische Jugendbilder kommunizieren

Was müsste die Wissenschaft untersuchen?

- Zukunftswünsche und Bedürfnisse inklusive regionaler Unterschiede (z. B. Bedürfnisse von Jugendlichen auf dem Land)
- Existierende – falsche und richtige – Jugendbilder
- Meinungsumfragen bei Jugendlichen: z. B. zur Ausgestaltung des Bildungssystems

Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern – Handlungsempfehlungen

Für eine realistische Darstellung von Jugendlichen kommt Politik, Medien und Wissenschaft eine große Verantwortung zu. Sie prägen die Wahrnehmung von Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Zudem beeinflussen sich die von diesen zentralen Akteuren produzierten Jugendbilder wechselseitig und haben dabei unmittelbare Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen jugendlicher Lebenswelten.

Im Sinne einer jugendgerechten Demografiepolitik dürfen politische Entscheidungen nicht auf „gefühlten Wirklichkeiten“ basieren. Pauschalisierende Aussagen über Jugendliche sind zu vermeiden, stattdessen sind Jugendliche in Diskurse über Jugend immer mit einzubeziehen.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. Der **Bund** sollte die Verbreitung vielfältiger Jugendbilder in Politik und Medien befördern, z. B. durch Initiierung einer entsprechenden Kampagne.
2. Die **Länder** sollten die Verbreitung vielfältiger Jugendbilder im öffentlich-rechtlichen wie auch privaten Rundfunk unterstützen. Hierzu sollten sie prüfen, inwieweit eine ständige Beteiligung von mandatierten jungen Menschen, z. B. in Gremien und Kommissionen der Landesmedienanstalten, möglich ist. Darüber hinaus sollte mediale Berichterstattung über Probleme auch Orientierungshilfen darstellen und Lösungsansätze anbieten.
3. **Bund, Länder und Kommunen** sollten unter Beteiligung von Jugendlichen Beratungs- und Fortbildungsangebote zu jugendlichen Lebenswelten für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger entwickeln und unterbreiten.
4. **Bund und Länder** sollten ihre Zusammenarbeit mit jugendlichen Pressevertreterinnen und -vertretern intensivieren und selbstorganisierte Jugendmedien unterstützen.

5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten empirische Grundlagen stärker in politische Entscheidungen einbinden und bei Auftragsforschung möglichst offen für Ergebnisse sein, die, soweit zweckmäßig, regelmäßig überprüft werden sollten. Sie sollten eine kritisch-reflexive Jugendforschung fördern, die die Vielfalt jugendlicher Wirklichkeiten empirisch und objektiv beschreibt, blinde Flecken sichtbar macht und fundierte Gegendiskurse oder Relativierungen öffentlicher Debatten anstoßen kann.
6. **Bund, Länder und Kommunen** sollten Jugendarbeit als Ort stärken, an dem Jugendliche ihre Lebenswelt und die Gesellschaft mitgestalten können und damit in ihrer Vielfalt auch sichtbar und hörbar werden – mittels verstetigter Ressourcen und auch im Hinblick auf eine wertschätzende Anerkennungskultur.
7. **Bund, Länder und Kommunen** sollten prüfen, inwiefern jungen Menschen ein Sachverständigenstatus in Bundes- und Landesparlamenten bzw. in den kommunalen Vertretungskörperschaften zu allen Themen junger Menschen eingeräumt werden kann, um die Expertise von jungen Menschen zu nutzen und nicht nur über Jugendliche sondern auch mit ihnen zu reden.

2.5. Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen

Jugendliche und junge Erwachsene wollen mitentscheiden: überall dort, wo sie leben und wo Entscheidungen gefällt werden, die sie betreffen. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung in der Kommune, in den Ländern und im Bund. Dieses Recht gehört zum Kern unserer Demokratie und ist in zahlreichen internationalen und nationalen Regelungen festgeschrieben: etwa in der UN-Kinderrechtskonvention, im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Baugesetz, im Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie in einzelnen Ländergesetzen. Nicht zu vergessen: Jugendbeteiligung ist eine Chance, den demografischen Wandel mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemeinsam zu gestalten – auch im ländlichen Raum.

Unabhängig von politischen Ebenen oder Verwaltungsbereichen gelten für Jugendbeteiligung Qualitätsstandards. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat diese Standards im Rahmen des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ (NAP) entwickelt. Sie lauten:

1. Beteiligung ist gewollt und wird unterstützt – eine Partizipationskultur entsteht.
2. Beteiligung ist für alle Kinder und Jugendlichen möglich.
3. Die Ziele und Entscheidungen sind transparent – von Anfang an.
4. Es gibt Klarheit über Entscheidungsspielräume.
5. Die Informationen sind verständlich und die Kommunikation ist gleichberechtigt.
6. Kinder und Jugendliche wählen für sie relevante Themen aus.
7. Die Methoden sind attraktiv und zielgruppenorientiert.
8. Es werden ausreichende Ressourcen zur Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit zur Verfügung gestellt.
9. Die Ergebnisse werden zeitnah umgesetzt.
10. Es werden Netzwerke für Beteiligung aufgebaut.
11. Die Beteiligten werden für Partizipation qualifiziert.

12. Partizipationsprozesse werden so gestaltet, dass sie persönlichen Zugewinn ermöglichen.
13. Das Engagement wird durch Anerkennung gestärkt.
14. Partizipation wird evaluiert und dokumentiert.

Wo Jugendliche und junge Erwachsene in das politische und institutionelle Geschehen eingebunden werden, eröffnen sich für alle Beteiligten vielfältige Handlungs- und Lernfelder, werden Planungen und Entscheidungen passgenauer.

Durch Mitbestimmung können Jugendliche ihr persönliches Handlungsrepertoire erweitern und neue Kompetenzen entwickeln. Partizipation ist ein Schlüssel für gelingende Aneignungs- und Bildungsprozesse, gelungene Partizipation stärkt das Bewusstsein für Selbstwirksamkeit und motiviert zu weiterer Beteiligung und zum Engagement.

Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz von politischen und institutionellen Strukturen sind wichtige Voraussetzungen für Beteiligung. Auch wenn es Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer wieder gelingt, neue Wege zu finden, ihre Anliegen zu artikulieren: Es bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, allen die Teilhabe an Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Mit Blick auf Jugendliche ist es notwendig, sowohl ihre Partizipationskenntnisse und Gestaltungsmöglichkeiten zu erhöhen als auch neue und zielgruppengerechte Formen der Meinungsartikulation und der Entscheidungsfindung zuzulassen – auch im Internet.

Um die soziale und lokale Verortung von jungen Menschen zu sichern, kommt es darauf an, dass Vereine und Verbände, Bildungseinrichtungen und Verwaltung sie aktiv gestalten lassen, ihre Ideen und Anregungen ernstnehmen, ihnen Vertrauen entgegenbringen und ihnen Verantwortung geben. Sie bekommen eine Perspektive, wenn ihre Perspektive zählt. Jugendbeteiligung darf nicht als Alibi dienen. Als Orientierung dient ein Stufenmodell, das zunächst von Richard Schröder¹⁸ beschrieben und später immer wieder weiterentwickelt wurde:

- **Alibi-Teilnahme** ist eine Teilnahme ohne wirklichen Einfluss und Stimme.
- **Teilhabe** meint eine sporadische und anteilige Beteiligung, gut informiert zu werden, Einfluss durch Einzelaktionen nehmen zu können.
- **Mitwirkung** beschreibt die indirekte, aber reale Einflussnahme insbesondere bei der Ideen- und Lösungsfindung (aber nicht bei der Umsetzung). Es gibt keine Entscheidungskompetenz, die Mitwirkungsrechte sind delegiert an Erwachsene (Gremien, Beauftragte, Anwälte). Unter Mitwirkung fallen unter anderem Informationsrecht, Anhörungsrecht, Initiativrecht und Aushandlungsrecht (realer Einfluss, aber ohne echte Entscheidungsrechte), Einspruchs- und Beschwerderechte. Mitwirkung wird formell (Beauftragung durch Beschluss) oder informell (im Alltagssetting) möglich.
- **Mitbestimmung** ist die tatsächliche Beteiligung durch gemeinsame, demokratische Entscheidungen (selbst wenn die ursprüngliche Idee von Erwachsenen kommen sollte). Sie ist auch Mitbestimmung in Erwachsenengremien bzw. durch repräsentative Formen, etwa die Delegation der Rechte an Kinder und Jugendliche.
- **Selbstbestimmung** bedeutet: Die Initiative für Vorhaben und alle Entscheidungen in Projekten gehen von den Kindern und Jugendlichen selber (aufgrund eigener Interessenslage und Betroffenheit) aus, eine Unterstützung und Förderung durch Erwachsene ist möglich.

¹⁸ Richard Schröder: Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und Stadtgestaltung, Beltz, 1995.

Es geht um basisdemokratische Entscheidungsrechte und direkte Demokratie etwa in Versammlungen.

- Bei der **Selbstverwaltung** ist die völlige Entscheidungsfreiheit und Selbstorganisation von Projekten, Angeboten und Institutionen Standard, Entscheidungen und Ergebnisse werden Erwachsenen nur mitgeteilt.

Für die Arbeit von Jugendverbänden sind seit jeher Selbstbestimmung und Selbstverwaltung das grundlegende Prinzip und ein erfolgreiches Modell. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene legen gemeinsam fest, was sie miteinander tun, wer sie vertritt und unter welchen Regeln dies geschieht. Auch in anderen Feldern der Jugendhilfe werden ähnliche Ansprüche formuliert. Sie können als Modell und gutes Beispiel dienen. Auch Schule – besonders im ländlichen Raum selbst potenziell ein soziokulturelles Zentrum – kann durch politische Bildung und gelebte Beteiligungskultur einen großen Beitrag zur Förderung von Jugendpartizipation leisten. Hier besteht weniger ein Regelungs- als ein immenser Umsetzungsbedarf.

Es wird deshalb darauf ankommen, die Herausforderungen des demografischen Wandels mit allen gemeinsam zu meistern. In ländlichen Regionen sind aufgrund eingeschränkterer Mobilität und der geringeren Anzahl junger Menschen sowie deren mangelnder räumlicher Nähe zueinander besondere Antworten auf die Frage „Wie alle beteiligen?“ nötig.

Hier sind insbesondere auch politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger angesprochen. Jugendliche interessieren sich wieder mehr für Politik, laut aktueller Shell-Jugendstudie trifft das auf 41 Prozent der 12- bis 25-Jährigen zu (2002 waren es noch 30 Prozent). 69 Prozent fühlen sich jedoch von Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen, sehen ihre Interessen und Bedürfnisse nicht angemessen berücksichtigt.

Die etablierteste Form der politischen Partizipation ist die Teilnahme an Wahlen. Deshalb und auch damit Jugendliche als Wählerinnen und Wähler bei der Gestaltung von Politik mitgedacht werden, wird seit vielen Jahren über eine Änderung des Wahlrechts diskutiert. Dabei wurden und werden verschiedene Varianten vorgeschlagen und erörtert, zum Beispiel die Absenkung des Wahlalters, ein Wahlrecht ohne Altersgrenze, ein Stellvertretungswahlrecht und Familienwahlrecht. Zum Teil wurden in den letzten Jahren Änderungen regional vollzogen. Als erstes Bundesland senkte Niedersachsen die Wahlaltersgrenze auf 16 Jahre, weitere Bundesländer folgten und modernisierten ihr Kommunalwahlrecht. Die Absenkung gilt bisher nur für das aktive Wahlrecht, für das passive Wahlrecht gibt es weiterhin in ganz Deutschland die Grenze von 18 Jahren.

Im Kontext Partizipation steht das Engagement junger Menschen. Sie wollen etwas für sich und andere tun. Im Engagement erweitern sie ihre Fähigkeiten und Kompetenzen, lernen außerhalb formaler Kontexte, übernehmen Verantwortung. Es gibt eine starke Bereitschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sich gesellschaftlich zu engagieren und auch selbst Gestaltungsverantwortung zu übernehmen. Beides ist für die Funktionsfähigkeit moderner demokratisch verfasster Gesellschaften essenziell.

Orte für jugendliches Engagement sind vielfältig: in Organisationen oder Gruppen, in der Schule oder Hochschule, im Verband oder Verein oder auch über eigenständige Aktivitäten. Nach wie vor

bleiben Jugendarbeit, Sportvereine und der Sektor Schule/Hochschule die wichtigsten Sozialräume, innerhalb derer sich Jugendliche freiwillig engagieren und aktiv werden.

Die Nachfrage nach Jugendfreiwilligendiensten (Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr) ist unvermindert hoch. In absoluten Zahlen liegen die Bewerbungszahlen weit über den verfügbaren Plätzen.

Voraussetzung für die Sinnhaftigkeit von Freiwilligendiensten ist deren Wertschätzung und inhaltliche Gestaltung. Sie sollten jungen Menschen neue Horizonte eröffnen, Möglichkeiten der Verantwortungsübernahme schaffen und als Probierfeld für den weiteren Lebensweg Orientierung bieten. Sie dürfen nicht junge Menschen als billige Verfügungsmasse für gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten verstehen.

Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Partizipation im Gemeinwesen

- Beteiligung bei der Gestaltung von Gebäuden und öffentlichen Plätzen: Ideenwettbewerbe für die kreative Nutzung von leerstehenden Geschäftsräumen bzw. Gebäuden
- Hauptberufliche „Jugendpartizipationsbeauftragte“ in den Gemeinden: Sie stellen sicher, dass junge Menschen beteiligt werden und entwickeln die Partizipation strategisch weiter. Eine Ansprechperson, die für die Belange von Jugendlichen zuständig ist.
- Eigenständige Organisation von Jugendevents: Für die Organisation von Events im Landkreis soll ein Komitee aus Verwaltung und Jugendlichen gegründet werden. Für die eigenständige Umsetzung sollen die Jugendlichen ein selbstverwaltetes Budget bekommen.
- „Jungen Menschen sollte mehr zugetraut und sie sollten mehr ernst genommen und gefordert werden. Wir sind bereit, uns auch an der Umsetzung unserer Ideen zu beteiligen!“
- „Mehr junge Menschen in die Politik! Die Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und jungen Menschen sollte auf allen Ebenen der Gesellschaft sichergestellt werden.“
- „Weniger Leistungsdruck für die Jugend schafft Freiraum, um sich stärker einbringen zu können.“
- „Junge Menschen sollten in der Kommunalpolitik mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten haben.“
- Flächendeckende Wahl von Jugendbürgermeisterinnen und Jugendbürgermeistern, um die Jugendpartizipation zu verstetigen und die Ernsthaftigkeit von Partizipation zu untermauern
- Regelmäßig stattfindende Jugendkonferenzen, um alle Jugendlichen der Gemeinde über die aktuellen Debatten auf dem Laufenden zu halten und ihnen die Möglichkeit zur Partizipation zu geben
- Mehr Kinder- und Jugendgremien: Es soll mehr Jugendparlamente geben, welche umfassende Mitspracherechte und ein selbstverwaltetes Budget erhalten. Eine Idee ist ein Jugendrat im Landtag mit ähnlichen Mitspracherechten wie ein Seniorenbeirat. Außerdem soll es Jugendversammlungen geben, bei denen sich junge Menschen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern und Expertinnen und Experten für bestimmte Themen austauschen können und Ansprechpartner für Fragen und Anregungen haben.
- Kinder und Jugendliche gestalten Veranstaltungen aktiv mit: Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sollen in Kultureinrichtungen und bei der Gestaltung von Kulturangeboten verstärkt berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche arbeiten z. B. in Beiräten von Kultureinrichtungen mit, nehmen an Planungsgesprächen in Kultureinrichtungen teil und arbeiten in Vereinsvorständen mit.
- „Wir brauchen vor Ort die Möglichkeiten, Output zu kommunizieren (also positive Ergebnisse von

Jugendbeteiligung, Jugendprojekten etc. publik zu machen).“

- „Wir wollen selbst Verantwortung übernehmen. Dafür brauchen wir mehr selbstverwaltete und finanzierte Jugendeinrichtungen.“
- „Es braucht mehr Partizipationsmöglichkeiten.“ Wichtig wären hier auch aufsuchende Partizipationsangebote, z. B. Gesprächsrunden in Jugendfreizeiteinrichtungen
- „Themen, die alle jungen Menschen angehen, müssen verbreitet werden.“ Auch müssen gerade die Lebensbereiche, welche die Jugendlichen unmittelbar betreffen, z. B. Öffnungszeiten von Jugendfreizeiteinrichtungen, das schulische Leben oder der Zugang zu Sportstätten, stärker von ihnen mitgestaltet werden können.

Schulische Mitbestimmung

- Mitbestimmungsmöglichkeiten der gewählten Schülerinnen- und Schülervvertretung müssen gestärkt und seitens der Schulleitung und des Lehrerinnen- und Lehrerkollegiums ernster genommen werden. Schülerinnen und Schüler sollten z. B. bei der Gestaltung des Lehrplans und der Schule, des Mittagessens und der Regelung der Handynutzung mitbestimmen können.
- Beschwerdesystem, das es ermöglicht, sich direkt bei der/dem Verantwortlichen innerhalb der Schule über Missstände zu beschweren
- AGs zum Thema „Mitbestimmung in der Schule“, in denen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern konkrete Themenfelder, bei denen sie beteiligt werden möchten, und Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten.

Politische Partizipation

- Kinder und Jugendliche müssen innerhalb ihrer Gemeinde bei sie betreffenden Themen mitbestimmen und aktiv einbringen können (z. B. ehrenamtlich im Konfirmandenunterricht) und ihre Bedürfnisse/Vorschläge sollten ernst genommen werden.
- Mehr Orte und Treffpunkte für Jugendliche, indem leerstehende Gebäude in Jugendtreffs umgebaut werden: Jugendliche sollen hier mitbestimmen können und nicht von Erwachsenen überwacht werden. Es sollte jedoch eine erwachsene Ansprechperson geben und auf die Einhaltung von Regeln (z. B. Alkoholkonsum) geachtet werden.
- Mehr Möglichkeiten der Jugendbeteiligung und Förderung der Interessenvertretung von Jugendlichen in der Politik: „Wir wollen gewählte Vertretungen, attraktivere Jugendparlamente, mehr kontinuierliche Beteiligung, gesicherte Ressourcen und tatsächliche Entscheidungsbefugnis!“ Jugendliche fordern eine echte Beteiligung und die Stärkung von Strukturen, die das ermöglichen.
- „Jugendliche müssen in Entscheidungen einbezogen werden, die sie betreffen“
- Gespräche mit Politikerinnen und Politikern: Um junge Menschen früh an politische Prozesse heranzuführen und ihr Interesse dafür zu wecken, soll es mehr Möglichkeiten für „Gespräche mit Politikern, z.B. Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und Bundestagsabgeordneten“ geben.
- „Es braucht mehr offene Gesprächsrunden mit Politikerinnen und Politikern.“ Aus den Ergebnissen müssen Konsequenzen folgen, damit eine „Alibi“-Beteiligung verhindert wird.
- Wahlalter senken: Das Wahlalter soll auf 14 oder 16 Jahre gesenkt werden, sodass auch Jugendliche in der Politik mitbestimmen und sich Gehör für ihre Belange verschaffen können. Dies muss mit einer „frühzeitigen Wahlaufklärung“ – idealerweise in der Schule – verbunden sein.
- Kinderrechte stärken: Die Kinderrechte sollen gestärkt und junge Menschen besser über ihre Rechte aufgeklärt und informiert werden.
- Wahlpflicht einführen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen (es gäbe ein „eindeutiges Ergebnis“)
- Wahlen jugendfreundlicher gestalten, z.B. durch Wahllokale an jugendspezifischen Orten
- Wahlprogramme für jedermann verständlich erklären

- Seminare für Erwachsene über die Bedeutung von Jugendmeinungen: Damit Jugendpartizipation ernst genommen wird, fordern die Jugendlichen Informationsveranstaltungen für Erwachsene.
- Es sollte mehr Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten (z. B. Petitionen) geben.
- Gemeinschaftliches Miteinander und Mitbestimmung fördern! Zum Beispiel durch Partizipationsprojekte, Bürgerbefragungen, Bürgerbegehren und-entscheiden, Demonstrationen sowie mithilfe von Bürgernetzwerken, die Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Teilhabe und freiwilliges Engagement fördern.
- Mehr Kulturangebote für und mit jungen Menschen! Kulturvereine sollten aktiv bei Jugendlichen werben. Spannend wären Projekte, die Jugendliche selbst gestalten können, z. B. im Jugendclub. Oder Projekte zur Digitalisierung von Kultur – „Jugendliche/Jugendlicher meets Seniorin/Senior im Altenheim und bringt ihm/ihr Techniken bei!“

Zivilgesellschaftliches Engagement

- „Es braucht regionale Unterstützung von Ehrenamt (z. B. Kooperation mit städtischen Einrichtungen).“
- Nachbarschaftshilfebörsen:
 - Plattform „Ehrenamtsbörse Jung hilft Alt“: Die Jugendlichen schlagen die Einrichtung einer Plattform der Nachbarschaftshilfe vor, auf der Jugendliche ihre kostenlosen Hilfsangebote anbieten (z. B. Einkaufen gehen) und Ältere nach Unterstützung suchen können.
 - „Zeitbanken“ einführen: Die organisierte Form der Nachbarschaftshilfe, bei dem jede/r der/die sich engagiert Punkte sammelt, die er/sie selbst für Hilfeleistungen ausgeben kann, soll stärker verbreitet werden.
- Stelle „Ehrenamtsbeauftragte/ Ehrenamtsbeauftragter“ in Gemeinden schaffen: Der/die Beauftragte übernimmt hauptberuflich eine Beratungsfunktion für Vereine, koordiniert ein Infoportal fürs Ehrenamt sowie Ehrenamts-Projektstage und organisiert Weiterbildungen für Ehrenamtliche.
- Kinder und Jugendliche müssen innerhalb ihrer Gemeinde bei sie betreffenden Themen mitbestimmen und aktiv einbringen können (z. B. ehrenamtlich im Konfirmandenunterricht) und ihre Bedürfnisse/Vorschläge sollten ernst genommen werden.
- Damit Ehrenamtliche nicht Aufgaben ausführen, die eigentlich vom Staat geleistet werden müssten, muss hier eine klare Trennlinie gezogen werden.
- Medizinische und psychologische Hilfe für Ehrenamtliche im Rettungswesen auch in dünn besiedelten Regionen sicherstellen (niemand soll dauerhafte Nachteile/ Folgen durch sein Engagement davontragen)
- Mehr Freiräume für das Engagement: Jugendliche fordern mehr Zeit und eine bundesweit einheitliche Regelung zur Freistellung, um sich gesellschaftlich zu engagieren. Oft geraten Schule/Ausbildung/Studium und Ehrenamt in einen Konflikt miteinander „Durch mit Prüfungen und Hausarbeiten vollgestopfte Ferien wird unser Ehrenamt erschwert. Ein Ferienschutz muss her!“ Sie fordern außerdem ein Grundeinkommen, das ihnen ermöglicht, sich frei von finanziellen Zwängen einzubringen.
- Ehrenamtliche bei der Tätigkeit unterstützen: Der Erhalt von Fördermitteln ist oftmals mit Hürden verbunden, die in keinem Verhältnis zum Umfang des zu unterstützenden ehrenamtlichen Projekts stehen. Diesen Prozess einfacher zu gestalten und Hürden abzubauen hilft dabei, ehrenamtliche Arbeit am Leben zu erhalten und weiter auszubauen.
- Finanzielle Unterstützung von Vereinen und Jugendverbänden ausbauen.
- Inhaltliche Unterstützung von Ehrenamtlichen: „Ehrenamtlich Engagierte brauchen Möglichkeiten sich mit anderen über ihre Erfahrungen und Herausforderungen austauschen zu können und neue Anregungen zu holen. Pädagogische Begleitung, Aus- und Fortbildung braucht Kontinuität und Qualität!“
- Mehr Anerkennung und Würdigung fürs Ehrenamt:

- Schaffung von Anreizen bzw. Vorteilen für ehrenamtlich Engagierte, z. B. durch finanzielle Anerkennung und Vergünstigungen für Ehrenamtliche in Form von Gutscheinen. Aber auch durch „Dankeschönveranstaltungen“ und Vorteile auf dem Arbeitsmarkt.
- Unternehmen würdigen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das ehrenamtliche Engagement freistellen.
- Anerkennung/ Anrechnung in Schule und Ausbildung(z. B.: Vermerke auf den Zeugnissen, Verkürzung von Ausbildungszeiten)
- Ehrenamtsförderung in der Schule:
 - Infotage an Schulen: Um insbesondere junge Menschen zu begeistern, sollte in der Schule mehr auf die ehrenamtlichen Möglichkeiten aufmerksam gemacht werden.
 - Berücksichtigung bei Noten: Schulen könnten zur Förderung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements bei jungen Menschen beitragen, indem dieses bei den Zeugnissen Berücksichtigung findet.
 - Soziales Engagement als Pflichtfach in der Schule: Schulen sollten das ehrenamtliche Engagement als Pflichtfach bzw. AG einführen und direkt mit ehrenamtlichen Angeboten kooperieren.
 - Projekte müssen an der Schule angeboten werden, damit Jugendliche sich einfach, ohne langen Suchaufwand, engagieren können.
 - Vereine sollen ihre Angebote mehr in den Schulbetrieb integrieren und mit anderen Vereinen kooperieren, um Mitglieder zu gewinnen! Über gezielte Projekt- und Infotage oder Sportangebote an Schulen beispielsweise. Anrechnung der ehrenamtlichen Arbeit in der Schule sollte mitgedacht werden!
- Mehr Informationen übers Ehrenamt verbreiten:
 - Informationsstruktur über freie Ehrenamtsstellen verbessern, z. B. durch eigens dafür angelegte Homepage oder App (sowohl für Privatpersonen als auch Vereine/Verbände), in sozialen Medien, Tage der offenen Tür, Ehrenamtsmessen, Zeitungsstrecken über Vereine und Verbände mit Bedarf an Ehrenamtlichen
 - Mehr Werbung für und Information über Ehrenamt! Zum Beispiel durch Messen, Tauschbörsen, Medienberichte (Presseerklärungen), Newsletter oder Aushänge an schwarzen Brettern, Ausbau von Freiwilligenagenturen und die bessere Nutzung sozialer Netzwerke. Vereine müssen mehr Werbung für sich und ihre Angebote machen!
- Nachwuchs für Vereine/Verbände besser motivieren! Vor allem ältere Jugendliche für das ehrenamtliche Engagement gewinnen und qualifizieren.
- Sponsoren aktiver suchen und besser nutzen! Zum Beispiel über Onlineportale für Spenden und/oder ihnen Anreize geben durch Abzeichen, wie: „Wir fördern Ehrenamtliche“.
- Alltag von älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen durch gezieltes ehrenamtliches Engagement erleichtern, aber auch mehr ältere Menschen selbst für ehrenamtliche Projekte gewinnen.

Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen – Handlungsempfehlungen

Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen und Möglichkeiten, sich zu engagieren, sind Jugendlichen besonders wichtig. Gerade vom demografischen Wandel besonders betroffene ländliche Regionen sollten die Ideen und den Gestaltungswillen Jugendlicher stärker nutzen und ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen, die auch echte Gestaltungsmacht mit sich bringen. Dies gilt insbesondere für das direkte Lebensumfeld der Jugendlichen und die sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Bund, Länder und Kommunen** sollten aufzeigen, inwieweit rechtliche Möglichkeiten zur (jugendgerechten) Partizipation junger Menschen in den Bundes- und Landesgesetzen sowie im Kommunalverfassungsrecht genutzt werden bzw. wo es ggf. Defizite gibt. Die Ergebnisse sollten veröffentlicht werden. Zur Erarbeitung eines bundesweiten, länderübergreifenden und jugendgerechten Darstellungsformats sollte der Bund eine koordinierende Aufgabe übernehmen.
2. Um der weiterhin sehr hohen Nachfrage nach Plätzen in den Jugendfreiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst zu entsprechen, sollte der **Bund** die Mittel für diese Dienste, dort wo erforderlich, erhöhen. Insbesondere bei den Jugendfreiwilligendiensten ist durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass der Zugang allen jungen Menschen in gleicher Weise möglich ist. Ein besonderes Augenmerk sollte unter dem Gesichtspunkt der Inklusion jungen Menschen mit niedrigem oder keinem Schulabschluss, aus einkommensschwachen Familien, jungen Menschen mit Behinderungen sowie Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund bzw. einer Fluchtbiografie gelten.
3. **Bund, Länder und Kommunen** sollten insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit hinsichtlich der Förderbedingungen und Fördermittel ausreichend ausstatten, um eine angemessene Infrastruktur für Jugendbeteiligung zu schaffen.
4. **Bund, Länder, Kommunen, freie Träger und Zivilgesellschaft** sollten bestehende Möglichkeiten zur Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung von Politik, Verwaltung und Gesellschaft weiterentwickeln. Basis sind die Standards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus dem Prozess zum „Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“.
5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten die Voraussetzungen für einen Ausbau und eine rechtliche Stärkung von Jugendbeteiligung in Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam prüfen.
6. **Bund und Länder** sollten das Wahlalter auf 16 Jahre für Bundestags- sowie flächendeckend für Landtags- und Kommunalwahlen absenken.
7. **Bund und Länder** sollten im Rahmen ihrer Zuständigkeit darauf hinwirken, dass Engagementpolitik stärker als Querschnittsaufgabe wahrgenommen wird. Dazu sollten rechtliche Rahmenbedingungen für konkrete Engagementförderung geschaffen werden (z. B. Anerkennung, Entbürokratisierung), die auch die besondere Situation von jungen Menschen berücksichtigen. Außerdem sollte geprüft werden, welche bestehenden Gesetze Engagement einschränken und wie Verbände und Vereine bei der Qualifikation von Akteuren unterstützt werden können. Der Bund sollte außerdem dafür werben, dass jugendliches Ehrenamt gleichwertig wie das Ehrenamt Erwachsener (Ehrenamt vs. „Hobby“) wahrgenommen und anerkannt wird.
8. **Bund, Länder und Kommunen** sollten die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement durch die Ausweitung des bezahlten Sonderurlaubes nach Sonderurlaubsverordnung

und Erhöhung der Freistellungstage nach §29 Abs. 4 TVL und TVÖD verbessern. Auch sollten weitere Freistellungstage durch ein Gesetz zur Freistellung für Zwecke der Jugendarbeit (wie z. B. in Bayern) ermöglicht werden.

9. Ferien sind Ferien. Die **Länder** sollten sich für einen Ferienschutz einsetzen (z. B. durch hausarbeitsfreie Ferien) und sich auf bundesweit einheitliche zwei Wochen Sommerferien verständigen, um die bundesweite Vernetzung von jungen Menschen zu ermöglichen.

2.6. **Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen**

Bildung stellt ein zentrales Thema für junge Menschen dar: sie prägt ihren gegenwärtigen Lebensalltag und entscheidet gleichzeitig über Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen der Zukunft. Gleichzeitig ist Bildung die Grundlage für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung und dient der Entwicklung und Entfaltung von Fähigkeiten, die notwendig sind, um überhaupt lernen, handeln und gestalten zu können. Die AG „Jugend gestaltet Zukunft“ vertritt einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der für einen lebensbegleitenden Entwicklungsprozess steht und die formale, non-formale und informelle Bildung mit einbezieht.

Jugendliche und junge Erwachsene haben den Wunsch nach einem vielfältigen und gestaltbaren Angebot der Lern- und Bildungsorte, nach einem breit gefächerten Ausbildungsangebot und sie stellen hohe Anforderungen an ihre (künftigen) Arbeitgeber. In strukturschwachen ländlichen Räumen sind die Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten jedoch deutlich eingeschränkter als in Ballungsgebieten.

Neben Fragen von Schulstandorten, Entfernungen und Klassengrößen wird zukünftig bedeutsam, dass Schulen im ländlichen Raum immer häufiger der einzige Kommunikationspunkt werden, an dem junge Menschen in größerer Anzahl zusammenkommen. Diese Tatsache unterstreicht die Bedeutung von non-formalen Bildungsangeboten sowohl im direkten Wohnumfeld der Jugendlichen als auch am gemeinsamen Lern- und Lebensort Schule.

Bildung ist nicht allein Aufgabe der Schule. Die Bildungsprozesse in non-formalen und informellen Bereichen unterstützen das gelingende Aufwachsen von jungen Menschen maßgeblich und werden bei einem erweiterten Bildungsverständnis der Kommunen, bei dem alle Bildungsprozesse gefördert und aufeinander abgestimmt werden, unterstützt. Jugendarbeit ermöglicht über den ihr immanenten Bildungsanspruch hinaus Interaktionserfahrungen mit Gleichaltrigen und jugendkulturelle Selbständigkeit. Bereits heute ist zu erkennen, dass eine Auswirkung des demografischen Wandels ein geringeres Angebot an Jugendarbeit sein kann. Ein Ringen um „die knappe Ressource Jugend“ vor Ort kann zu einem bedarfsgerechten Angebot und (neuen) Kooperationen führen, darf aber auch kein Kampf um einzelne Jugendliche werden.

Auf Jugendlichen, die auch nach der Schule immer wieder Übergänge bewältigen müssen, lastet ein (durchaus gestiegener) Leistungsdruck. Auch wenn für sie non-formale und informelle Bildung zu ihrem Bildungsweg dazugehören, wissen sie, dass ein guter Schulabschluss voraussetzungsvoll und wichtig ist, vor allem, um einen Ausbildungs- oder Studienplatz zu finden und im Anschluss frei von familiärer und staatlicher Unterstützung ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die bessere Gestaltung von Übergängen im Rahmen der Schullaufbahn und in den Beruf sind politisch genauso wichtig zu nehmen wie die soziale Integration junger Menschen insgesamt; gerade im ländlichen Raum. Eine de facto geringere Auswahl an beruflichen Einstiegsmöglichkeiten als in Ballungsräumen macht eine optimale Berufsorientierung und -beratung unerlässlich, damit sowohl die Bleibeperspektive gestärkt als auch dem Fachkräftemangel begegnet wird (siehe auch Kapitel „Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen“).

Jugendliche müssen abwägen, ob sie in der Region bleiben wollen und können oder ob sie ihre weiterführende schulische Bildung sowie den Übergang in Ausbildung und Beruf an einem anderen Ort bewältigen wollen bzw. müssen – mit allen damit verbundenen Herausforderungen eines Wegzugs. Für ihre Bleibeperspektive ist neben der Ausstattung von allgemeinbildenden wie Berufsschulen vor allem deren Erreichbarkeit von Bedeutung.

Auch wenn die Hochschulen selbst aufgrund der Tendenz zu höheren Bildungsabschlüssen keinen Rückgang an Studierenden zu verzeichnen haben, ist festzuhalten, dass Jugendliche in ländlichen Regionen auch bei der Wahl des Studienortes ein höheres Maß an Anforderungen und Organisationsressourcen erfüllen bzw. aufbringen müssen. Hochschulstandorte im ländlichen Raum bzw. eine Verlagerung von Außenstellen dorthin können dazu beitragen, dass ein solcher Bildungsstandort als strukturpolitisches Element und Teil von regionalen Entwicklungsmöglichkeiten die Bleibe- und Rückkehrperspektiven für junge Menschen erhöht.

Neben Bildung brauchen Jugendliche auch Freiräume – sie sind keine „Investitionsobjekte“. Genau wie im städtischen Raum brauchen Jugendliche in ländlichen Regionen die Möglichkeit, sich neben der formalen Bildungsphase auch für eine Zeit der Orientierung entscheiden zu können. Maßnahmen an der Schnittstelle von Demografie- und Bildungspolitik sollten nicht allein der Sicherung ökonomischer Perspektiven dienen, sondern auch den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen Rechnung tragen.

Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Schule

- Wohnortnahe Schulstandorte erhalten: Um ländliche Regionen für Familien weiterhin attraktiv zu machen, müssen Schulen in angemessener Fahrzeit erreichbar sein („nicht mehr als 45 Minuten Fahrzeit“). Dafür brauchen Schulen auch mehr gesetzliche Freiheiten bei ihren Planungen („mehr schulische Selbstständigkeit“, „Schulverbände ermöglichen“). Um das zu erreichen, könnten nicht genutzte Schulräume anderen Nutzergruppen zur Verfügung gestellt werden (z. B. Seniorentreff, Abendschule). Auch eine Wiedereinführung von „Dorfschulen“ wird vorgeschlagen („Gesamtschulen ohne Mindestklassengröße auf den Dörfern“).
- „Auch Schulen müssen vor Ort erhalten bleiben und gefördert werden. Eltern/Kinder/Jugendliche müssen sich frei entscheiden können, welche Schulform (z. B. ob Gymnasium, Gesamtschule, Realschule) sie für geeignet halten und nicht davon abhängig sein, welche in der Nähe liegt oder überhaupt zu erreichen ist.“
- Selbstständigere Schulen: Die schulische Selbstständigkeit sollte weiter gestärkt werden. „Schulschließungen verhindern, durch Gründung von Schulverbänden, multifunktionale Nutzung von

Schulräumen sowie regionale Stärkung der schulischen Selbständigkeit. Letztere ermöglicht es, bessere Rahmenbedingungen für dezentrale Handlungsspielräume hinsichtlich der Schulgesetzgebung und der Schulentwicklungsplanung zu schaffen.“

- Mehr Innovationen und Weiterentwicklungen in Schulen (z.B. “Experimente mit schulischem Wohnen”, “klassenübergreifender Unterricht”)
- „Es braucht mehr Lehrpersonal für kleinere Klassen.“
- Mitbestimmung in der Schule: Schülerinnen und Schüler sollen stärker an der Gestaltung des Schulalltags beteiligt werden. Sie wollen z. B. bei den folgenden Punkten mitbestimmen: Unterrichtsgestaltung, Schulgebäude und Schulgelände, Mittagessen und Handynutzung. Sie wollen mehr Wahlmöglichkeiten bei den Fächern und den Lehrinhalten. Generell wünschen sie sich mehr lebensnahe Inhalte. Sie fordern außerdem Beschwerdeverfahren an Schulen.
- Bewertungsverfahren in der Schule: Schülerinnen und Schüler wünschen sich weniger Leistungsdruck. Sie fordern, dass die Bewertungsformen in der Schule überdacht werden. Denn sie wollen Spaß beim Lernen haben.
- Schule als angenehmer Ort: Die Jugendlichen fordern bauliche Verbesserungen der Aufenthaltsorte (schöner Schulhof, großer Essenssaal, mehr Farbe), praktische Veränderungen (z. B. kostenlose Schließfächer, mehr Sitzmöglichkeiten, mehr Heizen), insgesamt eine bessere Ausstattung (z. B. weichere Stühle, offenes W-Lan) und schulübergreifende Veranstaltungen (Klassenfahrten, Schulfeste). „Schulen, in die es nicht reinregnet und es menschenwürdige Toiletten gibt. Und die den heutigen Standards entsprechen!“ Eine bessere gesundheitliche Aufklärung im Unterricht und durch gesünderes Schulesen. Auch sollten hierfür Beratungsstellen eingerichtet werden.
- Neue Medien und Techniken nutzen: Technische Neuentwicklungen und Trends sollten an Schulen stärker aufgegriffen werden. So könnten z. B. Handys und Tablets erlaubt und für den Unterricht genutzt werden. Auch eine stärkere Nutzung von Lernvideos oder Datenbrillen ist vorstellbar.
- Projektarbeit an Schulen: Es sollten mehr Projekte an Schulen und auch in Kooperation mehrerer Schulen durchgeführt werden, bei denen die Schülerinnen und Schüler sich selber einbringen können, Teamwork-Fähigkeiten und auch Kampfgeist in der Konkurrenz zu anderen Projekten lernen. Dabei könnten gemeinnützige Ziele verfolgt werden, wie die Gründung von Hilfsorganisationen oder die Unterstützung lernschwacher Schüler.
- Kostenlose Bildungsangebote: Gute Bildung darf nicht von den finanziellen Mitteln der Familien abhängen. Daher sollen mehr kostenlose außerschulische Bildungs- und Nachhilfeangebote geschaffen werden.

Übergang Schule-Beruf

- Mehr Praktika: Um den Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf zu erleichtern, sollen schon in der Schule mehr Praktika durchgeführt und Angebote gemacht werden, in denen man in verschiedene Berufe „hineinschnuppern“ kann (Girls’Days und Boys’Days).
- Berufsberatung: Es sollte möglichst früh und umfassend über mögliche Berufe informiert werden, um passende Praktika und passgenaue Bewerbungen zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine bessere Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche.
- Betriebe und (Fach-)Hochschulen stellen ihr Angebot direkt an Schulen vor
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote für Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne direkten Anschluss
- Berufsinformationszentren: Solche Zentren sollten zentral und gut erreichbar liegen. Neben den üblichen Broschüren und Beraterinnen und Berater könnten dort auch Ehrenamtliche mit Berufserfahrung zur Erfahrungsweitergabe bereit stehen.

Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten

- „Um junge Leute im ländlichen Raum halten zu können, muss Politik gute Bildungseinrichtungen fördern.“
- Die Jugendlichen fordern auch in ländlichen Räumen eine größere Auswahl und Vielfalt an beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger eine passende Ausbildung aufnehmen können. Außerdem sollen auch in kleineren Städten und in ländlichen Regionen (Fach-) Hochschulen (oder Ableger von diesen) gegründet werden um wohnortnähere Studienmöglichkeiten zu schaffen.
- „Wir brauchen gute Zukunftsperspektiven!“
- „Unsere Ausbildung ist uns wichtig!“
- „Wichtig wäre ein gesetzlich garantierter Anspruch auf einen Ausbildungsplatz.“
- Familienfreundliche Hochschulen: Die Vereinbarkeit von Bildung und Familie soll durch familienfreundliche Hochschulen / weiterführende Schulen erleichtert werden. Hierzu gehört auch die Förderung des Abendschulbesuchs von jungen Eltern. Während Vorlesungs-, Unterrichts- und Prüfungszeiten von Eltern in Bildungseinrichtungen sollen zeitlich angepasste Kinderbetreuungsangebote verfügbar sein.

Online-Bildung

Um gerade in ländlichen Regionen größere Entfernungen zu überbrücken, sprechen sich die Jugendlichen dafür aus, dass im (hoch-)schulischen Bereich verstärkt die Chancen von Online-Bildungsprozessen genutzt werden. Lehrkräfte könnten z. B. Erklärvideos erstellen und im Internet hochladen („Tutorial-Learning“). Außerdem wird konkret vorgeschlagen, dass eine dezentrale Bildungs-Infrastruktur im ländlichen Raum geschaffen wird („Bildungsräume“ mit Betreuungspersonal, PCs mit Zugang zu Breitbandinternet, Lernsoftware und Bibliothekslizenzen, Videokonferenz mit Lehrkräften / Dozentinnen und Dozenten, Lernvideos, kleinen Lerngruppen vor Ort), die durch regelmäßig stattfindende Präsenztage an zentralen Orten ergänzt wird.

Chancengleichheit

- „Bildung soll für alle Kinder und Jugendlichen möglich sein!“
- Bildung sollte nicht vom Einkommen abhängen. Es soll mehr staatliche finanzielle Unterstützung und ein höheres BAFöG für eine größere Zahl Studierender und Schülerinnen und Schüler geben.
- “Wir brauchen inklusive Schulen für alle, eine bessere schulische Integration durch professionelle Betreuung und ein gemeinsames Lernen bis zur Oberstufe.”
- “Lehrerinnen- und Lehrerausbildung verändern, eine stärkere interkulturelle Bildung für mehr Augenhöhe und Methodenvielfalt in Schulen.”

Außerschulische Bildung

- "Bildung ist mehr als Schule! Wir brauchen Anerkennung und Wertschätzung und bewertungsfreie Räume!"
- Auch Bildung soll anerkannt werden, die außerhalb der Schule, wie z.B. im Jugendverband stattfindet. Dafür soll insgesamt mehr Zeit zur Verfügung stehen: “Die ‘Arbeits’woche für Schülerinnen und Schüler soll kürzer sein! Wir fordern weniger Hausaufgaben und damit mehr Zeit für Freizeit oder ehrenamtliches Engagement.” Außerdem soll es in den Schulen eine Ansprechperson geben, die vermittelt, wenn Engagement und schulische Bildung miteinander vereinbart werden sollen.

Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen – Handlungsempfehlungen

Schulische und außerschulische Bildung unterstützen in einem ganzheitlichen System das Lernen und Aufwachsen von Jugendlichen. Bund, Länder und Kommunen sollten dafür gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. Die **Länder** sollten Hochschulen dabei unterstützen, Standorte bzw. Außenstellen in ländlichen Regionen zu erhalten, zu stärken und wenn möglich auszubauen.
2. **Länder und Kommunen** sollten unter Beteiligung von Jugendlichen Kriterien und Qualitätsmerkmale für zeitgemäße und jugendgerechte Schulgebäude sowie zukunftstaugliche Standards für Investitionen in Bildungseinrichtungen entwickeln und umsetzen. In diesem Zusammenhang sollte außerdem die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen geprüft werden, die die Öffnung von Schulen in den Sozialraum und eine multifunktionale Nutzung von Schulgebäuden ermöglicht.
3. **Länder und Kommunen** sollten die Beteiligung von jungen Menschen in Schulen auf die politische Agenda setzen. Es sollten fachliche Standards hinsichtlich Ausstattung, Finanzierung und Qualifizierung von Schülerinnen- und Schülervertretungen entwickelt und umgesetzt werden.
4. **Länder und Kommunen** sollten eine Karriere- und Bildungsplanung für junge Menschen, vor allem in ländlichen Gebieten, anbieten und geeignete Maßnahmen dafür unterstützen (z. B. Anlaufstellen, Online-Plattformen). Im Sinne eines regionalen Übergangsmangements sollten die entsprechenden Akteure einbezogen werden (z. B. Arbeitsagenturen, Schulen, lokale Wirtschaft). Zudem sollte geprüft werden, wie die Jugendberufsagenturen in diesen Beratungsprozess einbezogen werden können.
5. Der **Bund** sollte den Ausbau von kommunalen Bildungslandschaften und deren Vernetzung durch geeignete Maßnahmen weiter flankieren und damit das partnerschaftliche Miteinander aller Bildungsakteure unterstützen.
6. **Länder und Kommunen** sollten gemeinsam dafür Sorge tragen, dass für Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen adäquate Zugänge und Erreichbarkeiten in allen Bildungsstufen gewährleistet sind, z. B. durch noch flexiblere Schulstrukturen hinsichtlich der Zügigkeit und Klassenstärke. Außerdem sollten bestehende Konzepte für den Erhalt bzw. Ausbau wohnortnaher und flexiblerer (im Sinne verschiedener Abschlussmöglichkeiten) Schulstandorte auf ihre praktische Umsetzbarkeit geprüft werden.
7. **Länder und Kommunen** sollten Möglichkeiten für länderübergreifende und langfristige Planungen zur Entwicklung, zum Erhalt und zum Ausbau von (weiterführenden) Bildungsstandorten in ländlichen Regionen sowie regionalspezifische Anpassungen und Ressourcenein-

satz prüfen und entsprechende Maßnahmen umsetzen. Dabei sollten Jugendliche beteiligt werden.

8. **Bund und Länder** sollten funktionierende und handhabbare Konzepte für eLearning identifizieren, entwickeln und erproben und Mittel zur Verfügung stellen, um solche Modelle auch andernorts zu initiieren (Modellprojekt).
9. Der **Bund** sollte die in vielen Kommunen bereits erprobte Idee der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit bei Maßnahmen nach SGB II, III und VIII bzw. die Einführung von Jugendberufsagenturen weiterhin befördern. Dabei sollte der Bund insbesondere auf eine stärkere Zusammenarbeit der allgemein- und berufsbildenden Schulen mit den zuständigen Sozialleistungsträgern hinwirken und ihre Bedeutung als Partner der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit betonen.
10. **Bund, Länder und Kommunen** sollten mit Blick auf den Übergangsbereich darauf hinwirken, dass auch für Jugendliche mit schlechteren Ausgangsbedingungen die Zugangschancen zu einer dualen Berufsausbildung weiter verbessert werden.

2.7. Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen

Ländliche Räume sind auch Arbeitsräume, in denen die Lebensgrundlagen ihrer Bewohnerinnen und Bewohner erarbeitet werden können. Für junge Menschen stellt der Zugang zum Arbeitsmarkt einen zentralen Aspekt von gesellschaftlicher Teilhabe dar. Für ihre Zukunfts- und Bleibeperspektiven ist entscheidend, welche beruflichen Möglichkeiten ihnen der regionale Arbeitsmarkt bietet.

Die wirtschaftliche Situation ländlicher Räume unterscheidet sich teilweise erheblich. Während manche Regionen prosperieren und ihren Fachkräftebedarf kaum decken können, laufen andere Gefahr, weiter zurückzufallen. Besonders strukturschwache ländliche Regionen können von einer Negativspirale betroffen sein, der nur schwer entgegenzuwirken ist: Fehlende oder unattraktive Arbeitsplätze können junge Leute zur Abwanderung veranlassen und damit die Kaufkraft sowie die Steuereinnahmen – und damit auch die Investitionsmittel – der Region reduzieren. Hinzu kommt ein Trend, der nicht nur ländliche Regionen betrifft: Die Erwartungen junger Menschen an ihre Arbeitgeber, insbesondere an Arbeitsorganisation und die Balance von Arbeit und Freizeit bzw. Arbeit und Zeit für Familie verändern sich (siehe auch Kapitel „Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern“).

Deutschland bietet im internationalen Vergleich – nicht zuletzt aufgrund der insgesamt guten Arbeitsmarktlage und des dualen Ausbildungssystems – für junge Menschen sehr gute Chancen für den Berufseinstieg. Junge Menschen befinden sich am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn gleichwohl oft in atypischen Beschäftigungsverhältnissen. In strukturschwachen Landkreisen liegt die Arbeitslosenquote der 15- bis 25- Jährigen nicht selten bei über zehn Prozent, während sie in den Kreisen insgesamt durchschnittlich 5,6 Prozent beträgt.

Unterschiedliche Bedingungen veranlassen ländliche Regionen zu unterschiedlichen Strategien, um Jugendlichen berufliche Perspektiven aufzuzeigen. So setzen prosperierende Regionen v. a. auf ein Regionalmarketing, um darüber zusätzlich benötigte Fachkräfte, aber auch ausbildungsinteressierte Jugendliche für die Unternehmen vor Ort zu gewinnen. Strukturschwächere ländliche Gebiete bemühen sich um die Erschließung eigener Potenziale (z. B. im Tourismus), um junge Menschen zu halten bzw. zu einer Rückkehr zu bewegen.¹⁹

Der Einstieg Jugendlicher in die Arbeitswelt beginnt über die Berufsorientierung bereits im schulischen Umfeld (siehe auch Kapitel „Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen“). In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Formate entwickelt worden, um die Jugendlichen mit der Ausbildungslandschaft ihrer jeweiligen Region vertraut zu machen. Vor dem Hintergrund eines oftmals stark eingeschränkten Spektrums von bis zu zehn möglichen Berufen, die Jugendliche nennen, ist es wichtig, schon frühzeitig auf die spezifischen Potenziale ländlicher Ausbildungs- und Arbeitsmärkte zu verweisen. Dazu gehören auch klare Informationen zu Übernahmeperspektiven nach der Ausbildung.

Für eine wirksame Berufsorientierung arbeiten verschiedene Akteure vor Ort zusammen. Ein umfassender Ansatz wird hierzu von Bund, Bundesagentur für Arbeit und den Ländern mit der gemeinsamen Initiative „Bildungsketten“ verfolgt. Dabei werden zunehmend Eltern sowie Mentorinnen und Mentoren einbezogen. Hierzu gibt es Erfahrungen auch aus zahlreichen anderen Projekten u. a. zur praktischen beruflichen Orientierung. Das Schülerquiz „WWW“ (Wirtschaftswissen im Wettbewerb) der Wirtschaftsjunioren Deutschland erreicht jährlich 50.000 Schülerinnen und Schüler der neunten Jahrgangsstufe in ganz Deutschland.

Neben der beruflichen Orientierung ist eine Begleitung für Jugendliche, insbesondere für diejenigen mit schlechten Startchancen, am Übergang von der Schule in die Ausbildung wichtig. Auch hier bieten die „Bildungsketten“ ein systemisches Angebot, insbesondere mit den Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern. Da es auch immer wieder Fälle gibt und geben wird, in denen frühere Weichenstellungen korrigiert werden müssen, ist es eine Aufgabe unserer Gesellschaft, sich stärker um Jugendliche zu kümmern. Gerade Jugendliche ohne Berufsabschluss brauchen attraktive Angebote, um einen Abschluss nachzuholen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass unserem Land schon bald Millionen Fachkräfte fehlen können, ist dies entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Beschäftigtenzahl.

In diesem Kontext wird auch die gelingende Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer eine wichtige Rolle spielen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat daher mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Länder und der Bundesagentur für Arbeit die Allianz für Aus- und Weiterbildung geschlossen. Deren Ziel ist u. a., mehr Jugendlichen mit schlechteren Startchancen sowie jungen Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Durch das neue Instrument der assistierten Ausbildung sollen gerade auch kleine und mittlere Unternehmen – die in ländlichen Regionen stärker präsentiert sind als Großunternehmen – bei der Ausbildung von leistungsschwächeren Jugendlichen unterstützt werden.

¹⁹ Vgl. BMVI (2015): Sicherung des Fachkräfteangebotes im ländlichen Raum, MORO Praxis Heft 1

Hilfreich dafür ist die mittelständische Tradition in Deutschland, die im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern auch im industriellen Kern gedeiht und die Basis für schnelle und grundlegende Innovationen bietet.

In ländlichen Regionen können darüber hinaus junge Unternehmensgründungen eine Schlüsselrolle spielen – sowohl mit Blick auf die Startchancen junger Menschen als auch auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit demografisch herausgeforderter Regionen. Viele dieser Gründungen erfolgen durch Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer. Sie sind in Jugendverbänden auf unterschiedliche Weise engagiert: Teilweise bilden sie eigene Verbände wie z. B. die Wirtschaftsjuvenen, teilweise bilden sie eine spezielle Interessengruppe wie z. B. die Jungwinzerinnen und Jungwinzer im Bund der Deutschen Landjugend, teilweise gehören sie auch Verbänden durch allgemeine Mitgliedschaft an. Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer lernen in Jugendverbänden wichtiges Handwerkszeug. Jugendverbände prägen Attribute wie Selbständigkeit, Selbstbewusstsein, Mut, Durchsetzungsfähigkeit, Initiative und Verantwortungsbewusstsein aus und bilden so die Grundlage für gesellschaftliches und unternehmerisches Engagement.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ werden künftig Investitionen in Kleinstunternehmen der Grundversorgung außerhalb der Landwirtschaft gefördert. Hierdurch eröffnen sich gerade auch für jüngere Menschen und junge Familien Zuzugs- und Bleibeperspektiven. Nicht zuletzt kann eine Verbesserung der Grundversorgung auch dazu beitragen, dass sich zusätzliche Möglichkeiten zur Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit ergeben.

Gelungene Beispiele für die Ansiedlung innovativer Unternehmen in ländlichen Regionen finden sich z. B. im Sektor der erneuerbaren Energien. Sie leisten einen Beitrag zu innovativen regionalen Energiekonzepten und damit auch zur Erhöhung der Attraktivität als Gewerbestandort. Die mit der Ansiedlung innovativer Unternehmen einhergehende Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, der Gewinn an Wertschöpfung sowie eine Verbesserung des Images des Standortes allgemein können für junge Leute Entscheidungsgrößen darstellen, in einem ländlichen Umfeld zu leben und zu arbeiten.

Auch der öffentliche Dienst wird als Arbeitgeber für junge Menschen im ländlichen Raum immer interessanter, seine Palette an Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten ist vielfältig.

Künftig wird es darauf ankommen, qualifizierte Jugendliche frühzeitig für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und sie nach der Ausbildung durch attraktive Arbeitsbedingungen, Übernahmegarantien und gute Bezahlung langfristig an diesen zu binden. Neben der öffentlichen Verwaltung insbesondere der Kommunen kommt dabei auch den Schulen eine entscheidende Rolle zu. Der öffentliche Dienst sollte sich offensiv als attraktiver Arbeitgeber präsentieren: neben der Beteiligung an Ausbildungsmessen, der Kooperation mit Schulen, dem Angebot für Schulpraktika, direkter und indirekter Werbung ist eine an den Informations- und Kommunikationsbedürfnissen der Jugend ausgerichtete Kampagne wichtig. Unterschiedliche Formen der Darstellung des öffentlichen Dienstes (z. B. „C!You-Start learning@hamburg“, dbb-Kampagne „Die Unverzichtbaren“) sollten weiterentwickelt und unterstützt werden.

Kleinere und mittelständische Unternehmen prägen in großer Vielfalt die Wirtschaft des ländlichen Raums und beteiligen sich maßgeblich an der Sicherung der Versorgungsstrukturen und des gesellschaftlichen Lebens in Dörfern und Kleinstädten. Es kommt vor allem darauf an, junge Menschen für die angebotenen Ausbildungs- und Arbeitsstellen zu gewinnen.

Keine Branche der deutschen Wirtschaft produziert heute noch auf die gleiche Art und Weise wie früher – das gilt für Bäcker oder Möbelbauer genauso wie für die Landwirtschaft. Der technische Fortschritt hat in allen Branchen dafür gesorgt, dass z. B. das Maß an körperlicher Belastung gesunken ist.

Das Bild des Bauern beim Verrichten schwerer körperlicher Arbeit auf dem Feld und der Bäuerin beim Melken und bei häuslichen Tätigkeiten gibt die Realität moderner Agrarwirtschaft nur unzureichend wieder. Stattdessen prägen moderne Produktionstechniken, hohe Anforderungen an Tierschutz und gesundheitlichen Verbraucherschutz sowie unternehmerische Qualitäten den Alltag in landwirtschaftlichen Betrieben. Veränderte Rollenbilder und eine entsprechende Berufsberatung können wesentlich dazu beitragen, jungen Menschen in ländlichen Regionen eine berufliche Perspektive im Agrar- und Ernährungsbereich aufzuzeigen.

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und nachwachsenden Rohstoffen kommt den landwirtschaftlichen Betrieben noch eine weitere wichtige Rolle zu: Sie sind zum einen selbst Arbeitgeber, sie sind aber auch eingebunden in ein Netzwerk aus vor- und nachgelagerter Wirtschaft. Rund zehn Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland (rund vier Millionen Menschen) sind in diesem Bereich beschäftigt. Die Landwirtschaft ist aber nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region, sie trägt ebenfalls zum sozialen Leben bei. Beispiele für die Bedeutung der Landwirtschaft für die dörflichen Strukturen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind regional vielfältig: Landwirte stellen u. a. die Gaben für das Erntedankfest, sie tragen zur Gestaltung von traditionellen Brauchtumsumzügen bei, führen den Winterdienst durch oder laden zu Hoffesten ein. Eine große Bedeutung haben Landwirtinnen und Landwirte auch bei grundlegenden Elementen einer funktionierenden Infrastruktur: So ist das System der Freiwilligen Feuerwehren ohne ihre Beteiligung personell nicht aufrechtzuerhalten.

Auch für die Jugendlichen in ländlichen Regionen sind Land- und Forstwirtschaft, Garten- sowie Weinbau wichtig. Die Ausbildungszahlen in den sogenannten grünen Berufen sind trotz teilweise erheblicher demografiebedingter Rückgänge bei den Schulabgängerzahlen über Jahre konstant geblieben. Dadurch ist ersichtlich, dass grüne Berufe zukunftsfähig und weiterhin attraktiv sind. Wesentlich ist aber auch, dass die Unternehmen des Agrarbereichs vor Ort und in ihrem Umfeld als gute Ausbildungsbetriebe und attraktive Unternehmen wahrgenommen werden.

Betriebe und Unternehmen der agrarischen Wertschöpfungskette in ländlichen Regionen tragen eine besondere Verantwortung für den Erhalt der Lebensgrundlagen und verdienen daher besondere Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung. Ihre Bedeutung für ländliche Regionen geht über ihren rein ökonomischen Anteil hinaus.

Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Benachteiligungen abbauen

- Angleichung der Löhne in den neuen Bundesländern an das Niveau der alten Bundesländer - „Wir brauchen eine Massenbewegung zur Angleichung der Löhne.“
- Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt beseitigen: mehr Anreize für Frauen schaffen, in bisher von Männern dominierten Tätigkeitsbereichen tätig zu sein, sodass „Männerberufe nicht aussterben“
- Wir wünschen uns für das Zusammenleben und -arbeiten im Beruf, dass Diversitätsmanagement und Schulungen der Beschäftigten Einzug auch in die Amtsstuben halten.
- Toleranz und Offenheit am Arbeitsplatz stärken („bunte“ Mitarbeiterschaft): auf den Pool aller erwerbsfähigen Menschen zugreifen und keine Bevölkerungsgruppen ausschließen (z. B. Menschen mit Behinderungen oder Menschen mit Migrationshintergrund).
- Gruppen, die gefördert werden sollten: Menschen mit Behinderungen, ältere Fachkräfte über 55 Jahre, Arbeitslose, Schülerinnen und Schüler mit schlechtem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss und Obdachlose

Familienfreundliche Arbeitswelt

- Bessere berufliche Rahmenbedingungen für Eltern! Home-Office muss klar geregelt werden, bezahlte Krankheitstage, Erhöhung von Krankheitstagen je Elternteil, Erhöhung von Urlaubstagen, Ermöglichung von Teilzeitarbeit usw.
- Gute Bildungsangebote für (junge) Eltern! Es braucht familienfreundliche Hochschulen / weiterführende Schulen mit einem soliden Betreuungsangebot. Ausfallzeiten während der Elternzeit könnten für Fortbildungen genutzt werden. Der Abendschulbesuch junger Eltern sollte gefördert und unterstützt werden.
- Mehr Zeit für Familien und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Unter anderem durch gleichwertige Anerkennung von Elternzeit, Langzeitarbeitskonten, die es ermöglichen, während der Familienphase weniger zu arbeiten sowie Unterstützung bei (privater) Kinderbetreuung. Auch könnten Unternehmen Zertifikate für Familienfreundlichkeit erhalten.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Fähigkeiten wichtiger als Alter bei Bewerbungen: Unternehmen sollen bei der Besetzung von Stellen vermehrt auf die Fähigkeiten und nicht vorrangig auf das Alter achten
- Flexibleres Renteneintrittsalter: Wenn die Gesundheit es zulässt und die Erwerbstätigen dies auch wollen, sollte das Renteneintrittsalter nach hinten verschoben werden können.
- Steuererleichterungen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Um die Erwerbstätigkeit auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus attraktiv zu machen, sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rentenalter Steuerermäßigungen erhalten.
- Der Wissenstransfer zwischen Alt und Jung muss sichergestellt werden.

Regionalen Wirtschaft stärken

- Beratungsgebühr in Geschäften für Online-Käufe: Damit lokale Geschäfte nicht darunter leiden, wenn sich Personen bei ihnen beraten lassen, aber dann im Internet die Produkte kaufen, sollen Ge-

schäfte eine Beratungsgebühr erheben, welche beim Kauf des Produkts bei ihnen erstattet wird.

- Mehr Angebote im Kultur- und Freizeitbereich um ländliche Regionen zu beleben (Sport- und Musikveranstaltungen), innovative Angebote mit Alleinstellungsmerkmalen (z.B. "Saunazelte am Strand")
- Tourismus und Gesundheitsversorgung verknüpfen: Der ländliche Raum bietet gute Voraussetzungen für die stärkere Einbeziehung des Gesundheitswesens in den Tourismus (z. B. Bau von Rehakliniken) – insbesondere auch die medizinische Versorgung von Älteren („Wirtschaftsfaktor Alter“).
- Touristische Angebote weiterentwickeln (Saison verlängern und Profil schärfen)
- Zusammenschluss lokaler Kleinläden zu einem Verband mit Lieferdienst für den Vertrieb regional erzeugter Produkte innerhalb der Region: Kundinnen und Kunden können entweder in einem verbandseigenen Laden einkaufen oder Bestellungen aufgeben (online, telefonisch oder bei einer zentralen Sammelstelle für Bestellscheine).
- Ökologische Landwirtschaft fördern: Subventionen für Landwirtschaftsbetriebe, die nachhaltig anbauen. Weniger Gifte einsetzen und Bevölkerung besser darüber aufklären.
- Mehr regionale Wirtschaftskreisläufe: Naturprodukte vor Ort anbauen, weiterverarbeiten, verkaufen und vermarkten (regionale Dachmarke).
- Standorte des Online-Handles im ländlichen Raum etablieren: dem Trend des Online-Kaufens folgen und die Voraussetzung für die Ansiedlung von Online-Versandhändlern schaffen.
- Nachfolgen bei Betrieben und Praxen im ländlichen Raum finanziell unterstützen („Übernahmeprämien“)
- Neue Märkte erschließen. Beispiele:
 - Als Zielregion für bundesweite Klassenfahrten positionieren.
 - Den Anbau von Cannabis legalisieren(könnte auch für die Herstellung von Produkten wie Dämmmaterial, Kleidung, Seife und Papier genutzt werden).

Ansiedlung neuer Unternehmen und Gründungen

- Attraktive Rahmenbedingungen für neue Unternehmen schaffen: gute Verkehrsanbindung (Straßen-/Schienen-/Wasserwegenetz), schnelles Internet, Ausweisung neuer Gewerbe- und Industrieflächen, günstiger Erwerb leerstehender Gebäude und ungenutzter Flächen etc.
- Förderprogramme zur Unterstützung der Wirtschaft im ländlichen Raum („eine Art Soli für ländliche Gegenden“): Dabei sollten politische Prozesse zur Standortförderung transparenter und kooperativer gestaltet werden, sowohl mit den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen.
- Netzwerk regionaler Unternehmen unterstützt Ansiedlung neuer Unternehmen: Die Unternehmen des Netzwerks stehen neu angesiedelten Unternehmen als Kooperationspartner zur Verfügung („vom Vitamin B alteingesessener Firmen profitieren“).
- Mehr Informationen über wirtschaftliche Zusammenhänge bereits in der Schule vermitteln („Gründergeist fördern“)
- „Der Arbeitsmarkt muss gestärkt werden.“

Kooperationen

- Vernetzung von (lokalen) Unternehmen und Hochschulen: Dadurch können ein Wissenstransfer in die Region und möglicherweise Studentenjobs und/oder Übernahmen für die Studierenden möglich werden.
- Schulen und Betriebe: Erleichterung der Ausbildungsplatzsuche. Schülerinnen und Schüler sollten mehr Gelegenheiten bekommen, in Berufe reinzuschnuppern. Es braucht mehr Aufklärung über die Vielfalt der Berufe, die es auch vor Ort gibt, z. B. im öffentlichen Dienst. Kontaktpersonen an Schulen sind wichtig!

Attraktivität von Arbeitsplätzen

- Betriebliche Aus- und Weiterbildung in der Region stärken, durch bessere wohnortnahe (Aus-) Bildungsmöglichkeiten!
- Boarding Houses: Fachkräften den Umzug in die Region erleichtern und bezugsfertigen Wohnraum übergangsweise zur Verfügung stellen, bis diese selbst einen passenden Wohnraum finden.
- Sichere Arbeitsplätze mit einem gerechten Einkommen und guten Arbeitsbedingungen! U. a. durch ein attraktives Lebensumfeld, Abschaffung von Zeitarbeitsfirmen oder altersgemischten Belegschaften.
 - Mehr Unterstützung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Saisonbranchen (z. B. Hotellerie, Gastronomie, Landwirtschaft)
 - „Den Mindestlohn durchsetzen, Gehälter angleichen und ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen! Es muss ein angemessenes Verhältnis des Lohns innerhalb und zwischen Branchen geben, es ist nicht in Ordnung, dass Spitzenverdiener und der Durchschnitt so weit auseinanderliegen!“
 - „20% mehr Gehalt in sozialen Berufen! -Denn Geld bedeutet auch Anerkennung“
 - „Mehr Raum für individuelle Entfaltung/Verwirklichung/Kreativität am Arbeitsplatz und mehr Entscheidungsfreiheit bei der Berufswahl. Arbeit muss Spaß machen und anerkannt werden!“
 - „Anerkennung durch Arbeitgeber/ Dienstbehörde“
- Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz durch Entspannungsübungen und -kurse am Arbeitsplatz, Entspannungsbereiche/-zonen, Fitnessangebote
- Work-Life-Balance: „Arbeit ist nur das halbe Leben! Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit soll gesenkt werden in Richtung 30 Stunden/Woche bei weiter angemessener Bezahlung!“

Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen – Handlungsempfehlungen

Um Bleibe- und Rückkehrperspektiven zu eröffnen, ist es für ländliche Regionen unerlässlich, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vielfältige und qualitativ hochwertige Ausbildungs-, Studien- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Die Länder** sollten prüfen, inwiefern Angebote für ein duales Studium insbesondere in ländlichen Regionen geschaffen bzw. ausgebaut werden können und wie deren Nutzung ggf. durch spezifische Stipendienmodelle unterstützt werden könnte.
2. **Bund, Länder und Kommunen** sollten in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber die rechtlichen Möglichkeiten für die Einführung von Prämienmodellen oder Übernahmegarantien nach Ausbildung prüfen bzw. umsetzen, um jungen Menschen nach Ausbildung bzw. Studium einen attraktiven Arbeitsplatz mit entsprechenden Zukunftsperspektiven bieten und sie in der Region halten zu können.

3. **Bund und Länder** sollten weiterhin Anreize für Unternehmensgründungen, -erhalt und -ausbau in ländlichen Regionen setzen, um vielfältige Ausbildungs- und Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu schaffen und ggf. zu erhalten.
4. **Bund und Länder** sollten prüfen, mit welchen Maßnahmen es gelingen kann, die Landwirtschaft fest in der Mitte der Gesellschaft zu verankern, damit dem Sektor bessere Zukunftsperspektiven eröffnet werden und Landwirtinnen und Landwirte ihre anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben erfüllen können.
5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten (Berufs-)Schulen, Ausbildungsbetriebe bzw. Arbeitgeber darin unterstützen, sich zu vernetzen, um den Übergang von Schule/Ausbildung in den Beruf im ländlichen Raum zu erleichtern. Dazu gehören Ausbildungen in Kooperation, flexible Lehrpläne und regionale Berufsschulentwicklung gemeinsam mit der Wirtschaft. Darüber hinaus sollten Angebote zur Berufsorientierung in den Schulen über einen längeren Zeitraum und stärker in Form von Projekten erfolgen sowie einen Bezug zum regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufweisen.
6. **Die Tarifpartner** sollten prüfen, § 10 TVAÖD und TVAL insoweit zu ändern, als dass sämtliche Fahrt- und Übernachtungskosten zu den auswärtigen Berufsschulen vollumfänglich durch den Arbeitgeber getragen werden, sowie Verpflegungsmehraufwendungen mindestens in Höhe der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen gezahlt werden, um Auszubildende in ländlichen Regionen die Teilnahme an überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen zu erleichtern.

2.8. Integration: Teilhabe nach Zuwanderung²⁰ ermöglichen

Zu einer zukunftsorientierten Demografiepolitik gehören verstärkt auch Maßnahmen zur Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer. Für Kommunen im ländlichen Raum ergeben sich dabei große Herausforderungen aber auch Chancen – nicht zuletzt mit Blick auf Schrumpfungsprozesse, denen auch die verstärkte Zuwanderung vor allem junger Menschen entgegenwirkt. Für die jungen Menschen selbst ist gelingende Integration ein Schlüssel für Chancen und Teilhabe.

Neben den Integrationskursen, die das staatliche Grundangebot bilden und ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache, der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte vermitteln sollen, gibt es zunehmend Integrationsangebote, die sich speziell an Jugendliche richten. Darüber hinaus gibt der Nationale Aktionsplan Integration verbindliche Ziele vor, unter anderem zur Verbesserung der Bildungsteilhabe von zugewanderten Jugendlichen.

Seit 2005 gibt es neben der Migrationsberatung für Erwachsene auch die Jugendmigrationsdienste (JMD). Diese unterstützen junge Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren schwerpunktmäßig beim Übergang von der Schule in den Beruf. Darüber hinaus fördern sie die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Mit über 450 Jugendmigrationsdiensten und 24 Standorten des Modellprojektes jmd2start insbesondere für geflüchtete Jugendliche besteht ein weitgehend

²⁰ Der Begriff des „Zuwanderers“ bzw. der „Zuwanderin“ umfasst Migrantinnen und Migranten mit ganz unterschiedlichen Bleibeperspektiven, derjenige des „Einwanderers“ bzw. der „Einwanderin“ dagegen impliziert bereits eine dauerhafte Bleibeperspektive.

flächendeckendes Angebot auch in ländlichen Regionen. Die persönliche Kontaktaufnahme gestaltet sich dort jedoch aufgrund der oft größeren Entfernungen in Verbindung mit der mangelhaften Mobilität der Adressatinnen und Adressaten schwieriger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JMD werden daher auch über aufsuchende Arbeit tätig. Möglich ist ebenfalls ein Kontakt über das Internet: Im JMD-Portal²¹ sind alle JMD, Kontaktdaten, Angebote und Kooperationspartner verzeichnet. Die meisten jungen Menschen suchen jedoch den unmittelbaren Kontakt mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des örtlichen JMD.

In ländlichen Regionen können neben leichter verfügbarem Wohnraum auch hohes bürgerschaftliches Engagement, ein überschaubares und intaktes soziales Umfeld und ein ausgeprägtes Vereinsleben integrationsförderlich sein. Der häufig intensive, durch Traditionen und Einzelpersonen geprägte, Kontakt kann aber auch zu einer verstärkten Sichtbarkeit von Konfliktfeldern beitragen. Hinzu kommt, dass der ländliche Raum nicht zu den bevorzugten Zielen der (insbesondere jungen) Zuwandererinnen und Zuwanderer gehört.²²

Ländliche Regionen bieten jedoch gerade durch die oft dezentrale Unterbringung eine raschere Einbindung ins örtliche Gemeinleben. Solange viele Anerkennungsverfahren anhängig sind, bleibt abzuwarten, wie sich die Wohnungssuche anschließend gestalten wird. Sobald Leistungen nicht mehr nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gewährt werden, sondern z. B. über das Jobcenter, steht der Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften an.

Mobilität und digitale Infrastruktur sind für junge Zuwanderinnen und Zuwanderer im ländlichen Raum allerdings ebenso entscheidende Faktoren für die Attraktivität ihres Wohnortes wie die Wohnung selbst. Das unterscheidet sie nicht von einheimischen Jugendlichen (siehe auch Kapitel „Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet, Mobilfunknetz ausbauen“). Für zugewanderte Jugendliche sind eine ausreichende Anbindung an den ÖPNV sowie eine gut ausgebaute digitale Infrastruktur zudem wichtig für ihre soziale und wirtschaftliche Teilhabe und den Zugang zu Integrationsangeboten.

Mit Blick auf Bildung stellen sich in ländlichen Regionen im Vergleich zum urbanen Raum zusätzliche Herausforderungen aufgrund teilweise schlechterer Erreichbarkeit und geringerer Versorgungsdichte. Auch diese Herausforderung teilen alle Jugendlichen im ländlichen Raum (siehe auch Kapitel „Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen“). Der Zuzug von jungen Menschen kann zu einer besseren Auslastung der örtlichen Bildungsangebote und zum Erhalt wohnortnaher Einrichtungen beitragen – zum Vorteil für alle Jugendlichen.

Um die Bildungserfolge von zugewanderten Jugendlichen zu unterstützen und bestehende Benachteiligungen²³ abzubauen, ist spezifisch qualifizierte Schulsozialarbeit nötig und müssen die dazugehörigen Familien verstärkt einbezogen werden. Für geflüchtete Jugendliche besonders wichtig ist rascher und angemessen frequentierter Deutschunterricht durch professionelle, ggf. ehrenamtlich begleitete, Lehrkräfte. Vor allem Schülerinnen und Schülern, die noch nicht in die reguläre Beschulung oder ein arbeitsmarktgefördertes Programm eingestiegen sind und/oder zu-

²¹ www.jmd-portal.de – Stand 02.05.2016

²² Infrastruktur und Lebensqualität ländlicher Regionen in den Herkunftsländern sind oft nicht vergleichbar mit denen in Deutschland. Darüber haben Zuwanderer jedoch sehr häufig keine Kenntnis.

²³ Die Bildungsbenachteiligung und Bildungssegregation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund findet im ländlichen Raum ebenso statt wie im großstädtischen. Dazu gehört z. B. die häufige Zuweisung auf Haupt- und Förderschulen. (Vgl. Schader-Stiftung (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen – Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts – <http://neu.integrationspotenziale.de/wp-content/uploads/2012/04/kurzfassung-publication.pdf> – Stand 02.05.2016)

sätzliche Sprachförderung benötigen, erleichtert das die Integration zeitnah nach Ankunft. Am Übergang von schulersetzendem Sprachunterricht in einen regulären Schulbesuch oder bei unsicherer Bleibeperspektive werden Geflüchtete im Schulalter vorübergehend in sogenannten Willkommens-, Vorbereitungs- oder auch DAZ²⁴-Klassen unterrichtet.

In einigen ländlichen Regionen gibt es aufgrund guter örtlicher Wirtschaftsbedingungen mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohem Fachkräftemangel bessere Zugänge zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt als im urbanen Raum. Hiervon können auch junge Zuwanderinnen und Zuwanderer profitieren. Wichtig neben dem zügigen Spracherwerb ist Rechtssicherheit für den Aufenthalt von Auszubildenden während der Ausbildung. Eine weitere Hürde beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit besteht in der Unkenntnis vieler Zugewanderter über behördliche Abläufe und zuständige Anlaufstellen. Ein gutes Informations-, Beratungs- und Betreuungsangebot ist hier unerlässlich.

Beim Übergang in Ausbildung und Arbeit brauchen neu zugewanderte und geflüchtete Jugendliche eine abgestimmte Sprachförderkette, die Sprach- und Integrationskurse mit berufsqualifizierenden Elementen verbindet.²⁵ Bei der neuen berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a Aufenthaltsgesetz ist vorgesehen, dass diese künftig flexibel mit Ausbildung, Arbeit und den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten nach dem SGB II und SGB III verknüpft werden kann. Im ländlichen Raum besteht die besondere Herausforderung darin, eine bedarfsgerechte Versorgung mit Sprach- und Integrationsangeboten trotz geringerer Teilnehmerdichte oder weiterer Anfahrtswege sicherzustellen.

Neben Schule, Ausbildung und Arbeit sind auch Vereine wichtige Instanzen zur sozialen Integration im ländlichen Raum. Viele Vereine, Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren und Flüchtlingsinitiativen machen bereits Angebote, die sich insbesondere an geflüchtete Jugendliche richten und gleichzeitig toleranzfördernd und demokratiestärkend wirken (z. B. Schwimmkurse der Wasserwacht, Fußballnächte und internationale Turniere von Sportvereinen, interkulturelle Feste von Familienzentren). Die regulären Angebote der offenen Jugendarbeit sind für geflüchtete oder zugewanderte Jugendliche ebenfalls geöffnet, wichtig sind hier klare Absprachen und Verständigungen (z. B. über kulturelle Unterschiede, Rollen, Regeln).

Insbesondere sportliche Aktivitäten sind ein bewährtes Mittel, um das Zusammenleben und Wohlbefinden zu fördern, gewaltpräventiv zu wirken sowie Beschäftigungsangebote mit geringen Zugangsvoraussetzungen bereitzustellen. Das Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes soll auch Jugendliche zur Teilnahme am Vereinsleben ermuntern und damit auch ihre soziale Integration fördern. Das Programm wurde 2015 für Asylsuchende unabhängig von ihrer Bleibeperspektive geöffnet.

Jugendliche und junge Erwachsene sind jedoch nicht nur die Zielgruppe von Integrationsbemühungen, sie können und sollten Integration auch selbst aktiv gestalten. Vereine und das Ehrenamt – insbesondere in dörflichen Bereichen – suchen oftmals dringend Nachwuchs. Viele junge Zugewanderte wollen hier mitwirken, Patenschaften von Jugendlichen für zugewanderte Jugendliche

²⁴ Deutsch als Zweitsprache

²⁵ Als gut funktionierendes Instrument wird das Berufsvorbereitungsjahr für Aussiedler an Berufsschulen beschrieben. Hier lernen junge Menschen ein Jahr nur Deutsch und im zweiten Jahr Deutsch in Verbindung mit berufsbezogener Bildung. Leider gibt es dieses Angebot nur für Jugendliche unter 18 Jahren.

(z. B. unterstützt durch Jugendeinrichtungen oder Jugendinitiativen) können hier Brücken bauen. Jugendliche, die die Regelschulzeit absolviert haben, können sich darüber hinaus im Bundesfreiwilligendienst in der Integrationsarbeit engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst ist im Bereich der Flüchtlingshilfe auch für Asylbewerberinnen und -bewerber mit einer hohen Bleibeperspektive geöffnet. Seit 2015 werden zusätzlich zwei unterschiedliche Bereiche besonders gefördert: der Bundesfreiwilligendienst in der Flüchtlingshilfe (für größtenteils deutsche Freiwillige) sowie der Bundesfreiwilligendienst für Asylbewerberinnen und -bewerber. Damit sollen ihre Integration und Orientierung in Deutschland gefördert sowie ihre Kompetenzen gestärkt werden.

Unter den geflüchteten Jugendlichen, die nach Deutschland kommen, sind auch viele unbegleitete Minderjährige. Sie werden betreut untergebracht und erhalten hauptamtliche Förderung und Begleitung. Wohnraum, Finanzen und notwendige Antragstellungen werden durch die öffentliche Jugendhilfe abgesichert; ihre Leistungen reichen bis hin zur gemeinsamen Erarbeitung individueller Entwicklungspläne. Im ländlichen Raum sind die stationären Jugendhilfeeinrichtungen, in denen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge untergebracht sind, meistens gut mit den regionalen Jugendangeboten vor Ort vernetzt, der Transport (z. B. zum Fußballverein) wird häufig durch die Einrichtung gewährleistet.

Die Integrationsmöglichkeiten für geflüchtete junge Erwachsene und in der Ursprungsfamilie untergebrachte Jugendliche hingegen hängen viel stärker vom Wissen, von der Prioritätensetzung, den Zeitkapazitäten und dem Selbstverständnis der Kommunen und der ehrenamtlichen Kräfte ab. Für die Organisation sind die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zuständig, die oftmals auf ehrenamtliche Integrationslotsen zurückgreifen, welche nur zum Teil durch hauptamtliche pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt werden. Der Zugang zu Schule und Ausbildung erfolgt nicht über die Jugendhilfe, sondern über die Asylberatungsstellen. Die Vernetzung mit den regionalen Angeboten der Jugendarbeit steht häufig hinter der reinen Existenzsicherung an. Ein Haupthemmnis für die Integration von begleiteten und volljährigen jungen Geflüchteten im ländlichen Raum liegt dabei wie so oft in der fehlenden Mobilität. Wenn sie die Angebote der Jugendarbeit kennen – was häufig nicht der Fall ist –, können sie sie oft nicht wahrnehmen.

Für junge Zuwanderinnen und Zuwanderer bietet der ländliche Raum Herausforderungen und Chancen – das unterscheidet sie genauso wenig von anderen jungen Menschen wie ihre grundlegenden Interessen und Bedürfnisse. Die Förderung ihrer Integration sollte deshalb Bestandteil regionaler Entwicklungskonzepte mit vielen gesellschaftlichen Akteuren sein. Neu installierte Bildungs- und Ehrenamtskoordinatoren sowie Integrationsanlaufstellen mit einem spezifischen Blick auf die Interessen und Bedürfnisse dieser jungen Menschen können hier eine zentrale Rolle übernehmen.

Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Geflüchtete Jugendliche

- „Die Situation der Flüchtlinge lässt uns nicht kalt – wie funktioniert „menschliche“ und „inklusive“ Zuwanderung?“
- Willkommenskultur: Zu einer echten Willkommenskultur gehören für die Jugendlichen neben öffentlichen Willkommens- und Informationsveranstaltungen vor allem die kleinen, alltäglichen Situationen („bei Kaffeekränzchen besser kennen lernen“, „freundlich sein“, „Gespräche anfangen“, „in Gruppenaktivität integrieren“, „sich mit den Neuankömmlingen unterhalten“, „nicht ausschließen“, „aufgeschlossen und selbstbewusst sein“).
„Unterstützung von Neuankömmlingen im Alltag! Denn Toleranz und Offenheit zeigt sich vor allem in kleinen, alltäglichen Situationen, wie: Unterstützung beim Umzug durch Transportkosten oder tragen helfen, Busfahrkarten, Spendensammlungen, Nutzung von Sportvereinen als Integrationshilfen und vieles mehr!“
- „Startersets“ als einfache und konkrete Hilfen: Ein Starterset für Familien könnte einen vereinfachten, familienfreundlichen Stadtplan enthalten, der z. B. Spielplätze, günstige Einkaufsmöglichkeiten, Jugendtreffs, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten darstellt. Dazugehörige Busfahrkarten laden zum Erforschen und Kennenlernen der Umgebung ein.
- Gleichaltrige Paten für Kinder und Jugendliche: Um Kindern und Jugendlichen die Integration zu erleichtern, sollen gleichaltrige Paten organisiert werden. Über diese Bezugsperson können erste soziale Kontakte geknüpft und sozialer Anschluss gefunden werden. Außerdem würden Paten dabei helfen, in der Schule zurechtzukommen und außerschulische Angebote kennenzulernen. Ein solches System wäre auch für Erwachsene denkbar („Mentorenprogramm“). „Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits länger in Deutschland leben, können als Vermittlerinnen und Vermittlern oder Paten zwischen Jugendlichen fungieren.“
- Dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen: Die Jugendlichen sprechen sich für die verteilte Unterbringung von Flüchtlingen in kleinen Einrichtungen, Wohnungen oder WGs aus. Dabei sollen insbesondere in ländlichen Regionen auch leerstehende Objekte genutzt werden.
- Abbau von Vorurteilen gegenüber Flüchtlingen: „Es fehlt an Aufklärung. Vor allem jetzt, wo all die Flüchtlinge hier sind, muss erklärt werden, aus was für einer Kultur diese kommen. Und den Flüchtlingen muss erklärt werden, in was für einer Kultur sie hier leben. Erst dann können sie verstehen, warum hier viele Sachen anders sind als sie es kennen.“ Die Jugendlichen schlagen verschiedene Maßnahmen vor, um Vorurteilen aktiv zu begegnen und Missverständnisse zwischen Flüchtlingen und der örtlichen Bevölkerung zu vermeiden: „Aufklärung über die Situation von Flüchtlingen“ (z. B. in der Schule, über Infoveranstaltungen und -blätter, soziale Medien / Blogs), „Arbeitsgruppen gründen“, „Einwanderer einbeziehen“, „Toleranz bei Einheimischen und Zuwanderern fördern“. „Durch gezielte Informationen (z. B. über die tatsächlichen Zahlen von Flüchtlingen, Interpretationshilfen bei Kriminalitätsstatistiken) sollen Ängste der Bevölkerung aufgenommen und entkräftet werden.“
- Gemeinsame Aktivitäten: Aus Sicht der Jugendlichen ist es für eine gelingende Integration auch wichtig, dass es gemeinsame Aktivitäten von örtlicher Bevölkerung und Zuwanderern gibt, z. B. durch „Gemeinschaftsgruppen zwischen Einwohnern und Flüchtlingen“, „Kulturabende“ oder „Ideenwettbewerbe in der Bevölkerung für besonders innovative und kreative Ideen für Integrationsprojekte“.
- Events gegen Rechts organisieren
- Bessere Lebensumstände für Geflüchtete: Die Wohnsituation („mehr Platz zum Wohnen und Wohlfühlen“) und die ärztliche Versorgung von Geflüchteten soll verbessert werden. Außerdem müssen Anträge zügiger bearbeitet werden, um für die betreffenden Personen schneller Klarheit zu schaffen und unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Familiennachzug soll für alle unbegleiteten minderjährigen

Geflüchteten ermöglicht und das Verfahren dazu vereinfacht und beschleunigt werden.

- Bildungseinrichtungen zur Integration nutzen: Die gesellschaftliche Integration sollte schon früh beginnen. Deshalb plädieren die Jugendlichen für eine schnelle Integration von Flüchtlingskindern in die Kindertagesstätten. „Kindergarten und Schule sollte verstärkt auf kulturelle Unterschiede und die Bekämpfung von Vorurteilen eingehen!“ Auch soll in Kooperation mit Kindergärten und Schulen ein Freizeitangebot für geflüchtete Kinder geschaffen werden.
- Junge Geflüchtete darin unterstützen, selbstbestimmt Perspektiven für ihre Zukunft zu entwickeln. Konkret soll an der sozialen Ungleichheit, Bildungschancen und Mitgestaltungsmöglichkeiten angesetzt werden. Dafür ist es auch notwendig Projekte zur Unterstützung zu fördern: „Um gezielt mit jungen Geflüchteten zu arbeiten, müssen die Jugendverbände mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden und muss mehr hauptamtliches Personal für die Beratung der Menschen, in der Stadtteilarbeit, für konkrete Projekte zur kulturellen Begegnung bereit gestellt werden.“
- Neben Deutschkursen auch mehrsprachige Informationen anbieten, damit Geflüchtete wichtige Entscheidungen für ihr Leben selbst treffen können und es die Möglichkeit zur Verständigung gibt.
- Ängste und Interesse ernst nehmen: Den Jugendlichen ist es wichtig, dass die Sorgen der Bevölkerung angesichts der Zuwanderungszahlen ernst genommen werden. Es gibt z. B. die Befürchtung, dass Familien ihren Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen müssen oder der deutschstämmige Anteil an der Bevölkerung durch Zuwanderung langfristig stark zurückgeht. Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen, wird auch vorgeschlagen, dass polizeiliche Kontrollen und Aktivitäten erhöht werden.

Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern

- Mehr Bildung für Zuwanderinnen und Zuwanderer: Die Jugendlichen sehen Bildungsangebote als Schlüssel zu einer gelingenden Integration. „Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen stärker bei ihrer schulischen Bildung unterstützt werden, z. B. durch kostenlose Nachhilfe- oder Förderangebote. Erwachsene sollen die Möglichkeit bekommen, eine Schulbildung nachzuholen bzw. Nachprüfungen abzulegen.“ Zentral ist die Sprachförderung durch öffentliche aber auch ehrenamtliche Angebote. Aber auch deutsche Lebensweisen, die deutsche Kultur und gesetzlichen Rechte und Pflichten sollen dabei vermittelt werden. Ein konkreter Vorschlag nennt die Bildung von Sprachtandems („Ich lerne deine Sprache und du meine!“).
- Zuwanderung für Nicht-EU-Bürger erleichtern: Bei einer vereinfachten Zuwanderung für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger könnten ländliche Regionen stärker und gezielter um Zuwanderinnen und Zuwanderer werben (z. B. ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild).
- Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten: Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker in die Durchführung und Planung von Integrationspolitik einbezogen werden (Partizipation). Da sie die Expertinnen und Experten für ihre eigene Situation sind, ist es wichtig, ihr Feedback anzunehmen und sie angemessen zu beteiligen.
- Arbeit als ungenutztes Potential und Integrationsmaßnahme: Die Jugendlichen fordern eine einfache und unbürokratische Arbeitserlaubnis für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Dazu gehört auch eine zeitnahe Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen. Bei Bedarf sollen passgenaue Förderungen durchgeführt (Sprache, Bewerbungstraining, Kulturverständnis, Jobmessen). Aus Sicht der Jugendlichen kann Berufsarbeit die Integration deutlich erleichtern und insbesondere im ländlichen Raum dafür sorgen, dass mehr potentielle Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. „Dafür braucht es in den Betrieben eine gute Willkommenskultur, inklusive Offenheit und Toleranz, durch z. B. Patenschaftsprojekte oder Betriebsausflüge.“

Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen – Handlungsempfehlungen

Zuwanderinnen und Zuwanderern soll eine umfassende, möglichst gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht werden. In Bezug auf Teilhabe und Integration insbesondere geflüchteter Jugendlicher ist es unerlässlich, frühzeitige und passgenaue Angebote zu entwickeln. Hier kommt insbesondere dem Kontakt mit einheimischen Jugendlichen eine wichtige Rolle zu.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Bund, Länder und Kommunen** sollten gemeinsam mit Jugendlichen Integrationsstrategien entwickeln und dabei zugewanderte Menschen und ihre Interessenvertretungen aktiv einbinden. Insbesondere im Hinblick auf geflüchtete Jugendliche sollten jugendgerechte Angebote entwickelt bzw. ausgebaut werden, die eine Vernetzung von zugewanderten und „einheimischen“ Jugendlichen fördern und an gemeinsamen Interessen ansetzen (z. B. Mobilität, Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung, Breitbandversorgung etc.). Dabei ist darauf zu achten, dass die Belange von Jugendlichen, die aus der Region stammen, und geflüchteten Jugendlichen gleichermaßen Beachtung finden. Förderprogramme sollten niedrigschwellig und mit wenig bürokratischem Aufwand verbunden sein, um auch Jugendlichen die Durchführung von entsprechenden Projekten zu ermöglichen.
2. **Länder und Kommunen** sollten gemeinsam mit Jugendlichen Konzepte zur besseren Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in kommunalen und regionalen Bildungseinrichtungen, Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen entwickeln (z. B. Mentorenprogramme, Sprachtandems, Patenschaften). Dabei sollten Formate bevorzugt werden, die den zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine aktive Gestaltung ihrer Integration ermöglichen.
3. **Bund, Länder und Kommunen** sollten dezentrale Angebote für geflüchtete und zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen ausbauen und fördern.
4. **Länder und Kommunen** sollten eine spezifisch qualifizierte Schulsozialarbeit fördern, um den Bildungserfolg von zugewanderten Jugendlichen zu unterstützen und bestehende Benachteiligungen abzubauen.
5. **Bund, Länder und Kommunen** sollten im Rahmen der bestehenden Strukturen geeignete Formate insbesondere für ländliche Regionen entwickeln, die eine bedarfsgerechte Versorgung mit Sprach- und Integrationsangeboten trotz weiterer Anfahrtswege oder geringerer Teilnehmerdichte sicherstellen.
6. Die **Kommunen** sollten die gezielte, zusätzliche Instandsetzung un- oder untergenutzter Bausubstanz verstärken, um geflüchteten Menschen noch schneller ein preiswertes und attraktives Wohnangebot machen zu können. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung von geflüchteten jungen Volljährigen nach dem Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften.

7. **Kommunen und freie Träger** sollten zugewanderte Jugendliche frühestmöglich in örtliche Vereinsstrukturen als wichtige Instanzen der sozialen Integration einbinden, wobei klare Absprachen und Verständigungen (z. B. über kulturelle Unterschiede, Rollen, Regeln) getroffen werden sollten. Insbesondere im sportlichen Bereich gilt es Angebote bereitzustellen, die den spezifischen Bedarfen auch von zugewanderten Mädchen und Frauen gerecht werden.
8. Die **Kommunen** sollten verstärkt geeignete Formate entwickeln, die über die positiven Faktoren für eine gelingende Integration von zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ländlichen Regionen informieren. Gleichzeitig sollten passgenaue Rahmenbedingungen (z. B. Mobilitätsangebote, digitale Infrastruktur, Zugang zu Bildungs- und Freizeiteinrichtungen und Zugang zum Arbeitsmarkt) für eine gelingende Integration (weiter-)entwickelt und umgesetzt werden.
9. **Bund, Länder und Kommunen** sollten die bessere Unterstützung und Integration insbesondere von begleiteten minderjährigen Geflüchteten und jungen volljährigen Geflüchteten verstärkt in den Blick nehmen und geeignete Unterstützungsformate für diese Zielgruppen entwickeln und umsetzen.
10. Der **Bund** sollte die Erreichbarkeit und den Zugang zu Angeboten der Jugendmigrationsdienste insbesondere im ländlichen Raum weiter verbessern und ausbauen.

2.9. Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen

Individualisierung und Pluralisierung als Ausdruck von Vielfalt in einer globalisierten Welt sind für moderne Gesellschaften einerseits grundlegend, andererseits aber mit großen Herausforderungen verbunden. Diese Vielfalt ist eine Quelle des kulturellen Reichtums und des sozialen Zusammenhalts; statische Begriffe von „Mehrheit“ und „Minderheit“ funktionieren nicht. So unterschiedlich Menschen in ihrer Individualität auch sein mögen – sie sind gleichberechtigt. Die umfassende gesellschaftspolitische Dimension von UN-Menschenrechtscharta und UN-Behindertenrechtskonvention unterstreicht dieses. Sie fordern die volle und wirksame Teilhabe aller Menschen.

Dennoch haben nicht alle teil, werden nicht alle in gleicher Weise mitgenommen. Jugendliche und junge Erwachsene machen in verschiedener Hinsicht Erfahrungen mit Diskriminierungen: aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Nationalität, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung und Identität, ihrer Religion oder Weltanschauung oder aufgrund von Behinderung oder Beeinträchtigung. Hinzu kommt die Diskriminierung von Jugendlichen aufgrund ihres Alters.

Je weniger vielfältig die Umgebung ist, desto schwieriger kann es sein Menschen verschiedener ethnischer Herkunft, unterschiedlicher Glaubens- und Lebensformen in der Region zu integrieren. Dies gilt für urbane und ländliche Räume gleichermaßen. Innovationen, die dringend notwendig sind, um den demografischen Wandel gewinnbringend zu gestalten, sind erst in einem offenen Klima möglich.

Angst oder Unsicherheit vor (jungen) Menschen mit Migrationserfahrungen, anderen Weltanschauungen, Behinderungen oder nicht heteronormativen sexuellen Orientierungen können zu feindseliger Haltung und sogar zu gewaltsamem Verhalten führen.

Urbane Zentren werden aufgrund ihrer Vielfalt häufig als die toleranteren Regionen angesehen. Urbanität macht es anscheinend leichter, „anders“ zu sein; die größere Anonymität trägt dazu bei, dass nicht jede Regung abgeglichen wird mit Konventionen. Ist es also im ländlichen Raum, wo sich die Menschen näher sind, eine besondere Herausforderung, Vielfalt zu leben? Brauchen Offenheit und Toleranz hier tatsächlich eine stärkere Fürsprache? In jedem Fall sind Beratungsmöglichkeiten und Angebote in Sachen Vielfalt in ländlichen Regionen weniger stark verbreitet.

Bei Jugendlichen, deren sexuelles oder geschlechtliches Erleben sich nicht entlang heteronormativer Erwartungen entwickelt, ist die Zeit ihres inneren und äußeren Coming-outs vielfach mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden. 82 Prozent der in einer Coming-Out-Studie befragten Jugendlichen berichten von Diskriminierungserfahrungen in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.²⁶ Intoleranz gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen und intersexuellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist im ländlichen Raum stärker ausgeprägt als im urbanen. Das gilt für alle Identitätsfindungsprozesse, die abseits der „Norm“ verlaufen.

Grundsätzlich spielt die Auseinandersetzung mit Diskriminierungserfahrungen insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund eine bedeutende Rolle.²⁷ Die aktuelle Shell-Jugendstudie stellt fest, dass die meisten Jugendlichen ihre Toleranz gegenüber der gesellschaftlichen Vielfalt betonen, während 50 Prozent der nichtdeutschen Jugendlichen auf eigene Diskriminierungserfahrungen verweisen. Nichtdeutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund empfinden häufiger Benachteiligungen im Alltag. Ein Viertel führt diese Benachteiligungen auf ihre Religion zurück. Doch Jugendliche mit Migrationshintergrund – ebenso wie Jugendliche mit Behinderungen – werden auch institutionell benachteiligt. Sie haben häufig nicht die gleichen Chancen beim Zugang zu Schule und Hochschule, aber beim Übergang zwischen den Bildungseinrichtungen.²⁸

Teilhabe herzustellen, Integration zu gewährleisten und Benachteiligungen zu vermeiden, ist eine wichtige Aufgabe der Jugendsozialarbeit. Deshalb sind Jugendliche und junge Menschen mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen schon heute eine ihrer wesentlichen Zielgruppen. Diese umfasst auch Jugendliche und junge Menschen, die sozial exkludiert werden und deren Aufwachsen von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt ist.

Inklusion meint allerdings mehr als z. B. das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung. Inklusion meint vielmehr eine Öffnung der Gesellschaft für alle (Ju-

²⁶ An dem bundesweiten Forschungsprojekt „Coming-out – und dann...?!“ des Deutschen Jugendinstituts nahmen über 5.000 lesbische, schwule, bisexuelle und trans* Jugendliche und junge Erwachsene (LSBT*) im Alter zwischen 14 und 27 Jahren teil. In einer quantitativen Online-Befragung sowie 40 qualitativen Interviews berichteten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausführlich von ihrer Lebenssituation.

²⁷ Knapp ein Viertel der in Deutschland lebenden Jugendlichen im Alter von 12 bis 27 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Ihre Wurzeln liegen in den meisten Fällen in Europa, aber auch in Afrika, Amerika und Asien. Zudem machen seit einiger Zeit junge Männer aus dem Nahen Osten mit unklarer Bleibeperspektive einen großen Teil der Zuwanderer aus. Fast zehn Prozent aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen fühlen sich einer muslimischen Glaubensgemeinschaft zugehörig, hingegen gehören knapp 65 Prozent einer christlichen Konfession an.

²⁸ Vgl. Untersuchungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Home/home_node.html – Stand 29.4.2016)

gendlichen) in ihrer Individualität und Vielfalt und ist damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Die“ Jugend gibt es nicht. Nur durch Anerkennung ihrer Vielfalt, durch Akzeptanz und Vertrauen wird die junge Generation angemessen wertgeschätzt.

Intoleranz gegenüber vielfältigen Lebensstilen und Eigenschaften kann letztendlich immer zugespitzt werden auf eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diese (auch bei jungen Menschen selbst) auszuräumen und heterogene Lebenswelten und -entwürfe und damit eine selbstbewusste, vielfältige und tolerante Jugend zu fördern, müssen dringende Ziele jugendgerechter Politik sein. Deshalb sind auch in ländlichen Regionen vielfältige Maßnahmen gegen Extremismus und Engstirnigkeit und für Solidarität, Demokratie und Toleranz erforderlich – nicht zuletzt, um sie als attraktive, vielfältige Lebensräume für junge Menschen zu erhalten und zu stärken und damit den Herausforderungen des demografischen Wandels gewachsen zu sein.

Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen – Positionen und Forderungen der jungen Menschen

Vielfalt fördern

- Gleichberechtigung und gleiche Chancen: „Es bedarf der effektiven Umsetzung der Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung und ihres Geschlechtes. Kein Mensch soll ausgegrenzt werden. Ein Klima der Akzeptanz und Offenheit sowie Zivilcourage bei Diskriminierung muss gefördert werden!“
- Barrierefreiheit Realität werden lassen: technische Assistenzsysteme (fort-)entwickeln, Computersysteme für Schwerstbehinderte, Einsatz von Robotern, behindertengerechter Umbau aller öffentlichen Einrichtungen, ehrenamtliche Fahrdienste für nicht-mobile Menschen
- „In Kindergarten und Schule verstärkt auf kulturelle Unterschiede und die Bekämpfung von Vorurteilen eingehen!“
- „Lehrerinnen- und Lehrerausbildung verändern, eine stärkere interkulturelle Bildung für mehr Augenhöhe.“
- Toleranz und Offenheit am Arbeitsplatz stärken („bunte“ Mitarbeiterschaft): Auf den Pool aller erwerbsfähigen Menschen zuzugreifen und keine Bevölkerungsgruppen ausschließen (z. B. Menschen mit Behinderungen oder mit Migrationshintergrund). Beispiele für Maßnahmen: Schulung von Führungskräften und Personalverantwortlichen, Workshops für Teams.
- „Die Politik soll eine Vorbildfunktion haben und queerfreundlich agieren.“
- „Es müsste mehr Frauen in Führungspositionen geben.“
- Individualität soll auch im Bildungssystem stärker unterstützt werden.
- Durch Projekte der politischen Bildung für junge Menschen kann ein Klima der Toleranz gefördert werden.

Vielfalt ist eine Quelle des kulturellen Reichtums und des sozialen Zusammenhalts. Je vielfältiger die Umgebung ist, desto attraktiver ist sie als Lebensraum insbesondere für Jugendliche. Um ländliche Regionen als attraktive, vielfältige Lebensräume für junge Menschen zu erhalten und zu stärken und damit den Herausforderungen des demografischen Wandels gewachsen zu sein, sind deshalb auch dort vielfältige Maßnahmen für Solidarität, Demokratie und Toleranz erforderlich.

Die Gestaltungspartner des Bundes sprechen mehrheitlich folgende Handlungsempfehlungen aus:

1. **Bund und Länder** sollten Maßnahmen zur politischen Bildung und im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter verstetigen und deren Überführung in Regelstrukturen prüfen. Darüber hinaus sollten insbesondere im Bereich der Extremismusprävention die Möglichkeiten einer verbesserten rechtlichen Basis für ehrenamtliches Engagement geschaffen werden. Die gesellschaftliche Vielfalt sollte sich in der gesamten Jugendarbeit widerspiegeln und durch die zuständigen Stellen entsprechend unterstützt werden.
2. Der **Bund** sollte bei der laufenden Überarbeitung des Nationalen Aktionsplans der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz die Themen Homo- und Transphobie einbeziehen.
3. **Bund, Länder und Kommunen** sollten den Ausbau von Barrierefreiheit durch finanzielle Förderung entsprechender technischer und baulicher Maßnahmen in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen vorantreiben.
4. **Bund, Länder und Kommunen** sollten niedrigschwellige Fördermöglichkeiten für demokratierelevante Projekte, Vorhaben und Veranstaltungen auflegen und langfristig sichern.
5. Der **Bund** sollte thematisch fokussierte Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenschulungen und Anti-Rassismus-Trainings bzw. Toleranz- und Demokratietrainerinnen und -trainer oder -coaches auch im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung bundesweit etablieren, sichern und ausbauen.
6. Die **Länder** sollten landesweite Strukturen für Diskriminierungsberatung bzw. Schulungsmaßnahmen (auch online) schaffen bzw. besser bekannt machen.

3. Zusammenfassung: Mehr Lebensqualität für Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen

Der demografische Wandel ist eine Tatsache. Neben den damit häufig in Verbindung gebrachten Problemen kann er jedoch auch viele Chancen bieten. Die in der Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ in den Blick genommenen Regionen sind mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen im Hinblick auf die demografische Entwicklung konfrontiert. Prosperierende Regionen müssen andere Aufgaben bewältigen als strukturschwache Regionen, die z. B. stärker von Alterung und

Abwanderung betroffen sein können. Bisher fokussieren viele Betrachtungen des demografischen Wandels sich sehr stark auf das Altern und die damit verbundenen Herausforderungen.

Die Bedürfnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielen bisher eine eher untergeordnete Rolle bzw. sie werden häufig auf die Rolle der späteren „Rentenverdiener“ und „Pfleger“ reduziert. Dabei haben Jugendliche ganz eigene Bedürfnisse im hier und jetzt, aber auch Ideen und Wünsche für ihre Zukunft – und damit auch für die Gestaltung des demografischen Wandels.

Die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“ wollte diesen Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen in der Demografiestrategie Raum geben und die Vorstellungen der Jugendlichen zur Gestaltung des demografischen Wandels erfahren. Dieses Ziel hat die Arbeitsgruppe erreicht und damit erstmals der Jugend eine Stimme in der Demografiestrategie der Bundesregierung gegeben.

Neben den AG-Mitgliedern, die parteiisch die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in den Blick genommen – und sozusagen die „Jugend-Brille“ aufgesetzt haben –, wurden durch die flankierenden Beteiligungsprojekte „Ichmache>Politik|Demografie“ und die „Jugend-Demografie-Dialoge“ auch Jugendliche ganz konkret an der Arbeit der AG beteiligt.

Gefragt nach ihren eigenen Interessen haben Jugendliche konkrete Vorstellungen, welche Themen mit Blick auf den demografischen Wandel besonders berücksichtigt werden sollen. Im Kern sind das: Mobilität und Internet, Freizeitgestaltung und Freiräume, Engagement, Beteiligung und Mitwirkung, Schule, Übergang und Beruf sowie Vielfalt und gesellschaftliches Zusammenleben. Die AG hat diese Themen aufgegriffen und die vorliegenden Handlungsempfehlungen in neun demografiepolitische Handlungsfelder für den ländlichen Raum mit hoher Relevanz für Jugendliche und junge Erwachsene untergliedert:

- Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern,
- Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken,
- Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen,
- Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern,
- Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen,
- Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen,
- Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen,
- Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen,
- Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen.

Die Ergebnisse der Beteiligungsrounds zeigen eine interessierte und engagierte Jugend, die sich nicht nur zu vielfältigen Themen äußern kann, sondern dies auch möchte. Die Rückmeldungen betreffen dabei nicht nur „ländliche“ oder „jugendliche“ Themen, sondern beschäftigen sich zum Beispiel auch intensiv mit den generationenübergreifenden Herausforderungen des demografischen Wandels.

Dabei benennen die Jugendlichen neben aller Vielfältigkeit der Vorschläge klar die zentralen Herausforderungen, vor denen ländliche Regionen aus ihrer Sicht stehen.

Die Vorschläge der Jugendlichen und die Empfehlungen der verschiedenen Gestaltungspartner in der AG weisen in vielen Bereichen Berührungspunkte auf.

Im Handlungsfeld **Zusammenhalt: Familie und Generationendialog fördern** wird der gesellschaftliche Zusammenhalt der Generationen als wichtiger Faktor zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen betrachtet. Hier geht es zum einen um Verantwortungsübernahme innerhalb der Familien und darum, wie diese besser ermöglicht werden kann, z. B. durch flexiblere Arbeitsmodelle und finanzielle Unterstützung. Zum anderen geht es um eine generationenübergreifende Gestaltung der Angebote vor Ort, wie z. B. altersgerechtes, familiengerechtes aber auch generationenübergreifendes Wohnen, Kinderbetreuung, Begegnungsstätten oder andere Freizeitangebote für Jung und Alt.

Diese Überlegungen spiegeln sich in Empfehlungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur stärkeren Öffnung der Mehrgenerationenhäuser für Jugendliche, zur generationenspezifischen bzw. -übergreifenden Gebäudenutzung sowie zur flexibleren Nutzung bestehenden Wohnraums wider. Außerdem soll im Sinne eines wirkungsvollen Prüf- und Sensibilisierungsinstruments für jugendgerechte Politik der geplante „Jugend-Check“, mit dem Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation überprüft werden sollen, zeitnah eingeführt werden.

Im Handlungsfeld **Strukturen: Daseinsvorsorge und Angebote der Jugendarbeit stärken** geht es darum, wie die Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen auch zukünftig sichergestellt werden kann. Es geht um Wohnen, Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kommunikation, Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, aber auch um Sicherheit. Dieses Handlungsfeld weist insofern viele Bezüge zu den anderen Handlungsfeldern auf. Im Hinblick auf die Interessen von Jugendlichen steht hier jedoch die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit, in einem besonderen Fokus. Denn um gerade Jugendlichen Optionen der selbstbestimmten Gestaltung von Lebenswelten anzubieten und Partizipation erlebbar werden zu lassen, müssen ausreichend vielfältige Angebote trotz zum Teil schwieriger Erreichbarkeit aufrechterhalten werden.

In diesem Zusammenhang ist die Empfehlung für eine langfristige Sicherung und strukturelle Unterstützung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die Erhaltung bzw. der Aufbau entsprechender Angebote in Kooperation mit örtlichen Akteuren zu sehen. Die Empfehlung, die Schaffung eines ressortübergreifenden Förderprogramms zu prüfen, mit dem unter Beteiligung von Jugendlichen der Auf- und Ausbau jugendgerechter Beteiligungsstrukturen sowie deren bessere Vernetzung gefördert wird, greift einen weiteren Aspekt auf. Auch die empfohlene Öffnung für innovative Ideen und alternative Angebotsformen, um der Ausdünnung von Infrastruktur entgegenzuwirken, zielt auf die Sicherung von (jugendgerechter) Daseinsvorsorge ab.

Das Handlungsfeld **Erreichbarkeit: Mobilität, Breitband-Internet und Mobilfunknetz ausbauen** nimmt aus Sicht der Jugendlichen in ländlichen Regionen einen besonderen Stellenwert ein. Denn Mobilität ist für junge Menschen ein entscheidender Faktor, wenn es darum geht, ob ihre Heimatregion für sie attraktiv ist, ob sie bleiben bzw. zurückkehren. Häufig sind die ÖPNV-Linienverkehre nur begrenzt in der Lage, die Nachfrage in ländlichen Regionen und insbesondere außerhalb der Hauptverkehrszeiten angemessen zu befriedigen. Jugendgerechte, innovative Mobilitätskonzepte

mit einem vielfältigen Mix an Schienen-, Bus- und Individualverkehr (z. B. Radverkehr) sowie anderen Mobilitätsangeboten könnten hier Lösungen bieten. Darüber hinaus ist für Jugendliche eine verlässliche und schnelle digitale Infrastruktur grundlegend, denn die Digitalisierung von immer mehr Lebensbereichen begleitet ihr Aufwachsen. Im Hinblick auf Bleibe- und Rückkehrperspektiven können ländliche Regionen von einer verlässlichen digitalen Infrastruktur sowie bedarfsgerechten und bezahlbaren Mobilitätslösungen profitieren, denn je besser sich das Arbeiten, Studieren und Wirtschaften mobil und digital verwirklichen lässt, desto weniger wichtig ist ein stadtnaher Wohn- oder Firmensitz.

Die Empfehlungen greifen diese Aspekte auf, indem die Schaffung und Sicherung bedarfsgerechter und über den Schülerverkehr hinausgehender Mobilitätskonzepte – unter Beteiligung Jugendlicher – angeregt wird. Hierzu könnte eine Mobilitätskarte für Jugendliche und die verstärkte Förderung von Individualmobilität gehören. Die Empfehlung für einen flächendeckenden Ausbau von Breitband-Internet und Mobilfunk in den ländlichen Regionen greift einen weiteren, für Jugendliche äußerst relevanten Aspekt von „Erreichbarkeit“ auf und verdeutlicht auch dessen Bedeutung als wichtiger Standortfaktor.

Dem Handlungsfeld **Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen fördern** liegt zugrunde, dass das Bild „der Jugend von heute“ häufig auf Pauschalisierungen u. a. in der Politik, der Wissenschaft und in den Medien basiert. Solche pauschalisierenden Jugendbilder spiegeln die tatsächliche Vielfalt von jugendlichen Lebenswelten jedoch nicht wider. Sind junge Menschen bereits jetzt medial und politisch unterrepräsentiert, könnte der demografische Wandel das noch verstärken. Im Sinne einer wirkungsvollen Jugendbeteiligung, die Jugendliche wertschätzt und ernst nimmt, müssen Jugendliche in Diskurse über Jugend einbezogen werden. Hierbei kommt Politik, Medien und Wissenschaft eine große Verantwortung zu. Notwendig ist ein wertschätzender Dialog, eine grundsätzlich positive Haltung jungen Menschen gegenüber und vor allem: Vertrauen.

Die Empfehlungen setzen hier an, indem z. B. eine entsprechende „Imagekampagne“ vorgeschlagen wird. Eine ständige Beteiligung von mandatierten jungen Menschen, z. B. in Gremien und Kommissionen der Landesmedienanstalten, eine stärkere Zusammenarbeit der politischen Ebenen auch mit jugendlichen Pressevertreterinnen und -vertretern sowie selbstorganisierten Jugendmedien soll Jugendliche selbst in Produktionsprozesse von Bildern „über“ sich einbeziehen. Weitere Empfehlungen umfassen die Förderung selbstorganisierter Jugendmedien, die Entwicklung von Beratungs- und Fortbildungsangeboten zu jugendlichen Lebenswelten für politische Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie eine stärkere Einbindung empirischer Grundlagen zu jugendlichen Lebenswelten in politische Entscheidungen.

Das Handlungsfeld **Mitwirkung: Jugendpartizipation und Engagement unterstützen** zeigt auf: Jugendliche und junge Erwachsene wollen und sollen mitentscheiden und sich engagieren. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung in der Kommune, in den Ländern und im Bund. Jugendbeteiligung und junges Engagement bieten große Chancen, den demografischen Wandel jugendgerecht zu gestalten – auch in ländlichen Regionen. Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten und Transparenz von politischen und institutionellen Strukturen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Die Handlungsempfehlungen greifen diese Überlegungen auf, indem zum einen über rechtliche Grundlagen für Beteiligung informiert werden soll und diese ggf. weiterentwickelt werden sollen. Auch soll die Kinder- und Jugendarbeit als Ort für Jugendbeteiligung gesichert werden. Darüber hinaus wird das Thema Engagementförderung u. a. in den Empfehlungen zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste und des Bundesfreiwilligendienstes sowie verbesserter rechtlicher Rahmenbedingungen für das Engagement insbesondere junger Menschen aufgegriffen.

Das Handlungsfeld **Bildung: Kompetenzen vermitteln, Chancen eröffnen** greift einen zentralen Aspekt jugendlicher Lebenswelten auf: sie prägt ihren gegenwärtigen Lebensalltag und entscheidet über Teilhabemöglichkeiten und Lebenschancen der Zukunft. Gleichzeitig ist Bildung Grundlage für eine selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung. Es wird hierbei ein ganzheitlicher Bildungsbegriff vertreten, der für einen lebensbegleitenden Entwicklungsprozess steht und die formale, non-formale und informelle Bildung mit einbezieht. Das heißt: Bildung ist mehr als Schule. Einen wichtigen Aspekt in diesem Handlungsfeld stellt auch die bessere Gestaltung von Übergängen in der Schullaufbahn und in den Beruf dar. Dies ist insbesondere im Hinblick auf Bleibe- und Rückkehrperspektiven relevant.

Die Empfehlungen in diesem Handlungsfeld lauten: Unterstützung von Hochschulen bei Erhaltung, Schaffung und Ausbau von Standorten bzw. Außenstellen in ländlichen Regionen, multifunktionale Nutzung und Öffnung von Schulgebäuden sowie entsprechende Investitionen und eine insgesamt flexiblere Ausgestaltung von Schulstrukturen im Hinblick auf Zugänge, Erreichbarkeiten, Klassenstärke und Abschlussmöglichkeiten. Aber auch die Stärkung von Jugendbeteiligung in Schulen wird empfohlen, ebenso wie eine weitere Unterstützung kommunaler Bildungslandschaften und die Erprobung und Initiierung funktionierender eLearning-Konzepte.

Das Handlungsfeld **Arbeitswelt: Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten schaffen** zeigt auf, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene einen zentralen Aspekt gesellschaftlicher Teilhabe darstellt und es für ihre Zukunfts- und Bleibeperspektive entscheidend ist, welche beruflichen Möglichkeiten ihnen der regionale Arbeitsmarkt eröffnet. Hierbei spielt neben dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen auch schon die Berufsorientierung bzw. das Angebot an Studien- und Ausbildungsplätzen eine wichtige Rolle.

Die Empfehlungen umfassen deshalb auch hier so unterschiedliche Aspekte wie den Ausbau und die Förderung von Angeboten für ein duales Studium in ländlichen Regionen, mögliche Übernahmegarantien nach Ausbildung, weitere Anreize für Unternehmensgründungen und eine bessere Vernetzung von Ausbildungsbetrieben, (Berufs-) Schulen und Arbeitgebern in ländlichen Regionen.

Im Handlungsfeld **Integration: Teilhabe nach Zuwanderung ermöglichen** wird deutlich gemacht, dass – nicht nur angesichts der aktuellen Entwicklungen – zu einer zukunftsorientierten Demografiepolitik auch Maßnahmen zur Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer gehören. Insbesondere im Hinblick auf den Bevölkerungsrückgang können sich für Kommunen daraus Chancen ergeben, die es zu nutzen gilt. Für die jungen Menschen selbst ist gelingende Integration ein Schlüssel für Chancen und Teilhabe. So bieten ländliche Regionen gerade durch die oft dezentrale Unterbringung eine raschere Einbindung ins örtliche Gemeinwesen. Mit Blick auf Bildung

stellen sich in ländlichen Regionen im Vergleich zum urbanen Raum jedoch auch zusätzliche Herausforderungen aufgrund teilweise schlechterer Erreichbarkeit und geringerer Versorgungsdichte.

Die Empfehlungen greifen diese Aspekte auf, indem u. a. vorgeschlagen wird, dass gemeinsam mit Jugendlichen Integrationsstrategien entwickelt und dabei zugewanderte Menschen und ihre Interessenvertretungen aktiv eingebunden werden. Darüber hinaus geht es um Konzepte zur besseren Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in kommunalen und regionalen Bildungseinrichtungen und -angeboten, Vereinen und ehrenamtlichen Strukturen und um mehr dezentrale Angebote für geflüchtete und zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene in ländlichen Regionen. Nicht zuletzt sollte eine spezifisch qualifizierte Schulsozialarbeit zur Unterstützung des Bildungserfolgs von zugewanderten Jugendlichen gefördert und zugewanderte Jugendliche frühstmöglich in örtliche Vereinsstrukturen eingebunden werden. Weiterhin sollten ländliche Regionen geeignete Strategien entwickeln, um über die positiven Faktoren für eine gelingende Integration von zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu informieren. Darüber hinaus sollten auch die bessere Unterstützung und Integration insbesondere von begleiteten minderjährigen Geflüchteten und jungen volljährigen Geflüchteten verstärkt in den Blick genommen und geeignete Unterstützungsformate für diese Zielgruppen entwickelt und umgesetzt werden.

Das Handlungsfeld **Vielfalt: Wertschätzung und Toleranz erhöhen** thematisiert Vielfalt als Quelle des kulturellen Reichtums und des sozialen Zusammenhalts. Je vielfältiger die Umgebung ist, desto attraktiver ist sie als Lebensraum insbesondere für Jugendliche. Um ländliche Regionen als attraktive, vielfältige Lebensräume für junge Menschen zu erhalten und zu stärken und damit den Herausforderungen des demografischen Wandels gewachsen zu sein, sind deshalb vielfältige Maßnahmen für Solidarität, Demokratie und Toleranz erforderlich.

Die vorliegenden Empfehlungen greifen dies auf, in dem u. a. vorgeschlagen wird, Maßnahmen zur politischen Bildung und im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention weiter zu verstetigen und deren Überführung in Regelstrukturen zu prüfen sowie niedrigschwellige Fördermöglichkeiten für demokratierelevante Projekte, Vorhaben und Veranstaltungen aufzulegen und langfristig zu sichern. Multiplikatorinnen- und Multiplikatorenschulungen und Anti-Rassismus-Trainings auch im Hinblick auf Mehrfachdiskriminierung sollten etabliert, gesichert und ausgebaut sowie Strukturen für Diskriminierungsberatung bzw. Schulungsmaßnahmen geschaffen bzw. besser bekannt gemacht werden.

Demografiepolitik ohne Beteiligung von Jugendlichen geht nicht.

Die Handlungsempfehlungen greifen insgesamt viele Vorschläge der Jugendlichen auf. Die beteiligten Jugendlichen haben durch ihr großes Engagement in der Diskussion und bei der Erarbeitung von Vorschlägen gezeigt, dass ihre Beteiligung gewinnbringend ist und einen wichtigen Fokus in die Debatten zum demografischen Wandel einbringt.

Anhang

Mitglieder der AG A.2 Jugend gestaltet Zukunft					
Name	Vorname	Titel	Funktion	Institution	Entsante Vertreter*innen
Vorsitz					
Schwesig	Manuela		Ministerin	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
Stellvertretung/Sitzungsleitung					
Marks	Caren		Parlamentarische Staatssekretärin	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
Ko-Vorsitz					
Freese	Jörg		Beigeordneter	Deutscher Landkreistag	
Gestaltungspartner					
Ambrosy	Sven		Landrat	Landkreis Friesland	Sandra Gudehus
Barlen	Julian		Mitglied des Landtages MV	Initiative Storch Heinar	
Böllert	Karin	Prof. Dr.	Vorsitzende	Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe	
Calmbach	Marc	Dr.	Direktor Sozialforschung	SINUS:institut	
Döbert	Hans	Prof. Dr.	Projektleiter	wird die Funktion auf eigenen Wunsch nicht wahrnehmen	
Funk	Kathrin		Vorsitzende	Bund der Deutschen Landjugend	Sebastian Schaller
Sehnke	Nina		Vorsitzende	Bund der Deutschen Landjugend	Sebastian Schaller
Gottstein	Margit		Staatssekretärin	Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz	Regina Käseberg
Lohest	Klaus Peter		Abteilungsleiter	Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz	
Groschwitz	Stephan		Vorsitzender	Deutscher Bundesjugendring	Michael Scholl
Haggenmiller	Florian		Bundesjugendsekretär	Deutscher Gewerkschaftsbund	Michael Porschen
Hochwind	Antje		Landrätin	Landratsamt Kyffhäuserkreis	Janin Panse, Elke Schnabel
Klang	Klaus	Dr.	Staatssekretär	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt	Andreas Schweitzer

Putz	Sebastian	Dr.	Staatssekretär	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt	Arne Ehrhrt
Kothe	Sandra		Vorsitzende	dbb jugend	
Kemmler-Müller	Rebekka		Referentin Hauptstadtbüro	Deutsche Sportjugend	
Leupelt	Franziska		stellv. Bundesvorsitzende	Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.	
Parthemüller	Michaela		stellv. Bundesvorsitzende	Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.	
Loheide	Maria		Vizepräsidentin	Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege	
Struck	Norbert		Referent "Jugendhilfe"	Der PARITÄTISCHE Gesamtverband	
Meinunger	Larissa		Referentin "Kindheit, Jugend, Familie, Soziale Berufe"	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	
Müntefering	Franz		Vorsitzender	Deutsche Gesellschaft e.V.	
Reißig	Birgit	Dr.	Leiterin Außenstelle Halle	Deutsches Jugendinstitut e.V.	
Schwartze	Stefan		Mitglied des Deutschen Bundestages	stellv. Sprecher der AG FSFJ der SPD im Deutschen Bundestag	Sebastian Westphal
Wagner	Doris		Mitglied des Deutschen Bundestages	Jugendpolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen im Deutschen Bundestag	Birgit Gall
Weinberg	Marcus		Mitglied des Deutschen Bundestages	Familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Deutschen Bundestag	
Patzelt	Martin		Mitglied des Deutschen Bundestages	Familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU im Deutschen Bundestag	Helmut Uwer
Wunderlich	Jörn		Mitglied des Deutschen Bundestages	Jugendpolitischer Sprecher von Die Linke im Deutschen Bundestag	Kolja Fuchslocher
Ständige Gäste					
Christen	Jasmin-Marei		Projektleiterin Ich-mache>Politik Demografie	Deutscher Bundesjugendring	Annica Starke-Mutschler
Bandt	Michael		Projektleiter Ich-mache>Politik Demografie	Deutscher Bundesjugendring	Katharina Dorn
Corsa	Mike		Vorsitzender	Bundesjugendkuratorium	
Drescher	Ralf		Landrat	Landkreis Vorpommern-Rügen	Dörte Heinrich, Natascha Kaczmarek
Meißner	Christian		Landrat	Landkreis Lichtenfels	Andreas Grosch, Lydia Brückner

Schröder	Jana		Projektleiterin	Koordinierungsstelle "Handeln für eine jugend- gerechte Gesellschaft"	
Stange	Walde- mar	Prof. Dr.	Projektleiter "Ju- gend-Demografie- Dialog"	Leuphana Universität Lüneburg	
Ressorts					
Bundeskanzleramt (BK)					
Bundesministerium des Innern (BMI)					
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)					
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)					
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)					
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)					
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)					
Bundesministerium für Verteidigung (BMVg)					
Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer					
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration					
Bundeszentrale für politische Bildung					

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11018 Berlin
www.bmfsfj.de



Für weitere Fragen nutzen Sie unser
Servicetelefon: 030 20179130
Montag–Donnerstag 9–18 Uhr
Fax: 030 18555-4400
E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115*
Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Gestaltung Titel und Impressum: www.avitamin.de

Bildnachweis Herr Freese: Deutscher Landkreistag;

Bildnachweis Frau Marks: Bundesregierung/Kugler

Bildnachweis Titelbild: Philipp Otto / www.jugendfotos.de, CC-Lizenz(by-nc)

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

Druck: BAFzA

* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche
Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.
Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen,
Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.115.de.